

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 07
Historisches Seminar

Die DDR-Wirtschaft im letzten
Planjahr fünf 1986-1990

Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Magister
Artium

betreut durch:

Erstgutachter: Prof. Andreas Rödder

Zweitgutachter: Prof. Jan Kusber

Kilian Heilmann
Bahnhofstraße 131
55296 Harxheim
06138 6844

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
1 Einführung	4
1.1 Fragestellung & Vorgehen	5
1.2 Quellenlage	7
1.3 Literaturüberblick	9
2 Wirtschaft und Wirtschaftssystem der DDR	12
2.1 Ökonomische Grundbedingungen	12
2.1.1 Ausstattung und Industriestruktur	12
2.1.2 Außenwirtschaftliche Einbindung	13
2.2 Das Wirtschaftssystem der DDR	15
2.2.1 Wirtschaftsverfassung und Entscheidungsstrukturen . .	15
2.2.2 Zentrale Planung	17
2.2.3 Immanente Schwächen der Planwirtschaft	20
3 Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR seit den siebziger Jahren	22
3.1 Wirtschaftliche Reformen Ulbrichts und deren Abbruch	22
3.2 Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in den siebziger Jahren	27
3.3 „Liquidität vor Rentabilität“: die ökonomische Strategie der achtziger Jahre	29
4 Die DDR-Wirtschaft im letzten Planjahr fünf 1986-1990	32
4.1 Das Krisenmanagement der SED-Führung	32
4.1.1 Ausgangslage	32
4.1.2 Verschleiß und Verschuldung	34
4.1.3 Die schleichende Auflösung des RGW	36
4.1.4 Der Plankonflikt 1988	38
4.1.5 Finale Krise 1989	46
4.2 Das ökonomische Erbe der DDR	52
4.2.1 Verschleiß der Produktionsanlagen	52

4.2.2	Produktionsprozess und Wirtschaftsverflechtung	57
4.2.3	Technologische Leistungsfähigkeit	60
4.2.4	Verschuldungssituation	63
4.2.5	Arbeitsbedingungen in den Betrieben	72
4.2.6	Versorgungslage der Bevölkerung	76
4.2.7	Umweltsituation	80
5	Kritische Diskussion	90
5.1	War die DDR bankrott?	90
5.2	Hatte die DDR-Wirtschaft eine Zukunft?	93
6	Schlussbetrachtung	99
7	Quellen- und Literaturverzeichnis	103
7.1	Quellenmaterial	103
7.1.1	Archivalien	103
7.1.2	Gedruckte Quellen	105
7.2	Literatur	107

Abkürzungsverzeichnis

BArch	Bundesarchiv
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Bl	Blattzahl
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR
COCOM	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
IWF	Internationaler Währungsfond
M	Mark der DDR
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NÖS	Neues Ökonomisches System
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
STAG	Staatliche Aufgaben
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
VE	Verrechnungseinheit
VEB	Volkseigener Betrieb
VGW	Valutagegenwert
VM	Valutamark
ZK	Zentralkomitee der SED

1 Einführung

Eine „*aufblühende Wirtschaft*“ habe er hinterlassen, was auch von den „*größten Miesepetern nicht zu bestreiten*“ sei, behauptete Erich Honecker 1991 in einem Interview,¹ mit Zuwachsraten, von denen „*andere Länder nur geträumt hätten*“. Die Zahlungsfähigkeit der DDR sei „*jederzeit gewährleistet*“ gewesen.² Günter Mittag jedoch sah den Zustand der DDR-Ökonomie weniger positiv und resümierte 1991 in seinen Memoiren: „*Man kann davon ausgehen, daß die DDR allein niemals lebensfähig war. [...] Ohne die Einheit wäre es in der DDR zu einer wirtschaftlichen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen gekommen.*“³

So unterschiedlich bewerteten zwei Männer, die die Wirtschaftspolitik der DDR seit den siebziger Jahren gemeinsam bestimmt hatten. Generalsekretär Honecker und Wirtschaftssekretär Mittag waren die entscheidenden Personen im DDR-Wirtschaftssystem. Als eine der wenigen Mitglieder der DDR-Führung verfügten sie über den Zugang zu vollständigen Informationen bezüglich der ökonomischen Zustände des ostdeutschen Staates. Gegen sie war im Politbüro keine Politik zu machen. Als enger Vertrauter Honeckers konnte sich Mittag bei wirtschaftlichen Fragen eine im SED-Führungssystem nahezu unangefochtene Handlungsmacht aufbauen. Bis zuletzt unterstützte und rechtfertigte er dabei den Kurs des Generalsekretärs, erst der gemeinsame Ausschluss aus dem Politbüro im Oktober 1989 beendete ihre Dominanz.

Dass Honecker und Mittag zwei so gegensätzliche Behauptungen überhaupt aufstellen konnten, liegt im geschichtlichen Verlauf der „Wende“ von 1989 begründet. Die Zahlungsunfähigkeit der DDR, eines der deutlichsten Zeichen des Scheiterns eines Wirtschaftssystems, ist anders als bei anderen sozialistischen Staaten weder 1989 noch davor eingetreten. Noch bevor die DDR ökonomisch zusammenbrechen konnte, wurde sie von den politischen Veränderungen in der Sowjetunion und ganz Osteuropa überrollt. Der Mauerfall und die schnelle Wiedervereinigung verzerrten die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands und überlagerten ihre Folgen. Ein offensichtlicher

¹Zitiert aus Bölsche, Jochen/Norbert Pötzl: Wir hatten eine blühende Wirtschaft, in: Der Spiegel 46/1999.

²Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S.386.

Zitiert aus Kulick, Holger: Selbstbetrug mit System, in: Die ZEIT 42/1991.

Beweis von Mittags Behauptung einer kommenden Katastrophe lässt sich also nicht führen, genauso unmöglich ist eine direkte Falsifizierung Honeckers „*blühender Wirtschaft*“.

Die Frage nach dem wirtschaftlichen Erfolg des Sozialismus in der DDR muss sich trotzdem stellen. Der Sozialismus ist 1917 in der Sowjetunion und nach Ende des zweiten Weltkriegs in ganz Osteuropa mit dem Anspruch angetreten, die Wirtschaft nicht mehr dem Markt und seinen Kräften zu überlassen, sondern sie zum Wohle der Menschen zu steuern. Mit der „*Fusionierung von Wirtschaft und Staat*“⁴ knüpfte der Staat sein Schicksal an das der Ökonomie. Deshalb musste ein Scheitern der Wirtschaft gleichzeitig das Scheitern des sozialistischen Systems bedeuten, jede „*ökonomische Krise war deshalb immer auch eine politische Krise*“.⁵

Die Wirtschaftsleistung eines Staates gibt die Grundvoraussetzungen der politischen Entwicklung vor und begrenzt sie gleichermaßen. Eine historische Bewertung des Sozialismus muss deshalb auch immer eine ökonomische Dimension besitzen. Dies gilt umso mehr in einem Staat wie der DDR, dessen Existenzberechtigung sich überhaupt erst durch die Abgrenzung zum Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Westdeutschlands ableitete. Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands kann daher einen wichtigen Beitrag dazu leisten, ein umfassendes Bild des real existierenden Sozialismus in der DDR zu zeichnen.

1.1 Fragestellung & Vorgehen

Ziel dieser Arbeit ist es, die ökonomische Lage der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz zu analysieren und ihren Erfolg bzw. Misserfolg zu werten. Sie geht dabei von der Fragestellung aus, ob die DDR 1989 wirtschaftlich bereits gescheitert war oder noch eine Zukunftsperspektive besaß. Die Analyse endet zeitlich hierbei mit dem Tag des Mauerfalls, da sich mit der Öffnung der Grenzen die Rahmenbedingungen grundlegend veränderten und von da

⁴Lepsius, Mario Rainer: Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Pirker, Theo u.a. (Hrsg.): Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR - Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S.347.

⁵Wiards, Mathias: Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg 2001, S.10.

an die politische Entwicklung die wirtschaftliche dominierte. Die vielfältigen zwischen November 1989 und der Wiedervereinigung aufgekommenen Konzepte für die Zukunft der DDR können aufgrund ihrer Fülle nicht behandelt werden. Die Beantwortung der Fragestellung soll sich deshalb darauf beschränken, ob die DDR in ihrer Form als eigenständiger, sich gegenüber dem kapitalistischen Westen abgrenzender sozialistischer Staat über eine tragfähige wirtschaftliche Basis für die Zukunft verfügte.

Dazu sollen zunächst die Grundlagen der Wirtschaft betrachtet werden, die den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung vorgaben und die DDR während der gesamten Zeit ihrer Existenz prägten. Dazu gehören die Ausstattung Ostdeutschlands mit natürlichen Ressourcen sowie die außenwirtschaftliche Einbindung der DDR in das System der Weltwirtschaft. Dabei muss auch besonders auf die Beziehung zu der politisch sowie wirtschaftlich prägenden Supermacht UdSSR eingegangen werden. Danach folgt die Darstellung des wirtschaftlichen Systems, das wie alle sozialistischen Systeme des Ostblocks auf den Prinzipien des sozialistischen Eigentums und der zentralen Wirtschaftsplanung beruhte. Im Mittelpunkt stehen hierbei der Planungsprozess und dessen Entscheidungsstrukturen innerhalb des SED-Systems. Ziel ist es, den institutionellen Rahmen der Planwirtschaft darzustellen und die hauptsächlichen Entscheidungsträger zu identifizieren. Anschließend soll auf die immanenten Mängel der Planwirtschaft eingegangen werden, die unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftspolitik die DDR-Wirtschaft prägten.

Das Verständnis von DDR-Wirtschaft am Ende der achtziger Jahre ist nicht möglich ohne Kenntnis der Vorgeschichte. Die Wirtschaftslage beim Mauerfall war auch Folge wirtschaftspolitischer Entscheidungen aus den siebziger und den frühen achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Deswegen folgt in Kapitel 3 eine kompakte Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR. Ausgangspunkt hier ist das Scheitern der Reformbemühungen unter Walter Ulbricht, was 1971 zu dessen Ablösung als Generalsekretär der SED und zur Machtübernahme Erich Honeckers führte, der der DDR-Führung bis zum Vorabend des Mauerfalls vorstand.

Im Hauptteil der Arbeit steht dann das letzte Planjahr fünf der DDR von 1986-1990 im Mittelpunkt. Die Analyse ist hierbei zweigeteilt. Der erste Teil befasst sich mit der wirtschaftspolitischen Gestaltung der SED-Führung

in den letzten fünf Jahren ihrer Existenz, die vor allem durch ständiges Krisenmanagement geprägt ist. Dazu sollen zunächst die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen herausgearbeitet werden, denen sich die DDR zu Beginn des Fünfjahresplans stellen musste. Anhand von Quellen folgt dann eine Analyse der Konzeptionen und Konflikte innerhalb des Machtapparats, sowie deren Folgen für die Ökonomie. Der Hauptaugenmerk liegt hierbei auf den als krisenhaft wahrgenommenen Jahren 1988 und 1989. Ein zweiter Teil versucht sich dann an einer Bilanz der wirtschaftlichen Lage zum Zeitpunkt des Mauerfalls. Hierbei soll der Zustand der wichtigsten Teilbereiche des Wirtschaftssystems analysiert werden. Diese umfassen neben den offensichtlichen Bereichen wie den Produktionsanlagen und der Staatsverschuldung auch weniger im Fokus stehende Aspekte wie die Situation der Werktätigen und Konsumenten sowie der Umwelt. Für jeden der Teilbereiche soll dabei kurz auf dessen Entwicklung eingegangen und die Situation im Jahre 1989 dargestellt werden.

In einem letzten Schritt soll von der wirtschaftlichen Lage Ende der achtziger Jahre auf die Zukunftsperspektiven der DDR geschlossen werden. Ein erster Versuch dazu ist die Analyse der Verschuldungssituation und der Zahlungsfähigkeit. Danach wird dieser Ansatz von der rein finanziellen Sicht auf ein breiteres Konzept erweitert. Dazu soll zunächst der Begriff der Zukunftsfähigkeit konkretisiert und ein Kriterium zu dessen Einschätzung entwickelt werden. Anhand dieses Kriteriums soll dann die wahrscheinliche Entwicklung der DDR kritisch diskutiert werden, wobei häufig vorgetragene Argumente für oder gegen das Scheitern der DDR-Ökonomie zu prüfen sind. Mit diesen Methoden soll letztendlich die Frage beantwortet werden, ob die Wirtschaft der DDR eine Zukunft hatte oder sie im November 1989 bereits grundsätzlich gescheitert war.

1.2 Quellenlage

Im Zuge der Öffnung der Parteiarchive sind der historischen Forschung eine schier unüberschaubare Anzahl von Akten zur Verfügung gestellt wor-

den.⁶ Als Quellenmaterial für die Beantwortung der Fragestellung dienen größtenteils interne Dokumente der staatlichen Organe und Massenorganisationen der DDR. Aufgrund der starken Aufgliederung der Aufgaben auf einzelne Behörden gab es eine Vielzahl von einzelnen Ministerien, Institute und Entscheidungsgremien, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigten bzw. Entscheidungskompetenzen besaßen. Im Gegensatz zu westlichen Staaten gab es kein klassisches Wirtschaftsministerium, sondern eine hohe Zahl an Ministerien für einzelne Industrien. Hinzu kam als zentrale Einrichtung die Staatliche Plankommission (SPK), die für den Volkswirtschaftsplan verantwortlich war. Die politischen Entscheidungen wiederum spielten sich vor allem im Zentralkomitee der SED und im Politbüro ab.

Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, aus einer Vielzahl von unterschiedlichen Quellen ein einheitliches Bild der wirtschaftlichen Situation der DDR in den Jahren 1986-1990 zu rekonstruieren. Die vorliegende Arbeit baut deshalb vorwiegend auf Dokumenten auf, die die Wirtschaft als Ganzes betrachten und die ökonomische Lage in den Gesamtzusammenhang stellen. Diese Dokumente finden sich als Berichte von Fachstellen an die Entscheidungsträger im Politbüro, im Ministerrat und in der Staatlichen Plankommission. Sie decken zum Teil die gesamtökonomische Lage, zum Teil nur Spezialfelder wie die Staatsverschuldung oder die Bauwirtschaft ab. Sie sind geprägt von hoher Fachkompetenz und sprechen häufig die Probleme ohne Beschönigungen und Parteirhetorik an, da sie nur ausgewählten Personen und Gremien zugänglich waren. Zu unterscheiden ist hierbei zwischen Dokumenten, die vor bzw. nach der Wende verfasst wurden. Einige Themen, wie etwa die Umweltsituation, wurden in ihrem gesamten Ausmaß erst nach dem Fall der Mauer erkenntlich und ausführlich untersucht.

Eine zweite Kategorie von Quellen stellen Reden von Entscheidungsträgern bzw. Protokolle von Beratungen des Politbüros und des Ministerrates dar, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzten. Aus ihnen erschließt sich die ökonomische Strategie der SED-Führung und soweit sie der Information der Entscheidungsträger dienten, auch die wirtschaftliche Lage. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass Reden und Vorlagen in den

⁶Eine Übersicht über die Archive findet sich bei Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 20), München ⁴2006, S.122-126.

Gremien immer einem politischen Zweck dienten und deswegen subjektiven Charakter besitzen.

Weitere wichtige Dokumente stammen aus dem Ministerium für Staatssicherheit, insbesondere dessen Hauptabteilung XVIII, die für die Überwachung und Sicherung der Volkswirtschaft zuständig war. Die Hauptabteilung XVIII beschäftigte Ende der achtziger Jahre 647 Mitarbeiter und stand unter der Leitung von Generalleutnant Alfred Kleine. Durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern sowie dem „politisch-operativen“ Zusammenwirken mit Industrieministern, Generaldirektoren und Betriebsleitern war die Staatssicherheit zu jeder Zeit gut über die wirtschaftliche Lage der DDR informiert.⁷ Diese Dokumente sind besonders aufschlussreich, da sie nur für einen eingeschränkten Personenkreis zugänglich waren und deshalb größtenteils auf Parteirhetorik verzichteten. Ihr Ziel war es von Anfang an, die Parteiführung über die ökonomische Situation der DDR zu informieren und ihr die Grundlage für politische Entscheidungen zu liefern. Für die Analyse der wirtschaftlichen Situation in den achtziger Jahren bieten die MfS-Akten deshalb ein weitestgehend ungeschminktes Bild.

Als statistische Quelle liegt das Statistische Jahrbuch der DDR von 1990⁸ vor, das Daten von der Gründung der DDR bis zum Jahre 1989 in Zeitreihen aufbereitet. Es bietet umfangreiches Datenmaterial über Investitionen, Umweltzustand und den Außenhandel. Für die Ausgabe von 1990 sind auch wieder Daten verfügbar gemacht worden, die in früheren Ausgaben bewusst nicht veröffentlicht wurden und erlauben damit einen längerfristigen quantitativen Vergleich.

1.3 Literaturüberblick

Die wissenschaftliche Literatur über die DDR und ihre Wirtschaft verfügt über eine lange Tradition und ist heute sehr umfangreich. Während es in der DDR selber nicht zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik der SED kam, erregten die wirtschaftliche Umgestaltung des

⁷Hertle, Hans-Hermann: Sicherung der Volkswirtschaft. Struktur und Tätigkeit der „Linie XVIII“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR dargestellt am Beispiel der Objektdienststellen in der Chemieindustrie, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S.48f.

Osten Deutschlands nach der politischen Teilung reges Interesse bei westdeutschen Autoren. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen krankte jedoch immer daran, dass keine objektiven Datenbasis zur Verfügung stand. Erst mit dem Mauerfall und der Öffnung der Archive erhielt die Wissenschaft Zugriff auf aussagekräftiges Zahlenmaterial, was zu einer Vielzahl von Veröffentlichungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte geführt hat.

Die Forschungsmeinung ist hierbei insgesamt wenig kontrovers. Der Großteil der zumeist westdeutschen Autoren sieht das DDR-Wirtschaftssystem als grundlegend gescheitert an. So sehen etwa Steiner⁹ und Grosser¹⁰ im Planungssystem die Ursache für den wirtschaftlichen Niedergang. Mit diesem Planungssystem beschäftigen sich Gutmann/Buck¹¹ und Maier¹² und untersuchen es auf seine Mängel. Hertle¹³ stützt sich bei seiner Darstellung auf die Dokumente des SAPMO-Archivs und Haendcke-Hoppe-Arndt¹⁴ zeichnet in ihrem Beitrag zum Stasi-Handbuch die ökonomischen Krisen anhand von MfS-Quellen nach. Forschungskontroversen bestanden vor allem bei der Bewertung der Zahlungsfähigkeit der DDR. Während ältere Publikationen noch stark auf den sog. „Schürer-Bericht“ vertrauten und die Verschuldung überschätzten, legte Volze¹⁵ 1996 eine detaillierte und weitaus weniger dramatische Übersicht über die Auslandsverschuldung der DDR vor. Endgültig Klarheit schuf jedoch erst 1999 die Deutsche Bundesbank mit ihrer Rekon-

⁹Steiner, Andre: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 625), Bonn 2007.

¹⁰Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998.

¹¹Gutmann, Gernot/Hanns Jörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1999, S.7-51.

¹²Maier, Harry: Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft der DDR - Ursachen und Folgen, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S.806-818.

¹³Hertle, Hans-Hermann: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker, Theodor u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR - Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 309-345.

¹⁴Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch Bd. III/10), Berlin 1997.

¹⁵Volze, Armin: Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S.701-713.

struktion der DDR-Zahlungsbilanz für die Jahre 1975 bis 1989,¹⁶ die zu dem Schluss kommt, dass die DDR 1989 nicht direkt vor der Zahlungsunfähigkeit stand.

Demgegenüber stehen einige Publikationen ehemaliger DDR-Entscheidungsträger, die zum Teil mit wissenschaftlichem Ansatz und Anspruch die Geschichte der DDR aus dem Blickpunkt der politischen Führung darstellen und bewerten, so z.B. der Aufsatz des ehemaligen Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer über die zentrale Planung¹⁷ sowie das Fazit von dessen Stellvertreter Siegfried Wenzel.¹⁸ Auch sie erkennen grundlegende Mängel im DDR-Wirtschaftssystem, sehen diese jedoch nicht in der zentralen Planung, sondern knüpfen das Scheitern der DDR an eine Vielzahl von inneren und äußeren Entwicklungen. Anders verhält es sich mit der von Christa Luft¹⁹, die die DDR-Wirtschaft keineswegs als gescheitert ansieht und deren Argumente von Jenkis²⁰ diskutiert werden.

¹⁶Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975-1989, Frankfurt a.M. 1999.

¹⁷Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR - Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Pirker, Theodor u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR - Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S.61-98.

¹⁸Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2001.

¹⁹Luft, Christa: Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991.

²⁰Jenkis, Helmut: Hatte die DDR eine Überlebenschance? Illusionen über die wirtschaftliche Lage, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 97), Berlin 2001.

2 Wirtschaft und Wirtschaftssystem der DDR

2.1 Ökonomische Grundbedingungen

2.1.1 Ausstattung und Industriestruktur

Die DDR gehörte mit ihren ca. 16,6 Millionen Einwohnern und etwa 100.000 Quadratkilometern Territorium zu den Mittelstaaten Europas. Die Bodenschätze des Gebietes waren gering und zudem einseitig auf Kali- und Braunkohlevorkommen sowie Uran im Süden des Landes konzentriert, die Wirtschaft dadurch auf Rohstofflieferungen aus dem Ausland angewiesen.²¹ Trotz der geringen Naturressourcen war die Wirtschaft der DDR hoch entwickelt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war die Wirtschaftsleistung ihres späteren Territoriums sogar höher als die des Westens. Als Folge der deutschen Teilung wurde die ostdeutsche Wirtschaft jedoch von ihren traditionellen Bezugsquellen für Rohstoffe und Halbfabrikate sowie ihren Absatzmärkten abgeschnitten.²² Besonders die Trennung von den Steinkohleressourcen des Ruhrgebiets und Oberschlesiens sowie deren Stahl- und Eisenproduktion musste kompensiert werden. Diese Umstände und die hohen Belastungen durch die sowjetischen Reparationsforderungen erschwerten den Wiederaufbau der Wirtschaft.²³

Die Wirtschaft war mit 37,3% aller Beschäftigten in der Industrie industriell geprägt. Hauptzweige der DDR-Industrie waren der Maschinen- und Fahrzeugbau, der Schiffbau, die Chemieindustrie und die Erdölveredelung. Der Dienstleistungssektor wurde der Marxschen Theorie folgend als „nicht-produzierender“ Bereich angesehen und blieb mit etwa der Hälfte der Beschäftigten hinter dem sekundären Sektor zurück. Die stark kollektivierte Landwirtschaft erfuhr dem internationalen Trend folgend einen Rückgang der Beschäftigten, der aber vergleichsweise langsam vonstatten ging. Von 1949 bis 1989 sank die Zahl der Werktätigen im primären Sektor von über 30 auf 10,8%.²⁴ Daneben war die DDR besonders in ihren Anfangsjahren

²¹Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.14.

²²Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/1990), in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1999, S.137.

² Zum Ausmaß der Reparationen vgl. Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der DDR. Ein Zahlenbild, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2 (1995), S.18f.

²⁴Statistisches Jahrbuch, S.125.

durch die Abwanderung in den Westen stark von einem Arbeitskräftemangel bedroht, der erst durch die endgültige Schließung der Grenze zur Bundesrepublik 1961 gelindert wurde. Dies trug dazu bei, dass sie international eine der höchsten Frauenwerbsquote erreichte.²⁵

2.1.2 Außenwirtschaftliche Einbindung

In der DDR galt laut Verfassung das Außenwirtschaftsmonopol des Staates.²⁶ Außenhandelsgeschäfte konnten generell nur über die staatlichen Außenhandelsbetriebe vereinbart und abgewickelt werden, privater Handel war verboten und aufgrund des staatlichen Devisenmonopols auch kaum möglich. Die Währung, die Mark der DDR, war nicht konvertibel, konnte also offiziell nicht gegen andere Währungen getauscht werden und blieb damit eine reine Binnenwährung.²⁷

Die DDR war als Teil des sowjetischen Imperiums Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem neben den Ländern des Ostblocks auch andere sozialistische Staaten wie etwa Kuba oder Vietnam angehörten. Der Handel zwischen den RGW-Staaten basierte auf bilateralen Vereinbarungen und wurde durch die Planungsorgane der einzelnen Länder in Fünfjahresplänen abgestimmt und festgeschrieben.²⁸ Innerhalb des RGW war die DDR der wirtschaftlich am weitesten entwickelte Staat. Nur die Tschechoslowakei war ähnlich stark industriell entwickelt. Die anderen Länder des Ostblocks hingegen erfuhren erst mit der sozialistischen Umwälzung eine beschleunigte Industrialisierung und waren zum Teil noch stark landwirtschaftlich geprägt.²⁹

Der Anteil der Außenwirtschaft an der Gesamtleistung der Wirtschaft war sehr hoch. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erreichte der Anteil der Ein- und Ausfuhren nach DDR-Statistiken über 50% des Bruttoinlandspro-

²⁵Haase, Einführung, S.31.

²⁶DDR-Verfassung, Art.9, Abs.5.

²⁷Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S.57.

²⁸Wenzel, Was war die DDR wert?, S.71f.

²⁹Haase, Einführung, S.99.

dukts, nach Korrektur der Preise etwa 25 bis 30%.³⁰ Die DDR war aufgrund ihrer Ressourcenarmut auf den Import von Rohstoffen besonders aus dem RGW angewiesen. Hauptpartner war hierbei die an Naturressourcen reiche UdSSR, von der man vor allem Energieträger bezog. Allein 90% aller Erdöllieferungen importierte die DDR aus der Sowjetunion. Des weiteren herrschte ein steter Bedarf an Agrarprodukten und an modernen Investitions- bzw. Konsumgütern, die man aus dem Westen importieren musste. Hierbei unterlag die DDR wie die gesamte kommunistische Welt dem COCOM-Embargo, das die Ausfuhr von Hochtechnologie und Waffensystemen an die RGW-Staaten unterband. Moderne Industrieanlagen konnten deshalb nur inoffiziell importiert werden. Auf der anderen Seite exportierte die DDR hauptsächlich verarbeitete Waren wie Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Petrochemie.³¹ Die DDR entwickelte sich dabei zum wichtigsten Investitionsgüterlieferanten im RGW. Der Warenaustausch mit den sozialistischen Staaten machte in etwa zwei Drittel des gesamten Außenhandels aus. Hauptabnehmer war auch hier die UdSSR, mit der 40% des gesamten DDR-Außenhandels abgewickelt wurden.³² Der Westhandel erfuhr erst in den siebziger Jahren eine Steigerung, blieb jedoch stets hinter den Handelsbeziehungen mit dem „Sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (SW) zurück.

Ein internationaler Dienstleistungsverkehr fand lediglich im Rahmen des Warenverkehrs, z.B. für Transportleistungen statt und spielte eine zu vernachlässigende Rolle. Insgesamt beschränkte sich die wirtschaftliche Kooperation im RGW weitgehend auf den Austausch von Gütern. Außer geringen Ausnahmen, etwa der Beteiligung der DDR an der Erschließung russischer Naturressourcen und der Gründung der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der Uranvorkommen in der DDR, gab es keinerlei Direktinvestitionen. Trotz des hohen Außenanteils der Wirtschaft war die DDR damit kaum in die internationale Arbeitsteilung eingebunden.³³ Inge-

⁰Im DDR-Preissystem wurden die Preise vieler im Inland produzierter Waren durch staatliche Subventionen niedrig gehalten, Importe aufgrund ihrer knappen Verfügbarkeit jedoch mit hohen Preisen belegt. Dies führt tendenziell zu einer Unterbewertung der inländischen und zu einer Überbewertung der importierten Waren, vgl. Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.12.

¹Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970-2000, Bonn 2003, S.30.

²Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.26.

Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.12f.

samt waren die Planwirtschaften der Partnerstaaten prinzipiell auf Autarkie ausgelegt, der Außenhandel diene zu allererst der Deckung inländischer Produktionsengpässe.³⁴ Der RGW schaffte es deshalb nie, das Wachstum seiner Mitglieder durch außenwirtschaftliche Impulse anzuregen und blieb bei der wirtschaftlichen Integration stets weit hinter seinem westeuropäischen Gegenstück, der Europäischen Gemeinschaft, zurück.

2.2 Das Wirtschaftssystem der DDR

2.2.1 Wirtschaftsverfassung und Entscheidungsstrukturen

Das Wirtschaftssystem der DDR war laut ihrer Verfassung eine „sozialistische Planwirtschaft“³⁵, die auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln sowie der zentralen Leitung und Planung der Volkswirtschaft beruhte. Die Ausgestaltung der Wirtschaftsverfassung war dabei stark angelehnt an das sowjetische Wirtschaftssystem, da der Aufbau der Planwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone zunächst primär der Gewährleistung der Reparationen an die Sowjetunion diene.³⁶ Die Prinzipien des DDR-Wirtschaftssystems blieben während der ganzen Existenz des ostdeutschen Staates unberührt. Die Reformen Ulbrichts³⁷ verschoben zwar mit der Einbindung marktwirtschaftlicher Prinzipien Akzente bei der Ausgestaltung, rüttelten aber nie grundsätzlich an den Grundprinzipien des sozialistischen Eigentums und der Planwirtschaft. Mit der Machtübernahme Honeckers besann sich die DDR stattdessen zunehmend zurück auf das orthodoxe sozialistische Wirtschaftssystem stalinistischen Erbes.³⁸

Das sozialistische Eigentum manifestierte sich daran, dass sich nahezu alle Wirtschaftseinheiten und deren Anlagen sowie Gebäude formal im Volks-, faktisch im Staatsbesitz befanden. Privatbesitz im Handel und Handwerk

⁴Buchheim, Christoph: Die Achillesferse der DDR - Der Außenhandel, in: Andre Steiner (Hrsg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte, Berlin 2006, S.91.

⁵Verfassung der DDR, Art.9, Abs.3.

⁶Schürer, Planung, S.64.

⁷siehe Kapitel 3.1.

⁸Steiner, Andre: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang in: Jarausch, Konrad H./Martin Sabrow: Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S.157.

wurden auf ein Minimum reduziert, genossenschaftliches Eigentum in der Landwirtschaft unterschied sich vom Volkseigentum nur minimal. Die Verfügung über die Produktion, die Erträge und dessen Verteilung lag somit einzig beim Staat bzw. den Entscheidungsgremien der SED, die ihre Macht aus der in Artikel I der DDR-Verfassung verankerten Führungsrolle „*der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei*“ ableitete.³⁹

Die Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft waren geprägt von hoher Zentralisierung und Konzentration auf das Politbüro der SED und seine führenden Mitglieder. Obwohl offiziell die Regierung der DDR, konnte der Ministerrat nur in engen Grenzen eigenverantwortlich Wirtschaftspolitik gestalten und war als staatliche Institution praktisch ein Ausführungsorgan des Politbüros. Das Politbüro war hingegen autonom und traf die grundlegenden ökonomischen Entscheidungen.⁴⁰ Die Dualität von Partei- und staatlichen Institutionen und deren ungleich verteilte Macht zeigte sich auch am Beispiel des Sekretariats des Zentralkomitees und der Ministerien. Die zehn ZK-Sekretäre leiteten Abteilungen zu zentralen staatlichen Aufgabenbereichen wie Landwirtschaft oder Sicherheit und verfügten über einen Stab von ca. 3000 Mitarbeitern. Sie arbeiteten direkt dem Politbüro zu, was diesem zu einem Informationsmonopol verhalf, und waren faktisch weisungsbefugt gegenüber den staatlichen Ministerien. So konnte der ZK-Sekretär für Wirtschaft, Günter Mittag, neben Honecker zu der einflussreichsten Persönlichkeit bei wirtschaftlichen Fragen aufsteigen.⁴¹

Der starke Einfluss der Partei auf wirtschaftliche Entscheidungen verstärkte sich durch die personelle Überschneidungen von SED-Gremien und Wirtschaftskadern. Ministerpräsident Willi Stoph und der Leiter der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer gehörten als Mitglied bzw. Kandidat dem Politbüro an. Ebenso waren die Leiter der Kombinate und Betriebe in der Regel Mitglieder der SED und somit an die Entscheidungen der Partei gebunden.⁴²

⁹Verfassung der DDR, Art.1; Wiards, Krise, S.46f.

⁴⁰Lepsius, Handlungsräume, S.352f; Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft, S.24-25.

⁴¹Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft, S.25; Wiards, Krise, S.214; Lepsius, Handlungsräume, S.347f.

⁴²Wiards, Krise, S.215.

Ein weiteres Merkmal des Machtsystems war die große Zersplitterung von Informationen innerhalb der Führung. Neben Honecker und Stasi-Chef Erich Mielke erhielten nur wenige hochrangige Führungspersönlichkeiten Zugang zu detaillierten Informationen. Zu diesen prägenden Personen gehörten Mittag, der Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“ Alexander Schalck-Golodkowski sowie mit Abstrichen der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer. Dieser allgemeine Trend wurde bestärkt durch die Ausgliederung der Entscheidungsfindung in kleinere, inoffizielle Gremien, wie etwa dem „Kleinen Kreis“ oder der „Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz“,⁴³ zu denen nur Personen mit wirtschaftlicher Fachkenntnis oder Entscheidungsgewalt Zutritt hatten.⁴⁴ Dies führte soweit, dass beim Fall der Mauer nur wenige hochrangige SED-Kader über den genauen Zustand der DDR-Wirtschaft informiert waren. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass bei wirtschaftlichen Entscheidungen die staatlichen Institutionen hinter die der Partei zurücktraten. Die Entscheidungsmacht und Informationshoheit konzentrierte sich auf wenige einflussreiche Personen im Zentralkomitee und Politbüro.

2.2.2 Zentrale Planung

Als zweites Grundprinzip stand die zentrale Planung der Volkswirtschaft mit der umfassenden Lenkung aller wirtschaftlichen Prozesse durch den Staat. Sie lässt sich grob in eine materielle Planung der Produktion und eine finanzielle Planung der Geldwirtschaft einteilen.⁴⁵ Die zentrale Planung umfasste die Produktion und den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, die Preise, die Einkommensverteilung sowie den nationalen und internationalen Handel.⁴⁶ Sie erfolgte auf Basis eines Systems von Kennziffern und Normativen, die am Ende der Planungsperiode als Gradmesser für die Umsetzung

⁴ Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung, S.116.

⁴⁴Hertle, Hans-Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25, 1992, S.11.

⁴⁵Gutmann, Gernot: In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S.8.

⁴⁶Waterkamp, Rainer: Das zentralstaatliche Planungssystem der DDR. Steuerungsprozesse im anderen Teil Deutschlands, Berlin 1983, S.41.

des Planes dienten. Art und Anzahl der Kennziffern waren nicht konstant, sondern veränderten sich über die Zeit und waren Ausdruck der jeweiligen Wirtschaftspolitik. In den letzten Jahren der DDR waren dies ca. 200 Kennziffern, von denen die Warenproduktion, der Gewinn, der Export sowie die Leistungen für die Bevölkerung die wichtigsten und die für die Verteilung der Prämien entscheidenden darstellten.⁴⁷

Die zentrale Planung manifestierte sich in Volkswirtschaftsplänen mit unterschiedlicher Fristigkeit. Für die lang- und mittelfristigen Lenkung der Wirtschaft dienten zunächst der Siebenjahresplan, später der Fünfjahresplan. Sie sollten durch Prognosen grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen erkennen und mit Kennziffern und Bilanzen die Entwicklungsrichtung der Volkswirtschaft steuern.⁴⁸ Zur operativen Lenkung der Wirtschaft dienten die Volkswirtschaftsjahrespläne, mit denen die Kombinate und Betriebe direkt gesteuert wurden. Sie umfassten detaillierte materielle und finanzielle Planziele, wobei sie sowohl die Zahl und Qualität der hergestellten Güter als auch die Art und Weise ihrer Herstellung durch Weisungen zur Verwendung der Produktionsmittel vorgaben.⁴⁹

Die wirtschaftliche Planung vollzog sich auf zwei Ebenen. Die zentrale Ebene bestand formal aus dem Ministerrat und, als dessen Organ, der Staatliche Plankommission, faktisch jedoch übten die Gremien der Partei einen hohen Einfluss auf. Die dezentrale Planung auf Ebene der Produktionseinheiten vollzog sich unter den Generaldirektoren der Kombinate und Volkseigenen Betriebe. Aufgabe der Staatlichen Plankommission war es, den optimalen Einsatz der volkswirtschaftlichen Ressourcen festzustellen und zu koordinieren.⁵⁰

Der Ablauf der Planung verlief dabei in drei Schritten. Zunächst wurde von der Staatlichen Plankommission ein Planprojekt als Entwurf des Volkswirtschaftsplanes ausgearbeitet. Dieser basierte auf den Vorgaben des Fünfjahresplans, der längerfristigen Programme sowie den Beschlüssen der Parteitage und enthielt die grundlegenden Kennziffern als staatliche Aufgaben

⁴⁷Schürer, Planung, S.79.

⁴⁸Gutmann, Blockaden, S.12.

⁴⁹Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft, S.28.

⁵⁰Maier, Innovationsträgheit, S.808.

(STAG).⁵¹ Diese wurden in einem hierarchischen System nach unten an die Minister und Direktoren sowie auf staatlicher Seite an die Räte der Bezirke und Kreise weitergegeben, wo sie auf dezentraler Ebene präzisiert wurden. Die Kombinate bzw. die Betriebe stellten dabei nach Vorgaben der STAG die Pläne selber auf. In Form der Planberatungen konnten die Werktätigen in den Betrieben die Pläne diskutieren, wobei deren Einfluss letztendlich gering blieb.

Nach Abschluss der Plandiskussionen gaben die Wirtschaftseinheiten ihre Entwürfe im Rahmen der Planverteidigung nach oben zurück. In einem hierarchischen System wurden die Pläne von der nächst höheren Ebene abgenommen und geprüft. Herrschte hier Uneinigkeit, wurde der Plan mit neuen Auflagen wieder zurückgegeben und auf der darunterliegenden Ebene neu aufgestellt. Wurde auch die revidierte Fassung nicht angenommen, so wiederholte sich der Prozess bis eine Einigung erreicht wurde, wobei die höhere Ebene letztendlich die Befugnis dazu hatte, ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Die SPK schließlich prüfte die einzelnen Pläne und fasste sie zu einem gesamtheitlichen Plan zusammen. Dieser Plan wurde dann im Rahmen der Planverteidigung auf den einzelnen Ebenen beraten und schließlich als Volkswirtschaftsplan der Partei- und Staatsführung zur Bestätigung vorgelegt. Nach Verabschiedung durch die Volkskammer trat der Jahresplan in Kraft und wurde als Gesetz veröffentlicht und als staatliche Planaufgaben verbindlich gemacht.⁵²

Der Jahresplan spielte die zentrale Rolle in der täglichen Arbeit in den Betrieben. Als Anreiz für die Wirtschaftseinheiten zur Durchführung des Planes diente ein Prämiensystem. Planerfüllungen bzw. Übererfüllungen wurden mit Prämien für Betriebsleiter und Arbeiter belohnt, während Untererfüllung für die Beschäftigten negative Auswirkungen auf ihre Löhne bedeutete.⁵³ Die Planaufgaben wurden regelmäßig mit der tatsächlichen Lage verglichen und konnten bei Bedarf flexibel verändert werden. Dies wurde vor allem dann genutzt, wenn eine Planuntererfüllung auftrat, wobei eine nachträgliche Reduzierung der Auflagen einem Gesichtsverlust vorbeugen sollte.

⁵¹Schürer, Planung, S.77.

⁵²Waterkamp, Planungssystem, S.54-55; Gutmann, Blockaden, S.15-17.

⁵ Gutmann, Blockaden, S.24.

2.2.3 Immanente Schwächen der Planwirtschaft

Ein Grundproblem für die Zentralplanwirtschaft der DDR bestand in der systemimmanenten Informationsasymmetrie, also der ungleichen Verteilung von Informationen zwischen den am Planungsprozess beteiligten Akteuren. Auf zentraler Ebene herrschte dabei ein Informationsdefizit über die von ihr koordinierten und kontrollierten Wirtschaftseinheiten. Zur effizienten Arbeitsteilung ist das Wissen über die vorhandenen Ressourcen und die verfügbare Leistungsfähigkeit der Anlagen und Menschen unabdingbar.⁵⁴ Die Beschaffung und Verarbeitung der ungeheuren Datenmengen über die Volkswirtschaft verursachte hohe Kosten und benötigte ein hohes Maß an Sachkenntnis. Eine effiziente Informationsgewinnung konnte jedoch zu keiner Zeit garantiert werden und verursachte immer Kosten und Effizienzverluste.

Während also nur die Produktionseinheiten über ihre wahre Leistungsfähigkeit Kenntnisse besaßen, fehlte diesen allerdings die Übersicht über die Reserven und Kapazitäten der anderen Betriebe. In einer Marktwirtschaft werden Mangel und Überfluss anhand der Preise für Güter und Materialien erkenntlich. Die Preise der DDR waren jedoch rigide und wurden zentral festgelegt. Somit mangelte es insgesamt an einem Indikator für die Knappheitsverhältnisse in der Volkswirtschaft. Ein effizienter Einsatz der endlichen Ressourcen war deshalb von vorneherein nicht möglich.⁵⁵

Eine andere Quelle von Ineffizienz lag in den gegensätzlichen Interessen von zentraler und dezentraler Planungsebene. Obwohl die Betriebe und die SPK langfristig die selben Interessen verfolgten, nämlich die Maximierung des zu verteilenden Endprodukts, unterschieden sich die kurzfristigen Ziele voneinander. Während die Zentrale bemüht war, möglichst anspruchsvolle Pläne aufzustellen, strebten die Produktionseinheiten im Zuge der Prämienmaximierung nach möglichst risikolosen und einfach zu erfüllenden Planvorgaben. Dieser Interessensgegensatz zwischen den beiden Ebenen schuf damit ein Anreizproblem für die Betriebe. Um möglichst einfach zu erfüllende Vorgaben zu erhalten, versuchten sie ihre wahre Leistungsfähigkeit zu verschleiern und

⁵⁴Gutmann, Blockaden, S.2f.

⁵⁵Sinn, Gerlinde/Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, München 1993, S.43f; Wiards, Krise, S.51.

ihren Bedarf an Material hochzurechnen.⁵⁶ Geling dies, konnten sie nicht nur den Planvorgaben nachkommen, sondern diese sogar übererfüllen und so die Prämien steigern. Deshalb horteten die Unternehmen für Krisenzeiten alle möglichen Ressourcen, von Baumaterial bis zu Arbeitskräften, die dadurch nicht produktiv eingesetzt werden konnten und Effizienzverluste verursachten.

Obwohl dies den Betrieben langfristig selber schadete, da das verteilbare Endprodukt dadurch vermindert wurde, war es doch in der kurzen Frist für sie optimal die Planvorgaben der SPK soweit wie möglich zu senken. Einem effizienten Einsatz der vorhandenen Inputs waren damit von vorneherein große Hürden aufgebaut. Die SPK antizipierte dieses Verhalten natürlich und reagierte darauf mit überhöhten Forderungen, die die Betriebe wiederum ablehnten. Dies wiederholte sich solange, bis ein für beide Seiten akzeptables Gleichgewicht gefunden wurde. Dieser mit hohen Transaktionskosten verbundene Prozess verhinderte eine optimale Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten und wirkte sich langfristig negativ aus.

Daneben mussten die Direktoren dafür Sorge tragen, dass ihre Betriebe die Planvorgaben nicht in zu großem Ausmaße überboten. Eine zu deutliche Planübererfüllung hätte der zentralen Planungsebene Überkapazitäten angezeigt, die in der nächsten Planungsperiode in höhere Planvorgaben resultiert hätten. Diese Anreizsituation verhinderte jede Motivation für Innovationen, da die Gewinne der Betriebe zentral an den Staat abgeführt werden mussten. Eine erfolgreiche Umsetzung von technischen Neuerungen außerhalb des Planes hätte höhere Begehrlichkeiten geweckt und gestiegene Forderungen der Zentrale an die Betriebe zur Folge gehabt, ohne dass ihnen der Ertrag daraus geblieben wäre. Zum anderen führten fehlgeschlagene Projekte zu Prämienkürzungen und Prestigeverlust der Direktoren, so dass diese risikobehaftete Investitionen selten eigenständig in Angriff nahmen.⁵⁷

Das Plansystem der DDR schaffte es also nicht, einen Anreiz für eine selbständige Verbesserung des Produktionsprozesses zu schaffen. Weder die

⁵⁶Steiner, Andre: Das DDR-Wirtschaftssystem: Etablierung, Reformen und Niedergang in historisch-institutionenökonomischer Perspektive, in: Karl-Peter Ellerbrock/Clemens Wischermann (Hrsg.): Die Wirtschaftsgeschichte vor der Herausforderung durch die New Institutional Economics, Dortmund, S.117.

⁵⁷Maier, Innovationsträgheit, S.812.

einzelnen Arbeiter noch die Betriebe profitierten von erfolgreichen Innovationen, sondern waren stattdessen die Hauptleidträger bei gescheiterten Innovationsversuchen. Dem Wirtschaftssystem gelang es damit nicht, die einzelnen Wirtschaftssubjekte zu einem volkswirtschaftlich sinnvollen unternehmerischen Risiko zu motivieren. Innovationsprojekte mussten daher immer von der zentralen Planbehörde ausgehen, die am weitesten von den Produktionsprozessen entfernt war und am wenigsten über die technischen Fähigkeiten verfügte.

Zusammengefasst lassen sich die strukturellen Schwächen der Planwirtschaft prinzipiell aus zwei Quellen herleiten. Dies sind zum einen die asymmetrische Verteilung von Informationen, zum anderen die Interessensgegensätze zwischen den am Planprozess beteiligten Gruppen. Beides führte zu einer Ineffizienz im Einsatz der vorhandenen Produktionsmittel. Die wirtschaftliche Schwäche resultierte letztendlich aus der Unfähigkeit des Systems, die unterschiedlichen Kenntnisse und Interessen der zentralen und dezentralen Ebene in Einklang zu bringen und eine optimale Ausnutzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erreichen.⁵⁸

3 Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR seit den siebziger Jahren

3.1 Wirtschaftliche Reformen Ulbrichts und deren Abbruch

Mit der Formulierung der „Hauptaufgabe“ auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 verabschiedete die Partei nicht nur das wirtschaftspolitische Programm des neuen Generalsekretärs Erich Honecker, sondern beendete damit auch endgültig eine fast zehn Jahre andauernde wirtschaftliche Reformbestrebung seines Vorgängers Walter Ulbricht. Die SED-Spitze hatte durch den Mauerbau und die damit vollzogene Schließung der bis dahin offenen Westgrenze neuen politischen Handlungsspielraum gewonnen und musste nun bei ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen keine neuen Ausreisewellen fürchten.

⁵⁸Steiner, DDR-Wirtschaftssystem, S.116.

Ulbrichts Plan war es, die neugewonnene Freiheit für eine umfassende Modernisierung der Wirtschaft zu nutzen um die Effizienz zu erhöhen und die Abhängigkeit vom Westen zu verringern. Langfristig sollte der immer deutlicher werdende Rückstand im Lebensstandard im Vergleich zur Bundesrepublik verringert und Westdeutschland schließlich überholt werden.⁵⁹

Hauptbaustein der Reform bildete die Modifikation des starren Lenkungssystems, dessen Effizienz auch in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Staaten Osteuropas in Frage gestellt wurde. Unter dem Titel „Neues Ökonomisches System des Sozialismus“ (NÖS) versammelten sich 1963 verschiedene Maßnahmen, die darauf abzielten, die zentrale Planung auf höchster Ebene zu reduzieren und den Wirtschaftseinheiten mehr Eigenverantwortung einzuräumen. Dadurch sollten neue Leistungs- und Innovationsanreize für Produktionssteigerungen geschaffen werden.⁶⁰ Konkret wurden die volkswirtschaftliche Planung auf Eckdaten reduziert und die bisher zentral geplanten Kennziffern in die Verantwortung der Betriebe übergeben. Mit dem Übergang zum Gewinn als Leistungsmaßstab sollten die Wirtschaftseinheiten dazu motiviert werden, kostenorientierter zu sein. Unterstützt wurde dies mit einer mehrstufigen Preisreform, in der sukzessive die Preise für Roh- und Grundstoffe, Halbfabrikate und schließlich für Fertigwaren den tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten angepasst wurden. Gleichzeitig sollte auch das Lohn- und Prämiensystem reformiert und die individuellen Leistungen der Arbeiter stärker belohnt werden, um damit weitere Produktivitätsanreize zu setzen.⁶¹

Insgesamt sollte dieses „System ökonomischer Hebel“⁶² den Interessensgegensatz zwischen der zentralen Ebene und den einzelnen Wirtschaftseinheiten beheben, indem die Betriebe stärker an ihrem wirtschaftlichen Erfolg und Misserfolg beteiligt wurden. Die Grundlagen des Sozialismus, Planwirtschaft und Volkseigentum, wurden jedoch nicht in Frage gestellt und die Reformen gingen nur soweit, wie sie den Machtanspruch der Partei auf Lenkung der Grundlinien der volkswirtschaftlichen Entwicklung nicht einschränkten. Prä-

⁵⁹Steiner, Plan, S.123/129.

⁶⁰Ebd, S.123/130.

⁶¹Grosser, S.7-9.

⁶²Steiner, Plan, S.131.

mienzahlungen blieben weiterhin an den Plan gebunden, was das Problem der „weichen Pläne“ nicht entschärfte. Zudem schreckte die Parteiführung aus Angst vor Unruhen vor Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern zurück, was wiederum der Verschwendung und den Subventionen Vorschub leistete. Da der Großteil der Gewinne der Betriebe weiterhin zentral abgeführt werden musste und sie der Staat noch immer vor Insolvenzen schützte, blieben auch die Anreize für Innovationen gering.⁶³

Als sich abzeichnete, dass die eingeleiteten Maßnahmen nicht die notwendigen Anreize zur Modernisierung der Wirtschaft setzten konnte, beschloss die SED-Führung den Strukturwandel zu forcieren. Der Begriff des NÖS wurde vom „Ökonomischen System des Sozialismus“ (ÖSS) abgelöst, das das Ziel hatte, durch eine Technisierung der DDR-Wirtschaft den Westen zu „überholen ohne einzuholen“⁶⁴ Dazu sollten strukturbestimmende Schwerpunktbereiche identifiziert und besonders gefördert werden. Als zukunftsweisend wurde die Elektroindustrie, der Maschinenbau und die chemische Industrie betrachtet, die vorrangig Mittel für Investitionen erhielten. Diese Mittel jedoch fehlten wiederum in anderen Bereichen und führten hier zur Abschwächung des Wachstums und zu Versorgungskrisen.⁶⁵

Als die Ungleichgewichte immer deutlicher wurden, verstärkte sich die Kritik in der eigenen Partei. Erich Honecker stellte sich an die Spitze der Reformgegner, die eine stärkere Ausgestaltung der zentralen Planung und die Erhöhung der Konsumgüterversorgung forderten. Ulbricht geriet immer mehr unter Druck, zudem Moskau den Reformen des SED-Chefs zunehmend kritischer gegenüberstand. Bei der Bekämpfung der Krise nutzte man wieder direkte Eingriffe in die Wirtschaft und die zentrale Planung gewann an Einfluss zurück. Als Honecker mit Unterstützung der sowjetischen Führung 1971 Ulbricht schließlich als Generalsekretär ablöste, war das NÖS bzw. ÖSS bereits weitestgehend ausgehöhlt.⁶⁶ Ulbrichts Reformen zerbrachen letztendlich daran, dass sie versuchten die Prinzipien der Marktwirtschaft zu simulieren, ohne dass ihre Grundlagen wie Privateigentum und Unternehmertum vorhan-

⁶ Steiner, Plan, S.131.

⁶⁴Ebd, S.142.

⁶⁵Grosser, Wagnis, S.13.

⁶⁶Steiner, DDR-Wirtschaftssystem, S.125.

den waren. Somit blieben die „ökonomischen Hebel“ größtenteils wirkungslos. Die technologische Offensive überforderte zudem die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, sodass es zunehmend zu Engpässen in Versorgung der Bevölkerung kam, die für große Teile der SED-Führung nicht mehr tragbar waren.⁶⁷

Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 wurde der neue Kurs in der Wirtschaftspolitik beschlossen. Grundlage der Honeckerschen Politik war ein umfangreiches Wohlfahrtsprogramm, an dessen Spitze das Wohnungsbauprogramm stand. Diese Maßnahmen wurden in dem Begriff der „*Hauptaufgabe*“ zusammengefasst, unter der man die „*weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos*“⁶⁸ verstand. Im Gegensatz zu Ulbrichts Strategie, die zuerst Investitionen auf Kosten des Konsums vorsah, sollte der Lebensstandard der Bevölkerung nun gleichlaufend mit der Wirtschaftsleistung mitwachsen.

Mit der inhaltlichen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik veränderte sich auch die Ausgestaltung der Lenkungsinstitutionen. Die zentrale Wirtschaftslenkung erhielt in Anlehnung an das sowjetische System wieder einen stärkeren Stellenwert, indem die Produktion wieder durch von der Zentrale ausgearbeitete Jahrespläne bestimmt wurde.⁶⁹ Gleichzeitig wurde die Preisreform abgebrochen und ein genereller Preisstopp eingeführt. Als besonders schwerwiegend erwies sich die Verstaatlichung der in der DDR übriggebliebenen privaten und halbstaatlichen Betriebe. Diese Unternehmungen, die hauptsächlich im Handwerk und der Konsumgüterindustrie tätig waren, hatten sich als flexibler und erfolgreicher als die Volkseigenen Betriebe erwiesen. Aus ideologischen Gründen wurden diese ab 1972 vom Staat aufgekauft und in staatliche Strukturen überführt. Damit verlor die DDR auf lange Sicht besonders produktive Kräfte, die von den inflexiblen staatlichen Betrieben nicht äquivalent ersetzt werden konnten.⁷⁰

⁶⁷Steiner, Plan, S.161.

⁶⁸Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft 1971 bis 1975, abgedruckt in: Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.196.

⁶⁹Roesler, Umbruch, S.9.

⁷⁰Grosser, Wagnis, S.16.

Honeckers sozialpolitisches Programm hatte schnell große Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Mit der Erhöhung der Mindestlöhne und Renten sowie anderer sozialer Leistungen stiegen die Ausgaben. Das Wohnungsbauprogramm band zudem enorme Investitionsmittel, die durch die Festsetzung der Mieten auf niedrigem Niveau alleine vom Staat getragen wurden. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu ermöglichen, deren Produktion in den sechziger Jahren bewusst zugunsten von Investitionen gedrosselt wurde, mussten auch zunehmend Verbrauchswaren aus dem Westen importiert werden.⁷¹

Dies stand im Einklang mit Honeckers Strategie, sich vermehrt dem Westhandel zu öffnen. Das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet bot die Güter an, an denen es in der DDR besonders mangelte. Bezahlt werden sollten diese durch Exporte in den Westen. Da es aber der DDR-Wirtschaft an konkurrenzfähigen, „NSW-wertigen“ Waren fehlte, wollte man die Produktionsmöglichkeiten dafür aus den technologisch fortgeschrittenen Staaten einführen. Dieses Konzept sah vor, vermehrt technisch überlegene Maschinen und Anlagen auf Kreditbasis aus dem Westen zu importieren. Mit diesen Investitionsgütern sollte die Industrie der DDR modernisiert und die Exportrentabilität gesteigert werden. Die hohen Kosten dieser Importe sollten durch den Export der durch die neuen Anlagen produzierten Güter bezahlt werden. Das Kalkül lag darin, westliche Produktionstechnologie zu adaptieren und durch die Ausnutzung von Kostenvorteilen billiger zu produzieren, um auf den Weltmärkten die Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen absetzen zu können. Dadurch stiegen seit 1973 die Handelsdefizite mit dem NSW und damit auch die Staatsverschuldung in konvertiblen Devisen spürbar an.⁷²

Parallel dazu kam es zu einem Anstieg der Rohölpreise auf dem Weltmarkt, die sich ab 1975 auch im RGW bemerkbar machten. Mit einer Preisreform wurde der Rohölpreis nicht mehr im Vorhinein festgelegt, sondern sollte sich aus dem Durchschnitt der Weltmarktpreise der letzten fünf Jahre errechnen. Diese Methodik federte zwar den Ölpreisschock für die DDR

⁷¹Ebd, S.17.

⁷²Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft, S.43.

deutlich ab, trotzdem veränderten sich langfristig die *terms of trade* zu ihrem größten Handelspartner zu ihren Ungunsten.⁷³

3.2 Die „Einheit on Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in den siebziger Jahren

Das wirtschaftspolitische Programm Honeckers wurde 1976 auf dem IX. Parteitag in die Formel von der „*Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik*“ gegossen, die bis zum Ende der DDR die leitende Maxime darstellen sollte. Der Begriff implizierte die enge Wechselwirkung zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensstandard. Doch bereits wenig später machten sich die negativen Folgen dieser Politik bemerkbar. Die Devisenrentabilität der DDR-Produkte nahm immer mehr ab.⁷⁴ Gleichzeitig rief die zunehmende Westverschuldung erste Kritiker auf den Plan. Schürer und Mittag warnten vor der zunehmenden Kreditaufnahme im Westen und dem Verlust der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der DDR.⁷⁵ Honecker ließ sich jedoch von dem eingeschlagenen Kurs nicht abbringen. Trotzdem wurde deutlich, dass die DDR über ihre Verhältnisse gelebt hatte und nun Einsparungen vornehmen musste. Da man die gesellschaftliche Konsumtion im Hinblick auf die „Hauptaufgabe“ nicht begrenzen wollte, wurden die produktiven Investitionen in die Wirtschaft gekürzt. Durch Konzentrierung der Mittel auf Schlüsselbereiche, die man als die richtungsweisenden Branchen der Zukunft ansah, sollte der Investitionsaufwand reduziert und effektiver eingesetzt werden.⁷⁶ Zunehmend wurden auch wirtschaftliche Fragestellungen aus dem Politbüro in kleinere Gremien delegiert. Im „Kleinen Kreis“ versammelten sich die für wirtschaftlichen Fragen zuständigen Politbüro-Mitglieder, während sich die „Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz“ mit der zunehmenden Auslandsverschuldung befasste.⁷⁷

Eine weitere Maßnahme zur Rationalisierung der Produktion stellte die Bildung von Kombinat dar. Dabei wurden verschiedene Betriebe einer

⁷³ Grosser, Wagnis, S.19.

⁷⁴Roesler, Umbruch, S.30.

⁷⁵Schürer, Gerhard: Begründung zur Vorlage „*Analyse der Lage der DDR mit Schlussfolgerungen*“, 30.10.1989, BArch DE 1/58736, Bl.125; Schürer, Planung, S.74.

⁷⁶Grosser, Wagnis, S.19.

⁷⁷Schürer, Begründung, Bl.126; Schürer, Planung, S.74.

Branche zu einem Konglomerat unter zentraler Leitung zusammengefasst. Die Parteiführung erhoffte sich von der Zusammenfassung aller Produktionsstufen von der Entwicklung bis zur Produktion eine bessere Koordinierung und eine effizientere Arbeitsteilung, insbesondere mit Hinblick auf die Herstellung von eigenen Rationalisierungsmitteln.⁷⁸ Die Reform führte stattdessen zu einem Verlust an Flexibilität. Die Kombinate begannen nun damit, jegliche benötigten Materialien zu hohen Kosten selbst herzustellen, anstatt sie unter Ausnutzung von komparativen Vorteilen von spezialisierten Betrieben einzukaufen.⁷⁹

Um zusätzliche Deviseneinnahmen zu beschaffen, erfuhr der bereits in den sechziger Jahren im Außenhandelsministerium eingerichtete Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ eine Aufwertung. Aufgabe des Bereichs „KoKo“ war die außerplanmäßige Devisenbeschaffung mit marktwirtschaftlichen und zum Teil illegalen Methoden. Chef dieser Abteilung wurde Stasi-Offizier Alexander Schalck-Golodkowski, der nur Honecker und Mittag rechenschaftspflichtig war und die Gewinne direkt an sie abführte.⁸⁰ Mit einem System von Scheinfirmen und intensiven Kontakten in den Westen gelang es Schalck der DDR-Führung zusätzliche Devisen zu erwirtschaften und sogar das COCOM-Embargo zu durchbrechen. Wenngleich der Bereich KoKo mit seinen Deviseneinschüssen eine signifikante Rolle in der DDR-Wirtschaft spielte, sollte seine Bedeutung für die ökonomische Entwicklung nicht überschätzt werden, da er die grundlegenden Probleme im Außenhandel allein nicht lösen konnte.⁸¹

Ende der siebziger Jahre hatte sich die Verschuldungssituation so stark verschlechtert, dass die Zahlungsfähigkeit der DDR immer bedrohlicher wurde. Die zunehmende Abhängigkeit vom Westen wurde von der Sowjetunion kritisch gesehen, sodass auch auf Druck Moskaus die Importe gedrosselt wurden und 1980 unter dem Vorjahresniveau lagen. Auch die Investitionen wurden weiter gekürzt. Im Jahr 1980 stagnierten sie und stiegen nur noch um 0,1%.⁸² Durch die Ausgaben senkung konnte die DDR ihr Außenhandels-

⁷⁸Steiner, Plan, S.184f.

⁷⁹Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft, S.44.

⁸⁰Buthmann, Reinhard: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) (MfS-Handbuch III/11), Berlin 2004, S.58.

⁸¹Steiner, Plan, S.202.

⁸²Statistisches Jahrbuch, S.113.

defizit zwar zum ersten mal in der Amtszeit Honecker senken, die Verschuldungssituation blieb jedoch weiterhin kritisch. Mit dem erneuten Ansteigen der Ölpreise musste die DDR zudem befürchten, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich mittelfristig noch weiter verschlechtern würden.⁸³

3.3 „Liquidität or Rentabilität“: die ökonomische Strategie der achtziger Jahre

Bereits Ende der siebziger Jahre war dem Politbüro klargeworden, dass sich die wirtschaftspolitische Strategie im kommenden Jahrzehnt ändern musste. Da Mittel für Erweiterungskapazitäten gekürzt werden mussten, sollte Wirtschaftswachstum nicht durch expansive Investitionen,⁸⁴ sondern durch Intensivierung der vorhandenen Produktionskapazitäten generiert werden. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, rationalerer Materialverbrauch und erhöhte Energieeffizienz waren Grundpfeiler der neuen ökonomischen Strategie.⁸⁵ Der effiziente Einsatz der Ressourcen sollte die Exportkapazitäten in den Westen erhöhen. Insbesondere durch die Einsparung von Mineralöl als Energiequelle sollte der Unterschied zwischen dem Weltmarkt- und dem eigenen RGW-Preis noch stärker zur Devisenerwirtschaftung ausgenutzt werden.⁸⁶ In der Tat gelang es der DDR 1981 erstmals einen Überschuss im Außenhandel zu verbuchen und damit den negativen Trend zu durchbrechen. Wie eine Hiobsbotschaft muss deshalb die Ankündigung der Sowjetunion aufgenommen worden sein, die Rohöllieferungen an ihre Satellitenstaaten zu kürzen. Für die DDR bedeutete dies eine Reduzierung 19 auf 17 Millionen Tonnen jährlich.⁸⁷

In der zweiten Jahreshälfte 1981 geriet die DDR, obwohl selber auf dem Weg des Schuldenabbaus, zudem in eine den ganzen Ostblock erfassende Kreditkrise. Im Jahr 1981 erklärten sich die wirtschaftlich stark angeschlagenen Volksrepubliken Polen und Ungarn für zahlungsunfähig, was westliche Ban-

⁸ Grosser, Wagnis, S.23.

⁸⁴Zur Höhe der Investitionen in den achtziger Jahren siehe Kapitel 4.2.1.

⁸⁵Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft, S.43.

⁸⁶Grosser, Wagnis, S.25.

⁸⁷Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Wer wusste was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S.592.

ken mit dem Abzug ihrer kurzfristiger Einlagen und der Verhängung eines Kreditstopps beantworteten. Die DDR geriet wie alle RGW-Staaten ebenfalls in den Sog dieser Vertrauenskrise und erhielt ab 1982 keine neuen Kredite mehr.⁸⁸

Die Kreditkrise stellte die DDR vor eine schwierige Situation. Zwar waren die Handelssalden mit den westlichen Industriestaaten bereits nahezu ausgeglichen, die aufgelaufene Verschuldung der siebziger Jahre jedoch erforderte weiterhin Zinszahlungen in harten Währungen, die die DDR ohne neue Kredite nicht leisten konnte. Die DDR stand damit Ende 1981/Anfang 1982 akut vor der Zahlungsunfähigkeit.⁸⁹ Die SED-Führung reagierte darauf mit der Drosselung der Importe und einer weiteren Reduzierung der Investitionen. Durch eine Exportoffensive sollten alle Reserven der Volkswirtschaft zur Erwirtschaftung von Devisen genutzt werden. Hauptaugenmerk galt dabei der Forcierung der bereits beschlossenen Heizölablösung und gleichzeitig erbat man die UdSSR intensiv die Lieferungskürzungen zurückzunehmen. Mit der Freisetzung von Heizöl zur Produktion von veredelten Erdölprodukten unter Ausnutzung der weiterhin steigenden Weltmarktpreise sollten die benötigten Devisen erwirtschaftet werden.⁹⁰

Trotz verzweifelter Bemühungen gelang es der Staatsführung nicht, die UdSSR zur Einhaltung der ursprünglichen geplanten Erdöllieferungen zu bewegen. Die Sowjetunion erklärte sich zwar bereit, zusätzlich zwei Mrd. Tonnen zu liefern, forderte jedoch die Bezahlung in Devisen oder NSW-wertiger Ware. Dies war für die DDR keine Option, da ihre Konzeption gerade auf der Ausnutzung der Preisunterschiede im RGW basierte, die nur durch den Export von im Westen nicht absetzbaren Produkten in die UdSSR funktionieren konnte. So konzentrierte man sich auf die Substitution des Erdöls durch die heimische Braunkohle und tatsächlich gelang es unter dem Einsatz von massiven Investitionen, die Kraftwerke bis Ende 1983 auf Kohle umzustellen.⁹¹ Die Heizölablösung war der Beginn einer Entwicklung, die kennzeichnend für die achtziger Jahre werden sollte. Zur Erhaltung der Liquidität traten Ren-

⁸⁸Haendcke-Hoppe-Arndt, *Wer wusste was?*, S.593; Steiner, *Plan*, S.198.

⁸⁹Grosser, *Wagnis*, S.27.

⁹⁰Haendcke-Hoppe-Arndt, *Hauptabteilung*, S.76.

⁹¹Grosser, *Wagnis*, S.27.

tabilitätskriterien in den Hintergrund. Die Umstellung der Kraftwerke auf Braunkohle erbrachte keinerlei Produktionssteigerung, sondern diente einzig und allein der Einsparung von NSW-wertigen Exportgütern. Insgesamt kostete die Heizölablösung 12 Mrd. Mark,⁹² nicht mitgerechnet die weitreichenden Folgekosten durch die Schädigung der Umwelt. Die dafür aufgewendeten Mittel fehlten in anderen Branchen für Ersatzinvestitionen, wo der Verschleiß immer weiter zunahm.

Trotz der Exportoffensive drohte der DDR weiterhin die Zahlungsunfähigkeit, die schließlich nur durch die besonderen Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik zunächst verhindert werden konnte. Durch die vermehrte Einfuhr von Waren aus Westdeutschland unter Ausnutzung des zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel versuchte man die weggefallenen Importe aus anderen Staaten zu kompensieren.⁹³ Die SED war entschlossen, unter allen Bedingungen die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Der Staatsbankrott hätte die Einstellung der dringend benötigten Westimporte bedeutet. Dieser Importstopp hätte nur durch ein internationales Umschuldungsabkommen, wie es in Ungarn unter der Führung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zustande gekommen war, beendet werden können. Solch ein Schuldenmemorandum wäre aber nur möglich, wenn die DDR einen vom IWF zu genehmigenden Reformplan ausgearbeitet hätte. Eine Bevormundung durch den Internationalen Währungsfonds wollte die Parteispitze jedoch nicht akzeptieren.

In dieser Situation war die SED-Führung sogar bereit mit der Bundesrepublik zu kooperieren. Im Mai 1983 verhandelte Schalck, der über umfangreiche Kontakte in den Westen verfügte, mit dem damaligen bayrischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß über neue Finanzierungsmöglichkeiten. Schalck bot der Bundesregierung „menschliche Erleichterungen“ an, wenn sie der DDR ermögliche, den Kreditboykott zu durchbrechen. In Bonn war man ebenfalls daran interessiert, die DDR wirtschaftlich zu stabilisieren. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 gab für sie Anlass zur Sorge, dass es auch in Ostdeutschland zu einer Radikalisierung kommen und

⁹²o.V.: Zu wichtigen Fakten der ökonomischen Entwicklung der DDR insbesondere zur Erfüllung des Fünfjahrplanes 1986-1990, 20.6.1988, BArch DE 1/58736, Bl.364.

⁹ Grosser, Wagnis, S.28.

der Dialog der beiden deutschen Staaten abgebrochen werden könnte.⁹⁴ Man einigte sich schließlich auf die Vermittlung von zwei Krediten zu 1 Mrd. DM 1983 und 0,95 Mrd. DM 1984, die von einem Konsortium aus westdeutschen Banken gestellt und von der Bundesregierung garantiert wurden. Als Gegenleistung verfügte die SED-Führung den Abbau der Selbstchussanlagen und Minen an der innerdeutschen Grenze sowie die Senkung des Mindestumtauschs.⁹⁵ Die neugewonnenen Mittel nutzte die DDR nicht für dringend benötigte Importe, sondern legte sie strategisch geschickt als Sparguthaben bei westlichen Banken an und signalisierte somit die wiederhergestellte Liquidität. So gelang es ihr 1984 das Vertrauen der internationalen Finanzwelt zurückzugewinnen und neue Kredite zu erhalten. Mithilfe der Bundesregierung war es also gelungen, die drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden und die Wirtschaftslage zu normalisieren.

4 Die DDR-Wirtschaft im letzten Planjahr-fünft 1986-1990

4.1 Das Krisenmanagement der SED-Führung

4.1.1 Ausgangslage

Mitte der achtziger Jahre schien es, dass die DDR die internationale Schuldenkrise überwunden habe und ihre finanzielle Abhängigkeit vom Westen abbauen könne. Mit den Strauß-Krediten wurde der internationale Kreditboykott gegen die DDR durchbrochen und die Bonität wiederhergestellt. Die Handelsüberschüsse der ersten Hälfte der 80er Jahre ermöglichten es der Staatsführung, die Außenverschuldung gegenüber den westlichen Staaten zu reduzieren und somit die sich aufschaukelnde Schuldenspirale anzuhalten. Neben einer scheinbaren wirtschaftlichen Stabilisierung konnte der ostdeutsche Staat auch eine gesteigerte internationale Anerkennung vorweisen, die 1987 mit dem Staatsbesuch Erich Honeckers in Bonn ihren Höhepunkt fand.

⁹⁴Steiner, Plan, S.198.

⁹⁵Grosser, Wagnis, S.29.

Der Fünfjahrplan für 1986-1990 ging demnach auch von einer „*konsequenten Fortführung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik*“ aus und forderte wie seit dem VIII. Parteitag üblich die „*das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes schrittweise zu verbessern.*“⁹⁶ Die Strategie des Fünfjahrplans zur Verwirklichung dieser Ziele lag in der umfassenden Intensivierung der Volkswirtschaft und der Entwicklung der Schlüsseltechnologien. Ziel war es, „*die Schlüsseltechnologien rasch und in großer volkswirtschaftlicher Breite anzuwenden*“ und so die Arbeitsproduktivität zu steigern.⁹⁷ Die Mikroelektronik spielte hierbei neben der Automatisierung die Hauptrolle bei den Intensivierungsbemühungen und sollte beschleunigt entwickelt werden. Mit ihrer Hilfe sollten „*auf entscheidenden Gebieten internationale Spitzenpositionen erreicht werden*“⁹⁸

Mit Beginn des Fünfjahrplanes 1986 jedoch änderten sich die Bedingungen auf den Weltmärkten. Der Ölpreis halbierte sich 1986 innerhalb kürzester Zeit auf nur noch 14,4 US-Dollar im Jahresdurchschnitt. Für die DDR, die den Großteil ihrer Ölimporte aus der UdSSR bezog, bedeutete dies, dass aufgrund der RGW-Preisbildungspraxis der eigene Bezugspreis schlagartig deutlich über dem Weltmarktniveau lag. Gleichzeitig zu den sinkenden Rohölpreisen kam es zu einem massiven Preisverfall bei veredelten Erdölprodukten. Die Exporterlöse der DDR aus den Ölgeschäften verringerten sich innerhalb nur eines Jahres von 2,5 Mrd. VM 1985 auf nur noch 1 Mrd. VM 1986.⁹⁹ Der RGW-Preismechanismus, von dem sie in Zeiten ständig steigender Erdölpreise auf Kosten der UdSSR profitierte, wurde jetzt zum außenwirtschaftlichen Nachteil. Mit dieser Verschlechterung der *terms of trade* reduzierten sich die Erlöse im Westhandel, aufgrund der Preisausfälle bei Erdölprodukten sank der NSW-Export 1986.¹⁰⁰ Dennoch konnte 1986 noch immer ein Exportüberschuss erzielt werden.

⁹⁶Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, abgedruckt in: Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.195.

⁹⁷Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990, 27.11.1986, abgedruckt in: Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.240-241.

⁹⁸Ebd., S.248.

⁹⁹Steiner, Plan, S.202.

¹⁰⁰o.V., Fakten, Bl.361.

4.1.2 Verschleiß und Verschuldung

Parallel zu den Entwicklungen auf den internationalen Märkten zeichneten sich im Innern die Folgen der ökonomischen Strategie der achtziger Jahre ab. Die ausgebliebenen Investitionen zu Beginn der achtziger Jahre machten sich nun immer deutlicher auf die Ausstattung der Betriebe bemerkbar und gefährdeten die Produktion. Abseits der Kernbereiche verfiel der Kapitalstock.¹⁰¹ Diese Entwicklung, die mit der Konzentration auf die Mikroelektronik und andere Zukunftsbranchen begann und sich mit dem allgemeinen Investitionsrückgang im Zuge der Kreditkrise fortsetzte, hatte schwere volkswirtschaftliche Disproportionen verursacht.¹⁰²

Bereits im August 1986 mahnte ein Informationsbericht der Staatssicherheit „*Probleme im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Arbeits- und Produktionssicherheit in [...] der Fleischindustrie der DDR*“¹⁰³ an. Als Ursache wurde ausdrücklich das „*Absinken der Erneuerungsrate bei wichtigen Grundmitteln [...] infolge zurückgehender Fondbereitstellung auf Grund entsprechender Bilanzentscheidungen im Rahmen der Volkswirtschaftspläne im Zeitraum 1981 bis 1985*“¹⁰⁴ genannt. Der Verschleißgrad der Ausrüstungen und Maschinen nahm während der achtziger Jahre dramatisch zu. Allein in der Fleischindustrie erhöhte sich der Anteil der bereits verschlissenen Grundfonds von 35% 1980 auf 43% 1985.¹⁰⁵

Durch den Verschleiß der technisch veralteten Anlagen und Maschinen stiegen die Kosten durch Ersatzteilbeschaffung und Instandhaltung. Da die Zuliefererindustrie unter dem Investitionsrückgang besonders stark litt, mussten Ersatzteile häufig aus dem Westen gegen harte Devisen importiert

¹⁰¹Baar, Lothar/Uwe Müller/Frank Zschaler: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989, in *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2 (1995), S.54f.

¹⁰²Kupper, Siegfried: Ziele und Folgen des zentralgelenkten sektoralen und regionalen Strukturwandels in der DDR-Planwirtschaft, in: Eberhard Kuhrt u.a. (Hrsg.), *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, Opladen 1999, S.115f.

¹⁰ Ministerium für Staatssicherheit - Hauptabteilung XVIII: Information über einige Probleme im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Arbeits- und Produktionssicherheit in der Fleischindustrie der DDR, 5.8.1986, BStU ZAIG 3535, Bl.1.

¹⁰⁴Ebd, Bl.2.

¹⁰⁵Ebd, Bl.4.

werden.¹⁰⁶ Ausbleibende Erneuerungen der Produktionstechnik oder nicht durchgeführte Reparaturmaßnahmen beeinträchtigten auch die Sicherheit der Arbeiter in den Betrieben. Ohne die notwendigen Instandsetzungsinvestitionen mussten Ausnahmegenehmigungen erlassen werden, um die Produktion weiterzubetreiben und die Versorgung zu sichern. Durch die erhöhten Kosten sank die ohnehin schon geringe Exportrentabilität der DDR-Waren weiter ab. Die DDR sah sich Anfang 1986 jetzt der schwierigen Situation ausgesetzt, dass ihr größter Devisenbringer durch den Ölpreiseinbruch schlagartig einen drastischen Einbruch erlebte, während die klassischen Industriebranchen unter den Folgen der gesunkenen Akkumulation litten.

In diesem Dilemma beschloss die Parteiführung, die beim Erdöl erfolgreiche Politik des kreditfinanzierten Technologieimports auch auf andere Industriezweige auszuweiten. Die Mikroelektronik erhielt dabei die Schlüsselfunktion und sollte die DDR aus der Krise führen.¹⁰⁷ Die Mikroelektronikindustrie war bereits lange ein Schwerpunktbereich der Wirtschaftsförderung gewesen, die Betriebe erhielten aber Anfang 1986 nun vermehrt die Möglichkeit, gegen zusätzliche Exportverpflichtungen moderne Anlagen aus dem Westen zu importieren. Vor allem Günter Mittag forderte vehement, die DDR zum „Japan des RGW“ zu machen und eine Monopolstellung im Bereich der Mikroelektronik aufzubauen.¹⁰⁸ Mit dem vermehrten Absatz von Produkten der Hochtechnologie in die östlichen Bruderstaaten sollte die Rohstoffabhängigkeit von der UdSSR reduziert werden. Gleichzeitig sollte die Rentabilität der Exporte in den Westen steigen. Um die Bilanzen des Fünfjahresplans nicht zu überlasten, wurde der Import der Mikroelektronik-Technologie größtenteils außerhalb der Volkswirtschaftspläne über den Bereich Kommerzielle Koordination abgewickelt. Schalck-Golodkowski finanzierte die Ausgaben für die modernen Anlagen aus Mitteln der Koko-Betriebe vor, die erst nach 1990 aus der geplanten Produktion zurückgezahlt werden sollten.¹⁰⁹

Nachdem der Außenhandelsüberschuss bereits 1986 zurückgegangen war, realisierte die DDR 1987 wieder ein Defizit. Obwohl das Ansteigen der Ver-

¹⁰⁶Abt. Parteiorgane des ZK: Information über Erfahrungen und einige Probleme im Kampf um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1988, 5.4.1988, DC 20/5311.

¹⁰⁷Grosser, Wagnis, S.30; Hertle, Fall der Mauer, S.62.

¹⁰⁸Hertle, Diskussion, S.335.

¹⁰⁹Wenzel, Was war die DDR wert?, S.21; Hertle, Diskussion, S.333.

schuldung drohte, sah sich die DDR-Führung nicht dazu bereit, die Ausgaben für die Konsumtion einzuschränken. Im gesamten Planungszeitraum entwickelte sich der gesellschaftliche Verbrauch deutlich über Plan. Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung wuchsen schneller als das produzierte Nationaleinkommen, ohne dass das Angebot an Waren mit dieser Entwicklung mithalten konnte.¹¹⁰ Die DDR-Bürger standen somit trotz scheinbar höherer Kaufkraft immer häufiger vor leeren Regalen.

4.1.3 Die schleichende Auflösung des RGW

Neben den inneren Problemen der Wirtschaft veränderten sich für die DDR die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe konnte immer weniger die in ihn gesteckten Hoffnungen erfüllen. Die für die moderne Volkswirtschaften typischen Handels- und Wirtschaftsverflechtungen blieben im RGW unterentwickelt. Während sich im westlichen Teil Europas die ökonomische und politische Zusammenarbeit immer weiter vertiefte, blieben die Staaten des RGW weiterhin grundlegend auf Autarkie ausgerichtet.¹¹¹

Seit 1985 hatte der Außenhandelsumsatz mit der UdSSR, dem größten Handelspartner, stagniert.¹¹² Im Zuge der wirtschaftlichen Probleme im gesamten RGW-Raum kam es zunehmend häufiger zu Ausfällen von vertraglich vereinbarten Lieferungen. Insbesondere die Sowjetunion war aufgrund eigener Probleme immer weniger in der Lage, ihre Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. 1986-88 fielen wichtige Importe von Zellstoffen, Baumwolle, Aluminium, Schienen, Walzstahl sowie elektronischen Bauelementen aus der UdSSR aus, was die Versorgungssituation in der DDR weiter verschlechterte. In der Staatlichen Plankommission schätzte man den Verlust allein dieser Ausfälle auf 400 Mio. VM, die für Ersatzimporte aus dem Westen aufgebracht werden mussten.¹¹³

¹¹⁰o.V.: Fakten, Bl.366.

¹¹¹Buchheim, Achillesferse, S.94.

¹¹²Wirtschaftskomitee der DDR: Interne Analyse des Wirtschaftskomitees über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1989, 15.1.1990, BArch DE 1/59157, S.55.

¹¹³o.V., Fakten, S.363.

Auch die die Erfüllung der Exportverpflichtungen in den RGW-Raum wurde für die DDR-Betriebe immer schwieriger. Der Exportplan konnte 1988 nicht erfüllt werden, bis August 1988 hatten sich allein die Lieferrückstände in die UdSSR auf 329 Mio. VGW aufsummiert.¹¹⁴ Im Dezember 1987 kündigte die Sowjetunion überraschend die weitere Verringerung der Erdöllieferungen an die sozialistischen Bruderstaaten nach Auslaufen der Verträge an.¹¹⁵ Die Zukunft der Handelsbeziehungen im RGW, auf denen nahezu die komplette Rohstoffversorgung der DDR basierte, wurde damit immer unsicherer.

Im Februar 1988 stellte die UdSSR ihr Konzept zur Reform des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe vor. In Anlehnung an die wirtschaftliche Integration der Europäischen Gemeinschaft wollte sie von den bilateralen Handelsabkommen abkommen und einen gemeinsamen Markt im RGW schaffen. Langfristig sollten die Handelsabkommen im Wirtschaftsbündnis dem Weltmarktniveau angepasst und die Konvertibilität der Währungen hergestellt werden. Als Land mit der höchsten Osthandelsverflechtung barg jedoch jede Änderung des RGW-Preismechanismus eine hohe wirtschaftliche Gefahr für die DDR.¹¹⁶ Während die Rohstoffe der UdSSR auf dem Weltmarkt abgesetzt werden konnten, war der Großteil der DDR-Produktion nicht „NSW-wertig“ und ließ sich lediglich in andere sozialistische Staaten exportieren. Die DDR lehnte die Reform des RGW deshalb grundsätzlich ab und forderte die Beibehaltung der aktuellen Regelungen, fand allerdings nur bei Rumänien Unterstützung. Die übrigen sozialistischen Staaten sahen dagegen im östlichen Wirtschaftsbündnis ein Hindernis in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und näherten sich immer näher dem Westen an.¹¹⁷

Im Jahr 1989 verschärften sich die Spannungen im RGW. Im Zuge der politischen und wirtschaftlichen Reformen in den osteuropäischen Staaten sahen sich die Mitgliedsstaaten immer weniger an ihre Handelsvereinbarungen gebunden. Sowjetische, polnische und ungarische Betriebe überraschten

¹¹⁴Ministerrat: Export in die UdSSR. Realisierungsstand per 31.08.88, BArch DE 1/58715, Bl.3.

¹¹⁵Hertle, Diskussion, S.337.

¹¹⁶Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Zum ökonomischen Erbe der SED-Diktator. Versuch

die DDR plötzlich mit eigenen Preisfestlegungen.¹¹⁸ Die Staatliche Plankommission warnte: „*Die Probleme bei der Realisierung von Leistungsimporten aus der VR Polen werden immer komplizierter. Das hängt damit zusammen, daß die polnische Seite höhere Preise fordert und die Forderung nach Bezahlung von Leistungsimporten mit NSW-wertigen Waren weiter erhöht.*“¹¹⁹ Das System des Staatshandels schien sich langsam aufzulösen.

4.1.4 Der Plankonflikt 1988

Zu Beginn des Jahres 1988 wurde schnell deutlich, dass der Volkswirtschaftsplan nicht auf realistischen Daten basierte. Bereits in den ersten drei Monaten mussten die Planziele mehrmals korrigiert werden.¹²⁰ Die Wirtschaft der DDR war immer weniger in der Lage, die Folgen des Ölpreiseinbruchs zu kompensieren. Die Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes für das Jahr 1989 war ein Zeugnis der von der politischen Führung bereits als krisenhaft wahrgenommenen Situation. Die Jahrespläne wurden üblicherweise im Frühjahr des vorangehenden Jahres von der SPK ausgearbeitet und anschließend vom Politbüro verabschiedet. Dieser Zeitplan konnte jedoch nicht eingehalten werden. Insbesondere der für die Mikroelektronik zuständige Minister forderte ein Investitionsvolumen, dass die Plankommission nicht stemmen konnte.¹²¹

Im April 1988 schlug Planungschef Schürer schließlich in einem Schreiben an Honecker Alarm.¹²² Dabei ging er nicht den üblichen Weg über das Politbüro, sondern wandte sich in der Hoffnung auf dessen Autorität direkt an den Generalsekretär. In diesem explizit als „*Überlegungen*“ bezeichneten Dokument, um dem Verdacht der Fraktionsbildung gegen den Generalsekretär zuvorzukommen, sprach er die Probleme der Investitionen, der Versorgungs-

¹¹⁸Hertle, Diskussion, S.336.

¹¹⁹Staatliche Plankommission: Schreiben an den Minister für Elektrotechnik und Elektronik Felix Meier, 16.10.1989, BArch DE 1/58065, Bl.1.

¹²⁰Wenzel: Persönliche Notizen zur Beratung des Ministerrates der DDR über den Entwurf der staatlichen Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushaltsplan 1989 am 15.9.1988, 15.9.1988, BArch DE 1/59157, S.2.

¹²¹Hertle, Diskussion, S.338.

¹²²Schürer, Gerhard: Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus, 26.4.1988, abgedruckt in: Treuhandanstalt: Dokumentation 1990-1994 Bd. I, Berlin 1994, S.821-832.

lage der Bevölkerung sowie „*besonders der Zahlungsbilanz*“ offen an und legte umfangreiche Vorschläge zur Verbesserung der Lage vor.

Schürers Hauptkritikpunkt waren die ausufernden Investitionen in die Schwerpunktbereiche, besonders in die Mikroelektronik und die Mikrobiologie. Er bekannte sich zwar zur Schwerpunktförderung, forderte aber in Anbetracht der schlechten Devisenrentabilität im Westexport die Einstellung der extensiven Investitionen zum Bau neuer Anlagen. Die DDR produziere zu oft Produkte, die auf dem Weltmarkt billiger seien als in der eigenen Produktion, aufgrund der Devisenknappheit aber nicht gekauft werden konnten. Als Beispiel nannte Schürer die Produktion von synthetischer Futterhefe, die trotz enormer Investitionen von 1,6 Mrd. Mark nur zu einem Aufwand im Gegenwert von 960 Valutamark pro Tonne hergestellt werden konnte, obwohl für den direkten Import aus dem NSW nur 500-600 VM aufzubringen waren. Da diese Devisen jedoch knapp waren, müsse Futterhefe unter Einsatz von Dieselkraftstoff, Phosphorsäure und Lösungsmitteln hergestellt werden, die im sozialistischen Ausland oder durch Eigenproduktion beschafft werden konnten. Die Eigenherstellung von Konsumgütern wie Videorekordern sei trotz Investitionen in Million Import aus dem Westen.¹²³

Stattdessen sollten die Kosten der Schwerpunktbereiche gesenkt und die Arbeitsteilung mit der UdSSR erhöht werden. Er schlug vor, die knappen Investitionsmittel in die rentableren Kombinate des Verarbeitungsmaschinenbaus umzuleiten, die zur Zeit „*kaum die einfache Reproduktion realisieren*“ könnten.¹²⁴ Nicht die vermeintlich zukunftssträchtigen, aber ineffizienten High-Tech-Industrien sollten gefördert werden, sondern die Produktion der Waren, bei denen die DDR komparative Vorteile gegenüber anderen Staaten besitze und die in ihrer Herstellung rentabel waren: „*Unsere Schlußfolgerung muß sein, jedes Objekt, wie wichtig es auch ist, mit den harten ökonomischen Bedingungen des Weltmarktes zu konfrontieren. Nicht nur was, sondern vor allem mit welchen Kosten und Gewinn etwas produziert wird, ist zur entscheidenden Frage geworden.*“¹²⁵ Rentabilität maß sich für Schürer dabei vor allem am Weltmarkt und nicht am politisch festgelegtem RGW-

¹² Ebd, S.821.

¹²⁴Ebd, S.821-822.

¹²⁵Schürer, Überlegungen, S.823.

Handel. Er erachtete deshalb eine „*prinzipielle Wende zum NSW-Export*“ als unausweichlich. „*Das Wachstum des NSW-Exportes und seine Rentabilität muß in der Volkswirtschaft dauerhaft einen höheren Stellenwert erhalten.*“¹²⁶ Nur durch stetige Handelsüberschüsse im Handel mit den westlichen Staaten könne die hohe Devisenverschuldung gesenkt werden.

In diesem Zusammenhang mahnte Schürer die Sicherstellung der rentablen Produktion durch Stärkung der lange vernachlässigten Zuliefererindustrie an. Durch Förderung der Zwischenschritte im Produktionsablauf müsse die starke Abhängigkeit von westlichen Leistungsimporten reduziert werden. Die sei ebenfalls nur durch Umverteilung der vorhandenen Mittel zu erbringen: „*Die Fonds zur Lösung der Probleme können jedoch nicht durch zusätzliche Investitionsforderungen gefunden werden, sondern durch innere Umstrukturierungen der Investitionen zugunsten von Vorhaben der Zuliefererindustrie.*“¹²⁷ Damit wandte er sich gegen die Konzentrierung der knappen Investitionen auf die Endstufen der Produktion, die aufgrund des hohen Verflechtungsgrades ohne die Stärkung der Zwischenstufen ineffizient blieben.

Auf der Ausgabenseite forderte Schürer die ständig wachsenden Aufwendungen für die gesellschaftliche Konsumtion zu begrenzen. Mit Steigerungen von jeweils über 5% in den letzten zwei Jahren seien diese Ausgaben deutlich über der Entwicklung der Wirtschaftsleistung geblieben und könnten durch die Volkswirtschaftspläne nicht mehr gedeckt werden. Schürer schlug vor, die Ausgaben für den gesellschaftlichen Verbrauch „*auf ein normales Wachstum von 1 - 2% jährlich zurückzuführen*“¹²⁸ und alle neuen Investitionen sorgfältig zu überprüfen. Im Zusammenhang mit der Konsumtion drängte Schürer auf eine Reform des Preissystems. Bei Beibehaltung der Subventionen für Mieten sollten alle Preisstützungen für Güter außerhalb des Grundbedarfs beseitigt werden, um so der Verschwendung Einhalt zu gebieten.

Mit seiner Kritik an der Schwerpunktbildung auf die Mikrotechnologie und den gesellschaftlichen Ausgaben sowie seiner Forderung nach einer Preisreform griff Schürer die Grundfesten der ökonomischen Strategie der SED an. Honecker antwortete auf dieses Papier, das er als direkte Kritik an seiner

¹²⁶Ebd, S.823.

¹²⁷Ebd, S.824.

¹²⁸Schürer, Überlegungen, S.824.

Politik verstehen musste, nicht direkt, sondern legte es Günter Mittag zur Prüfung vor. Dessen Antwort¹²⁹ wurde am 4.5.1988 im Politbüro behandelt. Mittag verteidigte darin seine Wirtschaftspolitik und wies die Vorschläge Schürers zurück: „*Diesen Überlegungen des Genossen Schürer zu folgen würde bedeuten, in einem umfassenden Maße Beschlüsse des VIII. Parteitages und des XI. Parteitages der SED in Frage zu stellen und somit die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.*“¹³⁰

Dabei bestritt Mittag die ökonomischen Probleme nicht und erkannte die von Schürer vorgebrachten Missstände auch im Grunde an, zeigte aber keinerlei Lösungsvorschläge auf. Stattdessen stellte er die Maßnahmen der Parteiführung als ausreichend dar und beharrte auf der Durchführung der Beschlüsse der SED sowie auf der „*erfolgreiche[n] Fortsetzung des Kurses der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.*“¹³¹ Schürers generelle Kritik am eingeschlagenen Kurs versuchte er durch die Darstellung eigener Erfolge zu entkräften, die jedoch jeglicher objektiven Grundlage entbehrten.

So begegnete Mittag Schürers Kritik an der einseitigen Förderung der Mikroelektronik damit, dass die Exportrentabilität für mikroelektronische Erzeugnisse in das NSW laut Plan mit 0,95 nur unwesentlich unter dem kostendeckenden Betrag von Eins läge: „*Bei den bisher abgeschlossenen Exportverträgen für das Jahr 1988 wird diese Exportrentabilität erreicht.*“¹³² Dabei ging er jedoch von Planungen aus, die der Realität nicht mehr genüge taten. Laut internen Berichten konnte die Mikroelektronik-Industrie im Schnitt deutlich weniger VM für den Aufwand von einer Mark der DDR erwirtschaften, wobei die Devisenrentabilität zum Teil sogar weniger als 0,1 betrug.¹³³

Ebenso illusionär musste Schürer die Behauptung Mittags erscheinen, dass sich zwischen der DDR und der UdSSR im Bereich der Mikroelektronik

¹²⁹Mittag, Günter: Zur Prüfung eitage-22.266n626T-

„im Ergebnis der mehrjährigen Zusammenarbeit ein hoher Grad der Verflechtung herausgebildet“ hätte.¹³⁴ In Wirklichkeit war die Arbeitsteilung in der Mikroelektronik-Industrie im gesamten RGW stets begrenzt geblieben und war mit der intensiven Kooperation westlicher Staaten in keinster Weise vergleichbar. Die DDR konnte hier von einer Zusammenarbeit mit den technologisch rückständigen sozialistischen Staaten nur geringfügig profitieren und auch die Kooperation mit dem militärisch-industriellen Komplex der UdSSR blieb aufgrund von Geheimhaltungsmotiven unbefriedigend. So urteilte das DDR-Wirtschaftskomitee: „Während international dem wachsenden Entwicklungs- und Investitionsaufwand durch Vertiefung der Arbeitsteilung entgegengewirkt wird, stagniert die Arbeitsteilung der DDR mit anderen Ländern.“¹³⁵

Insgesamt beharrte Mittag auf der Vormachtstellung der mikroelektronischen Industrie, ohne die Gefahren dieser Politik wahrzunehmen. So forderte er „alle Möglichkeiten der Investitionskraft der Volkswirtschaft auf die Entwicklung der Mikroelektronik zu konzentrieren“, gleichzeitig jedoch die „Wahrung der planmäßig-proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft zu gewährleisten.“¹³⁶ Dieser Interessensgegensatz von Förderung in der Spitze und in der Breite konnte auch Mittag nicht schlüssig auflösen. Stattdessen beschränkte er sich auf Kritik an der Arbeit der Plankommission und forderte von ihr, „von den Beschlüssen der Partei aus[zugehen] und sie zur festen Grundlage der Arbeit [zu] machen“.¹³⁷

Mittags Vorlage wurde einstimmig beschlossen, was gleichzeitig auch das endgültige Ende jeglicher Diskussion über die generelle Richtung der Wirtschaftspolitik in der Führungsspitze bedeutete. Zwar erkannten viele Politbüro-Mitglieder die Krise und teilten die Meinung des SPK-Chefs, doch trauten sie sich nicht, gegen Honecker und Mittag zu opponieren.¹³⁸ Schürer selbst resignierte und beschränkte sich nun darauf, in der Staatlichen Plan-

^{1 4}Mittag, Prüfung, S.7.

^{1 5}Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.48.

^{1 6}Mittag, Prüfung, S.8.

^{1 7}Mittag, Prüfung, S.23.

^{1 8}Schürer berichtete im November 1989 im Politbüro, „daß manche mir auf die Schulter geklopft und gesagt haben: Gerhard, das war mutig von dir. Aber gestimmt haben sie für die Vorlage, d.h. für die Stellungnahme des Genossen Mittag.“ Vgl. Schürer, Gerhard: Rede vor der Volkskammer, 13.11.1989, BArch, DE 1/58736, Bl.17-18.

kommission und der AG Zahlungsbilanz die Zahlungsunfähigkeit der DDR zu verhindern. Die Staatssicherheit kommentierte die Folgen der Auseinandersetzung wie folgt: „[...] künftig werde wohl kaum ein leitender Funktionär noch den Mut aufbringen, derartige Vorschläge, die darauf gerichtet sind, Aufkommen und Verteilung in eine günstigere Relation zueinander zu bringen, zu unterbreiten. Bei Beibehaltung derartiger „Tabus“ seien die anstehenden Probleme, d.h., einen realen, anspruchsvollen Plan 1989 vorzulegen, nicht zu lösen.“¹³⁹ In der Tat trat die SED-Spitze von nun an in eine „Phase der Agonie“¹⁴⁰ ein, die bis zur Wende andauern sollte. Bis zu Honeckers Sturz im Oktober 1989 kam es im Politbüro nicht mehr zu offenen Debatten über den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Kontroverse über den Jahresplan 1989 verlagerte sich stattdessen in die Fachebenen, wo Staatliche Plankommission, Ministerien und Betriebe versuchten, sich auf einheitliche Planvorlagen zu einigen. Die Verhandlungen gestalteten sich in Anbetracht der geringen zu verteilenden Mittel schwierig. Die von der SPK aufgestellten Pläne wurden von den Ministern als nicht erreichbar abgelehnt, stattdessen forderten sie höhere Investitionen zur Sicherung der materiell-technischen Basis.¹⁴¹ Aufgrund der Konzentration der Investitionsmittel auf die Schlüsselprogramme konnte die Staatliche Plankommission jedoch keine weiteren Zugeständnisse machen.

Die Situation wurde dadurch erschwert, dass immer größere Rückstände zum aktuellen Jahresplan bekannt wurden. Die Stasi berichtete, es sei „weiter sichtbar geworden, dass die Realisierung der Zielstellungen des Volkswirtschaftsplanes in bezug auf das verteilbare Endprodukt gefährdet ist. Damit würde sich die Basis für die Staatliche Aufgabe 1989 verändern, und die geforderten Wachstumsraten würden dadurch unreal.“¹⁴² Im Juni erwartete man anstatt der geplanten 2,1 Mrd. VM Exportüberschuss nur noch 0,8 Mrd., deren Realisation aber auch immer unwahrscheinlicher wurde.¹⁴³

¹³⁹ Ministerium für Staatssicherheit: Hinweis zum Stand der Arbeit an der Staatlichen Aufgabe 1989 und einigen sich dabei abzeichnenden Problemen, 7.6.1988, BStU ZAIG 5252, Bl.4.

¹⁴⁰ Hertle, Diskussion, S.341.

¹⁴¹ MfS, Hinweis, Bl.3.

¹⁴² MfS, Hinweis, Bl.2.

¹⁴³ o.V.: Fakten, Bl.362.

In nahezu allen Branchen kam es zu Produktionsausfällen. Der Rückstand zum Fünfjahresplan belief sich bis Juni 1988 auf insgesamt bereits 25 Mrd. M.¹⁴⁴ Angesichts der katastrophalen Situation und der vollkommen überzogenen Planvorgaben, resignierten einige Betriebe. Die Stasi berichtete, „*um die Erfüllung des NSW-Exportplanes werde kaum noch gekämpft.*“¹⁴⁵

Vor diesem Hintergrund stieg die Verschuldung weiter an, gleichzeitig blieb allerdings der Verbrauch hoch. Die Wachstumsraten der gesellschaftlichen Konsumtion waren 1986 mit 4,6% und 1987 mit 5,8% deutlich über der Entwicklung des Nationaleinkommens geblieben. Ebenso hatten sich die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung seit 1985 über Plan entwickelt, der Einzelhandelsumsatz blieb jedoch hinter diesem Wachstum zurück.¹⁴⁶ Die Menschen in der DDR verfügten zwar über deutlich mehr Geld, die Waren in den Geschäften, insbesondere moderne Konsumgüter, blieben jedoch knapp. Durch das feste Preissystem konnte sich dieser Kaufkraftüberhang, der sich mittlerweile auf 5,5 Mrd. M belief¹⁴⁷, nicht durch Inflation ausgleichen und die Nachfrage überstieg das verfügbare Warenangebot.

Während in der SPK nach Lösungen gesucht wurde, schien die politische Führung nicht mehr in der Lage dazu zu sein, die wirtschaftlichen Probleme anzugehen. Die Politbürositzung vom 28. Juni war hierfür typisch. Die Mitglieder sprachen die katastrophale Lage an, Beschlüsse wurden jedoch nicht gefasst. So forderte Ministerpräsident Willy Stoph das Stoppen der Verschuldung, (*„Dabei gehe ich davon aus, daß eine weitere Verschuldung nicht mehr zugelassen und begonnen wird, den seit geraumer Zeit Jahr für Jahr gestiegenen Sockel abzubauen. Diese Frage darf nicht vor uns hergeschoben werden.“*¹⁴⁸) und Harry Tisch kommentierte treffend die Gründe der Misere. (*„Hier steht, daß wir eine Akkumulationsrate von 20% haben. Wir alle wissen, wir müßten eine höhere Rate haben.“*¹⁴⁹) Zwar erkannten die Verantwortlichen also die drängenden Probleme und deren Ursachen an, dennoch

¹⁴⁴Ebd, Bl.360.

¹⁴⁵MfS, Hinweis, Bl.6.

¹⁴⁶o.V., Fakten, Bl.366.

¹⁴⁷Ebd, Bl.366.

¹⁴⁸o.V.: Persönliche Notizen über die Beratung im Politbüro des ZK der SED am 28.6.1988, 28.6.1988, BArch DC 20/5311, Bl.149.

¹⁴⁹Ebd, Bl.159.

war kein Wille vorhanden, das Ruder umzuwerfen. So blieb es beim blinden Festhalten am bisherigen Kurs. Mittag stand weiterhin fest zur Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik: „*Wir haben seit dem VIII. Parteitag eine erfolgreiche Politik durchgeführt, wir haben sie ständig weiterentwickelt.*“¹⁵⁰ Honecker selbst erkannte zwar an, dass „*man nur das verbrauchen kann, was erarbeitet wurde*“, sah aber dennoch „*kein[en] Grund in Panik zu machen*“¹⁵¹ Das Politbüro war nicht zu einem generellen Umschwenken in der Wirtschaftspolitik bereit. Weder die Kürzung der Sozialausgaben noch die von Schürer vehement geforderte Preisreform wurden überhaupt erst in Erwägung gezogen.

Die Schuld wurde stattdessen einseitig auf die Sowjetunion abgeschoben, die die für die DDR wichtigen Öllieferungen reduziert hatte.¹⁵² Die Vorschläge von Honecker und Mittag beschränkten sich stets auf die Forderung an die Plankommission, gründlicher zu arbeiten, ungenutzte Mehrbestände zu identifizieren und Reserven zu mobilisieren, ohne jedoch diese Phrasen durch konkrete Vorschläge zu untermauern. Dass diese Reserven schlicht und ergreifend nicht existierten und die DDR-Wirtschaft schon an der Kapazitätsgrenze arbeitete, musste jedoch auch ihnen bekannt gewesen sein.

Im Spätsommer war immer noch keine Einigung über den Volkswirtschaftsjahresplan erzielt worden. Die Minister lehnten weiterhin die Forderungen der Staatlichen Plankommission ab. Die SPK hingegen beharrte auf den von ihr ausgearbeiteten Planaufgaben, um die Zahlungsfähigkeit zu erhalten. Schürer im August bei einer Sitzung bei Mittag: „*Das Grundproblem besteht darin, daß gegenüber dem mit den staatlichen Aufgaben festgelegten NSW-Exportüberschuß von 3,3 Milliarden VM die Vorschläge der Minister zu einem NSW-Exportüberschuß von nur 600 Mio VM führen würden.*“¹⁵³ Da auch nun immer deutlicher wurde, dass 1988 kein Exportüberschuss realisiert werden konnte, nahm das Problem der Zahlungsunfähigkeit überhand. Schalck-Golodkowski warnte eindringend, dass die Liquidität der DDR „*unter*

¹⁵⁰o. V., Persönliche, Bl. 154.

¹⁵¹Ebd., Bl. 160.

¹⁵²Wenzel: Arbeitsniederschrift über eine Beratung beim Generalsekretär des SK der SED, Genosse Erich Honecker, zu den Materialien des Entwurfs der Staatlichen Aufgaben 1989, 6.9.1988, DE 1/58738, Bl. 31-34.

¹⁵ Wenzel, Persönliche, Bl. 182.

*allen Bedingungen gewährleistet werden müsse. Wir haben mit 17 Mrd. VM 1988 die Grenze der Kreditaufnahme aus dem NSW erreicht. Diese Summe dürfe nicht mehr überschritten werden.*¹⁵⁴ In der Parteiführung konnte man sich lediglich zu geringen Kürzungen beim Militärhaushalt durchringen, der immer noch zwischen 8% und 11% des Nationaleinkommens betrug.¹⁵⁵

Der Jahresplan konnte am 15. September schließlich nur dadurch beschlossen werden, indem das Politbüro unter Umgehung der Minister die von der SPK ausgearbeiteten Planung beschloss. Die weiterhin bestehenden Differenzen wurden durch einen Maßnahmeplan geschlossen, über dessen genaue Ausgestaltung erst im Laufe des Planjahres 1989 entschieden werden sollte.¹⁵⁶ Bereits zu Anfang des Jahres hatte es von seiten des ZK Druck gegeben, den Plan auch ohne die Zustimmung der Minister zu beschließen und Planlücken erst später zu beseitigen, was auf heftigen Widerstand der Plankommission stieß. Das MfS bemerkte zu der Kontroverse: *„Dieser Position stehe aber bereits jetzt die von der zuständigen Fachabteilung des ZK geäußerte Auffassung gegenüber, die höheren Leistungsziele, auch bei Nichtübereinstimmung mit den Meinungen der Minister, in den Entwurf der Staatlichen Aufgabe 1989 aufzunehmen.[...] Damit würde die Staatliche Aufgabe 1989 von Anfang an unreal und die nicht lösbaren Probleme würden nur vor sich hergeschoben.“*¹⁵⁷ Der Volkswirtschaftsplan 1989 verfügte damit von Anfang an über ungedeckte Positionen, deren Realisierung höchst unwahrscheinlich war.

4.1.5 Finale Krise 1989

Die wirtschaftlichen Probleme des letzten Jahres setzten sich auch 1989 fort. Der für 1988 bereits reduzierte Handelsüberschuss wurde nicht erreicht, stattdessen wurde für 2 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Die ungeplanten Ausgaben mussten im bereits schon stark angespannten aktuellen Plan kompensiert werden. Das Hauptaugenmerk der Wirtschaftspolitik war nunmehr

¹⁵⁴Ebd, Bl. 190.

¹⁵⁵Overmann, Marcus: DDR-Wirtschaftspolitik und der Mauerfall: Die Regierung Modrow im Zeichen des Systemerhalts, Bonn 2001, S.82.

¹⁵⁶Hertle, Diskussion, S.343.

¹⁵⁷MfS, Hinweis, Bl.3.

auf die Vermeidung der drohenden Zahlungsunfähigkeit gerichtet:¹⁵⁸ „Die bediurlose Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Republik ist die entscheidende Voraussetzung für die politische Stabilität der DDR [...]. Der Frage der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Republik ist deshalb unter politischem und ökonomischen Aspekt oberste Priorität einzuräumen.“¹⁵⁹ Trotz der katastrophalen Lage war aber im Politbüro weiterhin keine Bereitschaft für Reformen zu erkennen. Günter Mittag lehnte die dringend geforderte Preisreform kategorisch ab: „Das bedeutet, den Weg der Inflation zu gehen.“¹⁶⁰ Lediglich auf kleinere, nicht durchschlagende Maßnahmen wie die Umstellung von militärischen Betrieben der Verteidigungsindustrie auf zivile Produktion konnte man sich einigen.¹⁶¹

Neben der wirtschaftlichen Krise sah sich die DDR-Führung 1989 einem bisher unbekanntem zivilen Ungehorsam ausgesetzt. Die bereits seit 1987 stark gestiegene Zahl der Ausreisen erreichte 1989 ihren Höhepunkt. Gleichzeitig kam es im Zusammenhang mit der offensichtlich manipulierten Kommunalwahl vom Mai 1989 erstmals seit 1953 zu größeren Protestaktionen, die sich schnell auf eine große Zahl von Städten und Gesellschaftsschichten ausbreiteten.¹⁶² Im Juli 1989 ließ die Sowjetunion die Breshnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität ihrer Satellitenstaaten fallen und ebnete damit den Weg für Reformen in Osteuropa.¹⁶³ Die DDR stand nun politisch wie wirtschaftlich an einem Scheideweg. Mit der Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze erhöhte sich die Zahl der Flüchtlinge in den Westen.¹⁶⁴ Unter dem durch Massenausreise und Massenprotest getragenen Druck der Straße reifte nun auch im Politbüro die Einsicht, dass der eingeschlagene Kurs so nicht fortgeführt werden konnte.

¹⁵⁸Staatliche Plankommission: Informationen zur Schuldendienstrategie der DDR (Geheime Verschlusssache b5 - 528/89), 12.5.1989, DE 1/57766, S.1f.

¹⁵⁹Schürer, Gerhard/Gerhard Beil/Herta König/Alexander Schalck/W. Polze (AG Zahlungsbilanz): Geheime Kommandosache b 5 - 1111/89, 28.9.1989, DE 1/57766, S.5

¹⁶⁰Büro Mittag: Protokoll der Beratung der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED am 19. Juni 1989, 19.6.1989, BArch DY 30/IV 2/1, S.16.

¹⁶¹Büro Mittag, Protokoll, S.8.

Dies führte am 18. Oktober mit Zustimmung aus Moskau zur Absetzung Honeckers und zur Wahl von Egon Krenz zum neuen Generalsekretär des ZK. Mit Honecker wurden gleichzeitig auch seine engsten Vertrauten Günter Mittag und Propagandachef Joachim Herrmann aus dem Politbüro ausgeschlossen.¹⁶⁵ Bereits am nächsten Tag beschloss der Ministerrat Sofortimporte in Höhe von 14,66 Mio. VM aus dem westlichen Ausland zur Sicherstellung der Produktion.¹⁶⁶ Ohne diese Sofortmaßnahmen hätte die Produktion in der Nahrungsgüterindustrie und in Teilen der Leichtindustrie nicht aufrecht erhalten werden können. Doch auch diese Sonderimporte reichten zur Stabilisierung der DDR-Wirtschaft nicht aus. Bereits am 9.11.1989, dem Tag des Mauerfalls, beschloss der Ministerrat weitere Sofortmaßnahmen zur materiell-technischen Sicherung in Höhe von 14,8 Mio. VM.¹⁶⁷ Diese dienten der Sicherung der Produktion und des Exports und umfasste die Einfuhr von dringend benötigten Gütern wie Spanplatten, Rundmessern und LKW-Reifen.

Neben den technisch notwendigen Ausrüstungen und Ersatzteilen wurden jedoch auch Sofortimporte zur Versorgung der Bevölkerung beschlossen, darunter die Einfuhr von zwei Mio. Packungen Kaffee-Filtertüten¹⁶⁸ Güter, die eigentlich zur Ausfuhr in den Westen bestimmt waren, wurden jetzt als Eigenverbrauch für die DDR-Bürger umgewidmet. Zudem beschloss der Ministerrat weitere Importe von Konsumgütern gegen konvertible Devisen.¹⁶⁹ Daran wird ersichtlich, dass es der neuen Staatsführung nicht mehr um die Sicherung der Zahlungsbilanz ging, sondern sie primär darauf bedacht war, den Druck der Straße durch wirtschaftliche Konzessionen an die Bevölkerung zu lindern.

Am 24. Oktober trat zum ersten mal das Politbüro in neuer Besetzung und unter der neuen Führung von Egon Krenz zusammen. Dieser beauftragte Schürer, zusammen mit Alexander Schalck, Außenhandelsminister Gerhard Beil, dem Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik Arno Don-

¹⁶⁵Hertle, Staatsbankrott, S.1020.

¹⁶⁶o.V.: Getroffene Entscheidungen zur materiell-technischen Sicherung der Produktion 1989 und 1990, 13.11.1989, BArch DE 1/58736, Bl.39.

¹⁶⁷Ebd, Bl.41.

¹⁶⁸Ebd, Bl.40.

¹⁶⁹Ebd, Bl.41-42.

da sowie Finanzminister Ernst Höpfner eine Analyse der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage auszuarbeiten und in der Sitzung in der nächsten Woche vorzulegen.¹⁷⁰ Dieses als „Schürer-Bericht“¹⁷¹ bekanntgewordene Dokument wurde am 31. Oktober vom SPK-Chef persönlich vorgetragen. Sein Anspruch war es dabei, „*ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vorzulegen*“. Schürer sah die Wirtschaft der DDR von den Folgen drei grundlegender Entwicklungen geprägt, die die DDR an den Rand der wirtschaftlichen Katastrophe geführt hätten: dem Rückgang der Investitionen seit dem Amtsantritt Honeckers, dem überproportionalen gesellschaftliche Verbrauch sowie der hohen und seit 1985 weiter anwachsenden Auslandsverschuldung.

Seine Analyse geriet damit gleichfalls zu einer Fundamental-Abrechnung mit der Wirtschaftspolitik Honeckers, bei der er nicht nur die katastrophale Wirtschaftslage der DDR darstellte, sondern auch das von ihm geleitete Planungssystem aufs Schärfste kritisierte. „*Die Feststellung, daß wir ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand.*“¹⁷² Laut Schürer fiel die Akkumulationsrate im produzierenden Bereich von 29% 1970 auf 21% 1989. Die Investitionen seien dabei auf den Wohnungsbau konzentriert worden, unter Vernachlässigung der Zuliefererindustrie mit den Folgen einer massiven Erhöhung des Verschleißgrades, besonders im Bauwesen, einem hohen Instandhaltungsbedarf und einem Rückgang des Wachstumstempos.

Dadurch, dass mehr verbraucht als produziert wurde, folgte der Anstieg der Auslandsverschuldung. Allein zwischen 1971 und 1980 sei 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert worden, was Hauptursache des hohen Schuldenbergs sei: „*Das bedeutet, daß die Sozialpolitik seit dem VIII. Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte.*“¹⁷³ Im Innern stiegen die Geldmittel höher als die Warenfonds, was zu einem Kaufkraftüberhang und der

¹⁷⁰Hertle, Staatsbankrott, S.1019.

¹⁷¹Schürer, Gerhard u.a.: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 30.10.1989, abgedruckt in: Treuhandanstalt, Dokumentation 1990-1994, Band I, S.833-841.

¹⁷²Ebd., S.834.

¹⁷³Schürer, Analyse, S.835.

Steigerung der Inlandsverschuldung auf 123 Mrd. M geführt habe. Trotz der Exportüberschüsse in den achtziger Jahren sei keine Verringerung des Sockels erreicht worden, da alte Schulden stets mit neuen Schulden bezahlt wurden.

Schürers Schlußfolgerungen aus der ökonomischen Lage war eine „*grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform.*“¹⁷⁴ Ziel müsse es sein, „*Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen.*“ Seine Idee von dieser grundlegenden Reform entsprach in großen Teilen seinen Vorschlägen, die er bereits im April 1988 in seinen „Überlegungen“ empfahl. So forderte er wiederum die Stärkung der produktiven Akkumulation insbesondere in den Branchen, die bereits jetzt weltmarktfähige Produkte herstellten und damit Exportüberschüsse im NSW erzielen konnten. Zur Finanzierung sah Schürer die Reduktion der Ausgaben für das kostenintensive Wohnungsbauprogramm vor. Die Ressourcen sollten stattdessen auf die Zuliefererindustrie konzentriert werden, um „*die Gewährleistung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung*“ sicherzustellen. Erneut empfahl Schürer eine Preisreform und mit dieser einhergehend die Reduzierung der Subventionen.¹⁷⁵

Neben diesen Ideen, die er bereits 1988 vertreten hatte, mahnte Schürer nun auch eine grundlegende Reform des Planungssystems der DDR an. Dabei sollte der Planungsaufwand massiv reduziert werden, wobei die Staatliche Plankommiss Stattdessen sollte den Kombinat mehr Eigenverantwortung übertragen werden, um das Leitungssystem zu flexibilisieren. Dabei sah Schürer vor, die Leistung der Betriebe und Kombinate durch monetäre Anreize stärker zu honorieren. „*Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus.*“¹⁷⁶ Schürers Vorschläge ähnelten somit sehr Ulbrichts „Neuem Ökonomischen System“, mit dieser er in den sechziger Jahren versucht hatte, die Zentralplanwirtschaft der DDR durch marktwirtschaftliche Methoden zu reformieren.

¹⁷⁴Ebd, S.838.

¹⁷⁵Ebd, S.838.

¹⁷⁶Schürer, Analyse, S.839.

Schürer ging jedoch noch weiter. Selbst wenn alle diese Maßnahmen, auf die die DDR unmittelbar Einfluss nehmen konnte, durchgeführt würden, wäre der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit nicht mehr zu vermeiden. Zu hoch sei der mittlerweile aufgelaufene Schuldenberg. *„1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.“*¹⁷⁷

Deshalb führe kein Weg daran vorbei, sich dem Westen anzunähern und ein *„konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern [...] auszuarbeiten.“*¹⁷⁸ Die DDR solle *„alle Formen der Zusammenarbeit“* mit westlichen Firmen prüfen und auf eine ökonomische und technologische Kooperation hinarbeiten. Schürer dachte dabei vor allem an Staaten wie Frankreich und Großbritannien, die ein Interesse am Fortbestehen der DDR als Gegenpol zu Westdeutschland besaßen. Doch sah er auch die dringende Notwendigkeit, die besonderen Beziehungen zur Bundesrepublik zur Stabilisierung der DDR zu nutzen: *„Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsbilanzfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2-3 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln.“*¹⁷⁹ Die Bundesrepublik sollte wie bereits im Zuge der Kreditkrise der DDR finanzielle Mittel zur Überwindung der Zahlungsbilanzprobleme bereitstellen. Wie dramatisch er die Lage einschätze, zeigte sich in seinem zuvor undenkba- ren Angebot: *„Um der BRD den ernsthaften Willen zu unseren Vorschlägen bewußtzumachen, ist zu erklären, daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich technischen Zusammenarbeit DDR-BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.“*¹⁸⁰

¹⁷⁷Ebd, S.840.

¹⁷⁸Ebd, S.840.

¹⁷⁹Ebd, S.840.

¹⁸⁰Schürer, Analyse, S.841.

Wie diese Bedingungen aussehen sollten, etwa eine langfristig zu erreichende Beseitigung der Berliner Mauer oder gar generelle Reisefreiheit, führte Schürer nicht aus. Seine Taktik jedoch lag auf der Hand, nämlich den Abbau der repressiven Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung als Gegenleistung für wirtschaftliche Hilfe durch die Bundesrepublik einzusetzen. Ob dieser Vorschlag ernst gemeint war oder lediglich die Bundesregierung dazu bewegen sollte, die DDR erneut wirtschaftlich zu stabilisieren, blieb unklar und wurde kurze Zeit später hinfällig. Mit dem überraschenden Mauerfall am 9. November fiel für die DDR-Führung jegliche Verhandlungsmasse weg.¹⁸¹ Die Öffnung der Grenze bedeutete für die DDR-Wirtschaft gleichzeitig eine grundsätzliche Änderung der Rahmenbedingungen. Die daraufhin einsetzende Massenabwanderung und die zunächst leisen, später jedoch zunehmenden Forderungen nach einer schnellen Wiedervereinigung entzog der DDR-Wirtschaft jegliche Grundlagen für die Zukunft.¹⁸²

4.2 Das ökonomische Erbe der DDR

4.2.1 Verschleiß der Produktionsanlagen

Dringendstes Problem der DDR-Wirtschaft war der mangelhafte Zustand der Ausstattungen und Maschinen in nahezu allen Branchen. Im Zuge der Intensivierungsstrategie stieg die Belastung der Produktionskapazitäten. Die Produktionsanlagen waren in vielen Betrieben bereits technisch bzw. moralisch¹⁸³ verschlissen, hätten unter Sicherheits- und Rentabilitätskriterien also schon durch neue Anlagen ersetzt werden müssen. Aufgrund der mangelnden Investitionsmittel mussten aber Erneuerungsinvestitionen zeitlich aufgeschoben oder überhaupt nicht durchgeführt werden.

Die Investitionsschwäche der DDR war das prägende Element der Ära Honecker. Zwar erhöhte sich das Wachstum seit Honeckers Amtsantritt deut-

¹⁸¹Steiner, Plan, S.225.

¹⁸²Hertle, Fall der Mauer, S.180f.

¹⁸³ Moralischer Verschleiß bezeichnet nach Marx den Wertverlust durch den Verlust der Rentabilität.

lich und blieb auch in den Folgejahren hoch, doch diese Investitionswelle wurde hauptsächlich getragen durch das Wohnungsbauprogramm. Allein 1972 vereinte der Wohnungsbau ein Drittel des Investitionswachstums auf sich. Innerhalb von fünfzehn Jahren verdoppelte sich dessen Anteil an den gesamten Investitionen nahezu und stieg auf über 14% 1985. Bereits ab 1977 war eine Abschwächung der Investitionen zu bemerken. Während in den fünf Jahren zwischen 1972 und 1976 das Wachstum im Mittel noch 6,20% betrug, wuchs die Wirtschaft im Zeitraum zwischen 1977 und 1981 nur noch um 2,37% jährlich.¹⁸⁴ Während sich die Investitionsrate also abschwächte, blieben die Wachstumsraten im Wohnungsbau überdurchschnittlich hoch.

Mit Beginn der Kreditkrise gingen die Investitionen 1982 zum ersten mal sogar absolut zurück und die DDR verzeichnete für insgesamt drei Jahre negative Wachstumsraten. 1984 betrug die Investitionen in etwa dem Stand von 1976 und begannen erst danach wieder zu steigen. Trotzdem waren erst 1987 die Investitionen wieder höher als zu Beginn der Kreditkrise. Die Investitionen hatten also in den ersten sechs Jahren der achtziger Jahre faktisch stagniert. Der nachfolgende Investitionsboom konnte die Folgen der jahrelangen Vernachlässigung der Investitionstätigkeit nicht mehr beheben. Zwar stiegen die Wachstumsraten in den letzten fünf Jahren ihrer Existenz wieder um durchschnittlich knapp 5%, doch war der resultierende Effekt dadurch begrenzt, dass sich die Investitionen vor allem auf die Mikroelektronik konzentrierten. Allein zwischen 1986 und 1989 verdoppelten sich die Investitionen in diesen Bereich und betrug etwa 7-10% der gesamten Investitionen in die Industrie.¹⁸⁵

Der Anstieg der Investitionen seit Mitte der achtziger Jahre konnte den Bedarf bei weitem nicht decken. Der Leiter der Hauptabteilung XVIII des MfS, Kleine, bezifferte die bis 1988 geplanten, aber nicht realisierten Investitionsvorhaben auf 71,5 Mrd. Mark.¹⁸⁶ Insgesamt betrug das geometrische Mittel des jährlichen Investitionswachstums über die gesamten achtziger Jah-

¹⁸⁴Eigene Berechnung nach Statistisches Jahrbuch, S.113.

¹⁸⁵Klenke, Olaf: Globalisierung, Mikroelektronik und das Scheitern der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv 35 (2002), S.426.; Statistisches Jahrbuch, S.116.

¹⁸⁶Kleine, Alfred: Zur Um- und Durchsetzung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellungen der Planorientierung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR für 1990, 27.10.1989, BStU HA XVIII 565, Bl.12.

re nur 1,6%. Zwischen 1976 und 1990 verringerte sich die Akkumulationsrate, d.h. der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen, von 26,6% auf 21,4% 1987 und stagnierte dann im wesentlichen bis 1989. „*Das Problem besteht darin, daß sich dabei die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen von ca. 13,4% im Zeitraum 1976-1990 auf 9,6% verringerte.*“¹⁸⁷ Im internationalen Vergleich war dies sehr gering. Kleine schätzte, dass die Pro-Kopf-Investitionen in der DDR nur ca. 70% derer in der Bundesrepublik betragen. Insgesamt bezifferte die Stasi den Investitionsbedarf auf 500 Mrd. M, was der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen entsprach.¹⁸⁸

Die Folgen dieser Investitionspolitik waren verheerend für die klassischen Zweige der DDR-Industrie. Die Konzentration der Investitionen auf den Wohnungsbau und die Mikroelektronik sorgte dafür, dass die Industrien außerhalb der Schwerpunktbereiche mit dem allgemeinen Rückgang der Akkumulationskraft seit 1977 zunehmend vernachlässigt wurden. Notwendige Erweiterungs- oder Ersatzinvestitionen konnten nur noch eingeschränkt durchgeführt werden. Verschlissene Anlagen wurden stattdessen unter Missachtung der Sicherheitsbestimmungen trotzdem weiterbetrieben. Die Abnutzung der Produktionskapazitäten in der gesamten Breite der DDR-Wirtschaft wurde immer ersichtlicher. Der FDGB berichtete im Oktober 1989: „*Eine Vielzahl von Produktionsgebäuden, Fabriken und Industrieanlagen befinden sich in einem solchen baulichen und technischen Zustand, die den künftigen Anforderungen der Produktionssteigerung nicht mehr gerecht werden, u.a. im Bereich der Kaliindustrie, Nahrungsgüterwirtschaft, Getränkeindustrie, Produktionsgebäude in allen Bereichen der Volkswirtschaft. [...] In allen Bereichen der Volkswirtschaft wird auf dringende Investitionen, Modernisierung, Rekonstruktion und Werterhaltung hingewiesen, ernisierung, Rekonstruktion und Werterhaltung hingewiesen, die keinen Aufschub mehr dulden.*“¹⁸⁹

¹⁸⁷ o.V.: Fakten, Bl.364; Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.50.

¹⁸⁸ Kleine, Planorientierung, Bl.11.

¹⁸⁹ Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB): Zusammenstellung von Problemen aus der Plandiskussion 1990, 9.10.1989, abgedruckt in: Hertle, Hans-Hermann: Vor dem Bankrott der DDR, Berlin 1991, S.1.

Im Jahr 1989 betrug der Anteil der vollständig abgeschriebenen Grundmittel laut Wirtschaftskomitee 14%¹⁹⁰, laut Stasi sogar 18,4%.¹⁹¹ Dies bedeutete, dass 1989 ca. ein Siebtel bis ein Sechstel des gesamten Kapitalstocks der DDR-Volkswirtschaft bereits hätte ersetzt werden müssen. Bei den verschleißanfälligeren Ausrüstungen betrug dieser Wert sogar 20%. Dies bedeutete einen Anstieg des Verschleiß um ca. fünf Prozentpunkte innerhalb von zehn Jahren.¹⁹² Der Verschleißgrad des Kapitalstocks war in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während die Schwerpunktbereiche wie die Mikroelektronik moderne Anlagen erhielten, verfielen die Anlagen in den klassischen Industriebranchen. Besonders stark betroffene Zweige waren der Schwermaschinen- und Anlagenbau sowie die Lebensmittel Kleine zu der Bemerkung nötigte: *„Der Anteil überalterter (voll abgeschriebener), aber für die Produktion benötigter Technik nimmt unerträglich zu.“*¹⁹³

Die Altersstruktur des Kapitalstocks wurde aufgrund ausgebliebener Ersatzinvestitionen zunehmend schlechter. 1989 waren bereits 20% der Anlagen älter als 20 Jahre.¹⁹⁴ Die durchschnittliche Nutzungsdauer für Ausrüstungen in der DDR betrug 20 Jahre und lag damit fünf Prozentpunkte über der in der Bundesrepublik.¹⁹⁵ Vor allem in der Energiewirtschaft stammten einige Kraftwerke noch aus der Kaiserzeit und waren bereits hoffnungslos überaltert.¹⁹⁶ Viele Anlagen konnten nur noch unter Umgehung der Sicherheitsbestimmungen weiterbetrieben werden. In der Nahrungsgüterindustrie mussten Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, um die Versorgung mit Fleisch und Milch sicherzustellen, da die Kühltechnik nicht mehr den Hygienebestimmungen entsprach. Durch die Umgehung von Sicherheitsvorkehrungen stiegen zudem die Zahl von Bränden und Havarien.¹⁹⁷

Im Großteil der Branchen war die einfache Reproduktion, d.h. der bloße Ersatz der abgeschriebenen Anlagen, nicht mehr gesichert.¹⁹⁸ Der Verschleiß-

¹⁹⁰Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.53.

¹⁹¹Kleine, Planorientierung, Bl.11.

¹⁹²Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.53.

¹⁹³ Kleine, Planorientierung, Bl.21.

¹⁹⁴Ebd, Bl.18.

¹⁹⁵Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.54.

¹⁹⁶Kleine, Planorientierung, Bl.18-19.

¹⁹⁷Kleine, Planorientierung, Bl.22; Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung, S.97.

¹⁹⁸Kleine, Planorientierung, Bl.21.

grad des Kapitalstocks drohte also noch weiter zu steigen. In Zukunft musste es also immer schwieriger werden, die bereits zum damaligen Zeitpunkt nicht ausreichende Produktion zu sichern. Kleines bitteres Fazit: „*Die Wirksamkeit des vorhandenen Grundfondspotential für das volkswirtschaftliche Leistungswachstum sinkt in der Tendenz und ist insgesamt unzureichend.*“¹⁹⁹

Besonders die Bauwirtschaft litt unter den Folgen der eingeschränkten Investitionen. So hatte sich die Altersstruktur der mobilen Technik wie Bagger und LKW „*auf Grund der eingeschränkten Neuzuführungen seit 1985 ständig verschlechtert.*“²⁰⁰ Die Brauchbarkeitsquote lag hier nur bei 30%, der Altersdurchschnitt der Maschinen bei 13 Jahren. Insgesamt bezifferte der Ministerrat den Anteil der vollständig abgeschrieben und nur noch bedingt reparaturfähigen mobilen Baugeräte auf 70 bis 90%.²⁰¹ Als Folge des schlechten Zustands der Anlagen und Maschinen sank die Produktivität und die Einsatzbereitschaft der Bauwirtschaft, während sich die Instandhaltungsaufwendungen immer weiter erhöhten. Diese betrug 1989 3,2 Mrd. Mark, und damit das doppelte des Amortisationsaufkommens, während 1985 dafür nur 2,5 Mrd. Mark aufgewendet werden mussten. Für das Jahr 1990 prognostizierte der Ministerrat eine weitere Steigerung der Instandhaltungskosten auf 3,4 Mrd. Zudem wurden durch die Reparaturaufgaben 36.000 Arbeitskräfte gebunden, die dringend für produktive Arbeiten benötigt wurden.²⁰²

Die Investitionen in die Bauwirtschaft betrug 1989 dabei nur 1,3 Mrd. Mark, denen jedoch Abschreibungen in gleicher Höhe entgegenstanden. Dies bedeutet, dass von jeder für Bauwesen aufgewendeten Mark 70 Pfennig allein für Instandsetzungsarbeiten verbraucht wurden und nur 30 Pfennig für die Modernisierung oder Erweiterung der Anlagen genutzt werden konnte, die jedoch wiederum aufgrund von Verschleiß an anderer Stelle nicht die Kapazität der gesamten Bauwirtschaft erhöhen konnte. Insgesamt stagnierte so der Nettowert der Anlagen bei 33 Mrd. Mark, wobei für das Jahr 1990 sogar

¹⁹⁹Ebd, Bl.10.

²⁰⁰Ministerrat der DDR: Beschluß zur Information und Maßnahmen zur Sicherung einer hohen Einsatzfähigkeit und Auslastung der produktivitätsbestimmenden Technik im Bauwesen in Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1990, 20.11.1989, BArch DC 20/I/3 2874, S.6.

²⁰¹Ebd, S.6.

²⁰²Ebd, S.7.

ein leichter Rückgang auf 32 Mrd. prognostiziert wurde. Der Verschleißgrad stieg zwischen 1980 von 56% auf 62% 1985 und betrug 1988 sogar 66%.²⁰³

Insgesamt gaben die Produktionskapazitäten der DDR 1989 ein erschütterndes Bild ab. Durch die Verringerung der Investitionsrate und der Fokussierung der Mittel auf Schwerpunktbereiche waren die Anlagen in vielen Branchen bereits veraltet und in großen Teilen verschlissen. Die DDR-Wirtschaft hatte seit Ende der siebziger Jahre zunehmend von der Substanz gelebt. Der Verschleiß der Anlagen gefährdete dabei nicht nur die Aufrechterhaltung der Produktion, sondern auch die Gesundheit der Werktätigen. Nur durch das Umgehen von Sicherheitsvorkehrungen konnte in manchen Betrieben überhaupt produziert werden. Die Zukunftsaussichten waren hierbei negativ. Da der Kapitalstock schneller verfiel als Ersatzinvestitionen getätigt werden konnten, musste der Verschleißgrad weiter steigern. Die dadurch verursachten Probleme wie Arbeitskräftebindung und Kostensteigerung drohten sich also in Zukunft weiter zu verschärfen.

4.2.2 Produktionsprozess und Wirtschaftsverflechtung

Der hohe Verschleiß des Kapitalstocks hatte für den Produktionsprozess der DDR-Wirtschaft verheerende Konsequenzen. Der gestiegene Instandhaltungsaufwand der veralteten Maschinen band Ressourcen und Arbeitskräfte und trieb somit die Kosten in die Höhe. Gleichzeitig wurde durch den Verschleiß in zentralen Bereichen der Volkswirtschaft die Verflechtung der Wirtschaftseinheiten gestört. Die abnehmende Leistungsfähigkeit im Transportwesen und der Ersatzteilindustrie hatte negative Rückwirkungen auf andere Branchen und gefährdeten deren Produktion.

Infolge der zunehmenden Überalterung des Kapitalstocks stiegen die Kosten zur Bereitstellung der nötigen Anlagen. Das Wirtschaftskomitee warnte: *„Der sich verschlechternde Zustand der Grundfonds führte zu steigenden Aufwendungen für die Instandhaltung und Instandsetzung. Ihre Höhe lag 1988 bei den Ausrüstungen der Volkswirtschaft mit 36,9 Mrd. M bereits weit über dem Amortisationsvolumen von 30,2 Mrd. M. 1989 stieg das Instandhaltungsvolu-*

²⁰ Ministerrat, Beschluß, S.11.

men weiter an.“²⁰⁴ Die Instandhaltungsmaßnahmen erforderten einen immer höheren Personalaufwand handwerklich qualifizierter Fachkräfte. Insgesamt waren 1989 in der Industrie 280.000 Arbeitskräfte für Reparaturen der eingesetzten Ausrüstungen und Maschinen gebunden, die nicht in produktiven Bereichen eingesetzt werden konnten.²⁰⁵ Folge waren Planuntererfüllungen und ein Absinken der Qualität der produzierten Produkte.²⁰⁶

Der hohe Aufwand für Reparatur und Instandsetzung trieb nicht nur die Kosten in die Höhe, sondern reduzierte auch die zur Verfügung stehende Einsatzzeit der Maschinen. Im Bauwesen kam es 1989 aufgrund von Instandsetzungsarbeiten zu Ausfallzeiten von durchschnittlich zwei Stunden pro Tag. Die wegen fehlender Ersatzteile nicht im Einsatz befindlichen Baumaschinen betrug 25% der vorhandenen Geräte, die ausgefallene Maschinenarbeit musste oft durch manuelle Kraft ersetzt werden. So verwundert es nicht, dass in der DDR-Bauwirtschaft aufgrund unzureichender Mechanisierung „*noch jeder dritte Bauarbeiter schwere körperliche Arbeit leisten*“ musste. Dies reduzierte die Arbeitsproduktivität und führte aufgrund von Krankheiten und Arbeitskräfteabwanderung zu „*erhöhter Fluktuation*“. Die Betriebe des Bauwesens waren deshalb zur „*vollen Nutzung der gesetzlichen Arbeitszeit*“ angehalten, um die Ausfälle zu minimieren.²⁰⁷

Der Instandhaltungsprozess wurde dabei massiv durch die Knappheit an Ersatzteilen gestört.²⁰⁸ Die Ersatzteilindustrie hatte besonders unter dem Investitionsrückgang im Zuge der Schwerpunktbildung gelitten, der dadurch ausgelöste Mangel belastete die Produktion vieler Branchen schwer. Zunehmend mussten Ersatzteile im Westen beschafft werden. In der metallverarbeitenden Industrie stieg aufgrund der schlechten Versorgung aus der eigenen Ersatzteilindustrie der Anteil der NSW-Importe am Materialverbrauch kontinuierlich von 1,7% 1985 über 3,2% 1988 auf ca. 4% 1989. „*Die notwendige, überdurchschnittliche Steigerung des Rationalisierungsmittelbaus zur Er-*

²⁰⁴Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.53.

²⁰⁵Ebd, S.54.

²⁰⁶Wange, Udo-Dieter: Vorlage für die Wirtschaftskommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED: Ergebnisse bei der Entwicklung der Erzeugnisqualität, insbesondere von Konsumgütern in der bezirksgeleiteten Industrie und Aufgaben zur weiteren Erhöhung des Niveaus, 12.6.1989, BArch DY 30/IV 2/1, Bl.1.

²⁰⁷Ministerrat, Beschluß, S.7.

²⁰⁸Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.54.

*neuerung der materiell-technischen Grundfonds wird in vielen Bereichen der Volkswirtschaft dadurch erschwert und gehemmt, da die vorhandenen Abteilungen sich vorrangig mit der laufenden Instandsetzung und -haltung veralteter und stark verschlissenen Maschinen und Anlagen sowie mit der Eigenfertigung nicht lieferbarer Ersatz- und Normteile beschäftigen müssen.*²⁰⁹

Auch in der Bauindustrie waren Verschleißteile Mangelware. Große Probleme bereitete die bereits eingestellte Ersatzteilversorgung der Hersteller, so dass defekte Geräte gar nicht mehr oder nur unter hohem Aufwand repariert werden konnten. Bei Autodrehkränen etwa waren Ersatzteillieferungen bereits 1987 ohne jegliche Ersatzlösung eingestellt worden.²¹⁰ Die mangelnde Kapazität der Bauindustrie hatte wiederum negative Auswirkungen auf andere Bereiche, etwa bei der zeitgemäßen Ausführung von Investitionsvorhaben,²¹¹ so dass sich Disproportionen in einer Branche stetig ausweiteten.

Neben dem reinen Mangel an Ersatzteilen stellte auch der Transport von Waren in der DDR ein großes Problem dar. Die Infrastruktur war in großem Maße verschlissen, besonders die Kapazität des Eisenbahnverkehrs, der das Rückgrat des Verkehrssystems darstellte, wurde den Anforderungen nicht mehr gerecht. Die Durchlassfähigkeit der Hauptstrecken erschöpfte sich immer mehr, während gleichzeitig die Störanfälligkeit der Gleisanlagen sowie des Wagenparks stieg.²¹² Auch die Leistungsfähigkeit des Transports auf der Straße nahm Ende der achtziger Jahre ab. Neben dem zum Teil katastrophalen baulichen Zustand der Autobahnstrecken war die Hauptursache hierfür die mangelnde Ersatzteilversorgung.²¹³ Das Wirtschaftskomitee berichtete, dass im Jahresdurchschnitt ca. 20-25% aller Fahrzeuge für Versorgungs- und Dienstleistungstransporte zur Reparatur abgestellt werden mussten.²¹⁴ Nicht nur die physischen Transportwege waren insgesamt wenig leistungsfähig, auch die Ausstattung mit Kommunikationstechnik konnte den Anforderungen mo-

²⁰⁹Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.47.

²¹⁰Ministerrat, Beschluß, S.9.

²¹¹Kleine, Planorientierung, Bl.12.

²¹²Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.17.

²¹ Müller, Uwe: Mobilität in der Planwirtschaft. Das Verkehrswesen, in: Schultz, Helga/Hans-Jürgen Wagener: Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Berlin 2007, S.196.

²¹⁴Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.18.

derer Arbeitsteilung nicht genügen.²¹⁵ Die Anzahl der Telefonanschlüsse in der blieb mit nur ca. 1,7 Mio. im internationalen Vergleich zurück, von den 1,2 Mio. Anträgen auf Einrichtung von Telefonen konnten 1989 etwa nur 64.000 erfüllt werden. Eine effiziente Kommunikation zwischen den Betrieben konnte deswegen nur schwer gewährleistet werden.²¹⁶

Insgesamt war die Koordination der DDR-Volkswirtschaft 1989 empfindlich gestört. Der Verfall von gesamtwirtschaftlich wichtigen Industrien löste Schwierigkeiten aus, die nicht nur auf den eigenen Betrieb oder die Branche beschränkt blieben, sondern negative Folgen auf nachgelagerte Industrien hatten. Als relevante Bereiche sind hier vor allem die Ersatzteilindustrie sowie das Transport- und das Bauwesen zu nennen, deren mangelnde Leistungsfähigkeit sich auf nahezu alle Branchen durchschlug. Dies führte zu Kostensteigerungen und Instandhaltungsproblemen in der verarbeitenden Industrie, deren Planerfüllung sich immer mehr erschwerte.

4.2.3 Technologische Leistungsfähigkeit

Während die ostdeutsche Wirtschaft im RGW ihre Rolle als Technologieführer behaupten konnte, wurde der technologische Rückstand zum Westen seit Mitte der siebziger Jahre immer größer. Durch die beschleunigte Entwicklung der Schwerpunktbereiche versuchte die DDR-Führung den Anschluss an die Weltspitze wiederherzustellen. Vorreiter waren hier in den achtziger Jahren die Automatisierungs- und mit besonderer Förderung die Mikroelektronikindustrie. In der Tat gelang es der DDR, durch die Einfuhr von westlichen Produktionsanlagen das Technologieniveau zu erhöhen. Im September 1988 stellt das Kombinat Carl-Zeiss Jena unter großem medialen Interesse eine Blaupause des 1-Megabit-Chips vor. Die DDR war damit eines der wenigen Länder, die dieses mikroelektronische Bauteil fertigen konnte, allerdings noch nicht in Massenfertigung.²¹⁷

²¹⁵FDGB, Zusammenstellung, S.2.

²¹⁶Krakat, Klaus: Mikroelektronik in der DDR unter Wirtschaftlichkeitsaspekten, in: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.): Finanzierungsprobleme des Sozialismus in den Farben der DDR. Gratwanderung zwischen Beharrung und Reform, Berlin 1989, S.69f; Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.18.

²¹⁷Krakat, Mikroelektronik, S.57; Roesler, Umbruch, S.29.

Während also in gewissen Bereichen die DDR-Wirtschaft durchaus mit hochmodernen Produkten aufwarten konnte, wurde sie in der Breite von den westlichen Staaten technologisch abgehängt. Das Wirtschaftskomitee beschrieb das Technologieniveau der DDR wie folgt: *„Charakteristisch ist die große Differenziertheit zwischen den Bereichen und Kombinatens hinsichtlich der ökonomischen Effektivität durch Anwendung von Wissenschaft und Technik sowie das Nebeneinander von guten wissenschaftlich-technischen Ergebnissen auf Einzelgebieten und einem weiteren Zurückbleiben hinter dem internationalen Höchststand in der Breite der Volkswirtschaft.“*²¹⁸

Die DDR, wie alle sozialistische Staaten des Ostblocks, folgte dabei nicht dem internationalen Trend zur globalen Arbeitsteilung. Während vergleichbar große westeuropäische Staaten wie Belgien und die Niederlande durch Spezialisierung ihrer Produktion Wettbewerbsvorteile verzeichnen konnten, blieb die DDR-Wirtschaft zumindest prinzipiell auf Autarkie ausgerichtet. Dies führte dazu, dass sie für ein Land mit 16 Millionen Einwohnern ein unvergleichbar breites Produktionsprofil unterhielt. Dadurch konnte die DDR kaum Kostenvorteile durch Spezialisierung erzielen. Das Wirtschaftskomitee dazu: *„Die hohen einmaligen Aufwendungen in der DDR bei einem weitaus geringeren Produktionsvolumen als international üblich, die große Typenvielfalt bei niedrigen Losgrößen und die damit erforderlichen häufigen Umrüstungen sowie die sehr geringen Möglichkeiten der Arbeitsteilung im RGW führten im internationalen Vergleich zu wesentlich höheren Kosten.“*²¹⁹

Insbesondere in der Mikroelektronik besaß die DDR ein international viel zu breites Produktsortiment. Aufgrund des COCOM-Embargos musste sie alle Bauteile selber herstellen oder über illegale Wege teuer importieren.²²⁰ Eine rentable Spezialisierung auf wenige, mit Kostenvorteilen zu produzierende Elemente war deshalb nicht möglich. Die Herstellungskosten des 256 Kbit-Speichers etwa betragen 534 Mark, um aber den Einsatz dieses Chips in den DDR-Betrieben zu ermöglichen, wurde der Industrieabgabepreis auf nur 16,80 M festgelegt. Die gleichen Teile waren auf dem Weltmarkt jedoch

²¹⁸Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.26.

²¹⁹Ebd, S.30.

²²⁰Klenke, Globalisierung, S.424.

schon für 2-4 US-Dollar erhältlich.²²¹ Die Stasi dazu: „*Während der materialökonomische Vorteil sowie die Reduzierung des Arbeitsaufwandes bei der Verarbeitung eines solchen Speichers im Gerät sofort ersichtbar wird, wirft das derzeitigen [sic] Kostenniveau der Schaltkreise ernste Fragen nach dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand für seine Herstellung auf. [...] Es ist offensichtlich, daß eine solche Kosten-Preis-Relation sowohl in der Herstellung der Schaltkreise als auch bei ihrer Anwendung keineswegs volkswirtschaftlichen Effektivitätsmaßstäben entspricht.*“²²²

Der Rückstand beim Technologieniveau zeigte sich auch in der Rentabilität im Westexport. Die Produkte der DDR waren bis auf wenige Ausnahmen wie etwa beim Maschinenbau auf den Weltmärkten nur wenig konkurrenzfähig und mussten staatlich gestützt werden: „*Nicht selten wird mehr Arbeit in solche Produkte investiert als auf dem kapitalistischen Markt dafür bezahlt wird.*“²²³ Als fatal erwies sich dabei, dass trotz der Investitionen in die Mikroelektronik und andere hochtechnologische Industriebranchen die Effizienz sogar noch abnahm. Die Devisenrentabilität der neuentwickelten Produkte lag unter dem Durchschnitt. Im sozialistischen Ausland konnte die DDR durchschnittlich 1,071 M erwirtschaften, während die Neuentwicklungen nur 1,047 M an Einnahmen erzielten. Beim Export in das Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet war die Situation ähnlich. Hier erzielte man im Durchschnitt 0,275 VM pro aufgewendeter Mark der DDR. Auch hier lagen die Neuprodukte mit einer Devisenkennziffer von 0,262 unter der des Gesamtexports ins NSW.²²⁴ In der Mikroelektronik betrug die Exportrentabilität für manche Finalerzeugnisse gar weniger als 0,1.²²⁵

Die DDR schaffte es also nicht, durch den Ausbau der Hochtechnologie die dringend benötigten Deviseneinnahmen zu erzielen. Die Strategie des kreditfinanzierten Technologieimports scheiterte an den mangelnden komparativen Vorteilen. Stattdessen nahm die Fähigkeit zu Innovationen, also die Überführung von technischen Neuerungen in wirtschaftliche Vorteile, immer weiter

²²¹ Kleine, Planorientierung, Bl.16f.

²²² Ebd, Bl.15f.

²² Akademie der Wissenschaften der DDR: Skizze zur Erhöhung von rentablen Erzeugnissen in das NSW, 23.3.1988, BArch DC 20/5311, Bl.21.

²²⁴ Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.28.

²²⁵ Ebd, S.29.

ab, so dass das Wirtschaftskomitee 1990 urteilen musste: „*Der Erneuerungsprozess leistete insgesamt keinen Beitrag zu höherer Qualität und Rentabilität.*“²²⁶ Das Technologieniveau der DDR blieb somit zunehmend hinter dem des Westens zurück, auch wenn ihr immer wieder Prestigeerfolge gelangen, die aber internationalen Rentabilitätskriterien nicht genügten.

4.2.4 Verschuldungssituation

Bei der Betrachtung der Verschuldung der DDR ist zwischen der inneren Verschuldung des Staates beim Kreditsystems und der Auslandsverschuldung streng zu unterscheiden. Die internationalen Verbindlichkeiten wiederum spalten sich in zwei grundsätzlich verschiedene Formen auf, die sich in Bezug auf die verwendete Währung und die Verrechnung unterscheiden. Dies ist zum einen die Verschuldung bei den Staaten des RGW, den übrigen sozialistischen Ländern sowie teilweise bei nicht-sozialistischen Entwicklungsländern. Auf der anderen Seite stehen Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Industrieländern in harter Währung. Ein Sonderfall stellt zudem der innerdeutsche Handel mit der Bundesrepublik dar.

Ein- und Ausfuhren mit den sozialistischen Staaten verliefen fast ausschließlich ohne Kreditbeziehungen,²²⁷ funktionierten stattdessen auf Basis von Verrechnungswährungen wie dem transferablen Rubel, zu dem die nationalen Währungen in einem langfristig geplanten festem Verhältnis standen. Umfang und Struktur der ausgetauschten Waren und deren Preise waren in das Planungssystem der sozialistischen Staaten eingebettet und wurde im voraus festgelegt, wobei weitestgehend ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht herrschte.²²⁸ Temporäre Handelsüberschüsse bzw. -defizite mit RGW-Staaten wurden durch vorher vereinbarte bilaterale Kredite finanziert. Exportierte ein Staat entgegen dem Plan mehr Waren als er von einem Partner erhielt, wurde ihm auf einem Clearingkonto der entsprechende Gegenwert gutgeschrieben, mit dem er in Zukunft Importe bezahlen konnte. Ein direkter Fluss von Zahlungsmitteln fand nicht statt, was aufgrund der nicht-konvertiblen Währungen auch nicht praktikabel gewesen wäre. Auch der

²²⁶Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.26.

²²⁷Schürer, Veröffentlichung, S.3.

²²⁸Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.9.

überwiegende Anteil des Handels mit nicht-sozialistischen Entwicklungsländern wurde auf der Basis von Clearingwährungen abgewickelt. Da die Kreditbeziehungen stets bilateral blieben und kein RGW-weites Clearingverfahren existierte, konnten Verbindlichkeiten gegenüber einem Partner nicht mit Forderungen gegenüber Dritten ausgeglichen werden.²²⁹ Die DDR konnte damit gleichzeitig sowohl Schuldner als auch Gläubiger gegenüber den sozialistischen Staaten sein.²³⁰

Der innerdeutsche Handel, der im Berliner Abkommen von 1951 geregelt wurde, wurde ebenfalls auf Basis einer Verrechnungswährung abgewickelt.²³¹ Grundlage des Handels mit der Bundesrepublik war hierbei die sog. „*Verrechnungseinheit*“ (VE).²³² Auch hier gab es keinen direkten Austausch von Zahlungsmitteln, sondern aufgelaufene Defizite wurden als Guthaben der Gegenseite verbucht. Der DDR stand dabei der „*Swing*“, ein jährlicher zinsloser Überziehungskredit von zunächst 600, später 850 Millionen VE zur Verfügung. Ein Handelsdefizit mit Westdeutschland führte deshalb weder zu Zinsaufwänden, noch zu kritischen Tilgungszahlen in konvertiblen Währungen. Mit Rücksicht auf die Sowjetunion, die einer Annäherung der beiden deutschen Staaten kritisch gegenüberstand, wurde die Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik stets maßvoll gehalten.²³³

Handelsbeziehungen mit westlichen Industrieländern dagegen wurden in konvertiblen Devisen abgewickelt. Da die Mark der DDR nicht konvertibel war, musste jeder Import aus diesen Staaten mit Exporterlösen oder durch Kreditaufnahme in harten Währungen bezahlt werden. Handelsdefizite mit diesen Ländern mussten also mit Bankkrediten gedeckt werden, die Zins- und Tilgungszahlungen in konvertiblen Devisen nach sich zogen. Um die Zahlungen in diesen Währungen einheitlich auszuweisen, wurde 1965 die sog. Va-

²²⁹Buchheim, Achillesferse, S.94.

² ⁰Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.29.

² ¹Weidenfeld, Werner/Karl-Rudolf Korte: Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt a.M. 1999, S.444.

² ²Haendcke-Hoppe-Arndt, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, S.57.

² Volze, Armin: Zur Devisenverschuldung der DDR. Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den achtziger Jahren, Opladen 1999, S.152; Schürer, Planung, S.85.

lutamark (VM) als künstliche Währungseinheit eingeführt.²³⁴ Aufbau und Zusammensetzung der Valutamark wurden nicht veröffentlicht, jedoch wurde sie aus politischen Gründen intern mit dem „*Verhältnis 1 Valutamark = 1 DM der BRD*“²³⁵ bewertet. Diese Verschuldung war politisch die bedrohlichste für die DDR-Führung. Ein Staatsbankrott und damit die Einstellung von Zins- und Tilgungszahlungen hätte ähnlich wie 1981/82 einen Kreditstopp für die ostdeutschen Außenhandelsbetriebe bedeutet. Importe wären dadurch nicht mehr möglich gewesen. Das wahrscheinlichste Szenario bei Eintreten der Zahlungsunfähigkeit der DDR wäre ein Umschuldungsabkommen unter Führung des Internationalen Währungsfonds gewesen, dass nur unter der Bedingung wirtschaftspolitischer Zugeständnisse zu Stande gekommen wäre. Aus Angst vor diesem Machtverlust wollte die SED-Führung die Zahlungsfähigkeit unter allen Bedingungen bewahren. Schürer mahnte in seiner Analyse die „*Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds*“²³⁶ an.

Neben den internationalen Verbindlichkeiten nahm die DDR auch Schulden beim inländischen Kreditsystem auf. Die Inlandsverschuldung diente vor allem der Finanzierung der Sozialausgaben und erfolgte durch den Rückgriff auf Spareinlagen der DDR-Bürger. Die Verschuldung des DDR-Haushalts betrug 1970 bereits 12 Mrd. M und stieg seit den siebziger Jahren stetig an. Bereits 1980 hatte sich dieser Wert auf 43 Mrd. Mark fast vervierfacht, 1988 steigerte sie sich sogar auf 123 Mrd.²³⁷ Bei Beurteilung der ökonomischen Lage spielt die Inlandsverschuldung aber eine unkritische Rolle. Der Staat verschuldete sich bei seinen eigenen Bürgern und gab dieses Geld durch Sozialleistungen und Investitionen wieder an sie zurück. Es handelte sich demnach um eine reine Umverteilung innerhalb der DDR, da jeder Verschuldungsposition eine ebenso hohe Forderung gegenüberstand. Folge der Inlandsverschuldung war jedoch das Aufblähen der Geldmenge, die aufgrund der rigiden Preise einen Wohlstand vortäuschte, der in Wirklichkeit nicht vorhanden war.

Die tatsächliche Auslandsverschuldung der DDR im Jahre 1989 festzustellen, bereitet einige Probleme. Die DDR-Führung war stets darum bemüht,

²³⁴ Volze, Armin: Die gespaltene Valutamark, in Deutschland Archiv 32 (1999), S.232f.

²³⁵ o. V.: Zur Frage, was erforderlich ist, damit eine Mark der DDR auch eine Valutamark wert ist, 8.9.1988, DE 1/58738, Bl.261.

²³⁶ Schürer, Analyse, S.841.

²³⁷ Ebd, S.836.

die Verbindlichkeiten bei ausländischen Kreditgebern so gering wie möglich auszuweisen. Um die tatsächliche Verschuldung zu verschleiern, wurden Zahlungsbilanzen, die über Kredite und Zinsen Auskunft hätten geben können, nicht veröffentlicht, obwohl man sich auf dem Wiener KSZE-Nachfolgetreffen 1986 dazu verpflichtet hatte „*makroökonomische Daten und Statistiken auf aktuellem Stand [zu] veröffentlichen und [zu] erwägen, Zahlungsbilanzangaben verfügbar zu machen.*“²³⁸ Ausgewiesen wurde lediglich der Gesamtexport und -import in Valutamark in den Untergliederungen SW und NSW, wobei in dem Punkt NSW auch die für die Verschuldung in konvertiblen Devisen nicht relevanten Zahlen für den innerdeutschen Handel und den Handel mit Entwicklungsländern enthalten waren.²³⁹ Zwischen 1975 und 1982 wurden überhaupt keine Export/Importzahlen veröffentlicht. Selbst den DDR-Führungskräften waren die Außenhandelsstatistiken nur beschränkt verfügbar, da diese intern als „*Vertrauliche Verschlusssache,*“ behandelt wurden.²⁴⁰

Für das Ausland war die Verschuldungssituation der DDR nur schwer ersichtlich. Zwar konnte aus den Handelssalden auf eine generelle Tendenz geschlossen werden, da sie jedoch keine Zahlen über Finanzbeziehungen veröffentlichte, war eine genaue Berechnung der Verbindlichkeiten unmöglich.²⁴¹ Westlichen Beobachtern blieben deswegen nur die Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel, die über den internationalen Zahlungsverkehr Auskunft gab. Der Großteil der westlichen Banken war dieser angeschlossen und übermittelte der BIZ Daten über ihre Forderungen und Verbindlichkeiten. Nicht meldepflichtig jedoch waren Banken z.B. aus dem arabischen Raum und Nichtbanken wie etwa Handelsgesellschaften, die ebenfalls als Kreditgeber für die DDR in Betracht kamen.²⁴² Die Bericht-

²³⁸ Schürer, Gerhard/Gerhard Beil/Herta König/Alexander Schalck/W. Polze (AG Zahlungsbilanz): Informationen und Entscheidungsvorschläge zu Fragen der Veröffentlichung von Angaben zur Zahlungsbilanz, o.D., BArch DE 1/57766, S.1; Volze, Armin: Probleme der Westverschuldung der DDR und ihrer Außenhandelsstatistik, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin 2001, S.79f.

²³⁹ Ebd., S.7.

²⁴⁰ Volze, Devisenverschuldung, S.153.

²⁴¹ Paul-Günther Schmidt gelang 1984 eine sehr präzise Schätzung der Verbindlichkeiten über Daten aus russischsprachigen Veröffentlichungen des RGW, vgl. Schmidt, Paul-

erstattung der BIZ war deshalb tendenziell zu gering. Die DDR-Führung nutzte diese Unterbewertung bewusst aus, um weiterhin an günstige Kredite zu gelangen.²⁴³

Die Westverschuldung der DDR hatte sich dabei mit dem Beginn der Ära Honecker kontinuierlich aufgebaut. Durch die vermehrten Importe stiegen die Handelsdefizite mit den Staaten des Westens. Importüberschüsse wurden dabei hauptsächlich durch Bankkredite finanziert. Zwischen 1971-1980 stieg der kumulierte Passivsaldo von 25,5 Mrd. VM bzw. 10,4 Mrd. US-Dollar²⁴⁴. Die Handelsdefizite traten dabei insbesondere gegenüber klassischen Transitländern wie der Niederlande, Österreich und der Schweiz auf.

Im Zuge der Ölpreisschocks stiegen weltweit die Importpreise. Obwohl deren Wirkungen durch die RGW-Preisfindung erst verzögert die DDR erreichten, verschlechterten sich ihre *terms of trade*. Als gegen Ende der achtziger zum ersten mal die Zahlungsunfähigkeit der DDR drohte, kam es zu einer Wende in der Außenhandelspolitik. Importe wurden gekürzt und die Ausfuhr in das NSW auch unter Missachtung von Rentabilitätskriterien erhöht. Seit 1981 konnten dadurch wieder Exportüberschüsse erzielt werden. Fast gleichzeitig geriet die DDR in den Sog der internationalen Kreditkrise und erhielt keine neuen Darlehen mehr. Trotzdem stieg dadurch die Verschuldung weiter an, da sie nicht in der Lage war, die laufenden Kredite zu tilgen. Durch westdeutsche Darlehen 1983 und 1984 konnte schließlich das Vertrauen der internationalen Banken wiedererlangt werden. Die Straußschen Milliardenkredite wurden dabei nicht für Importe aufgewendet, sondern als Guthaben bei westlichen Banken angelegt, um eine nicht vorhandene Zahlungsfähigkeit zu signalisieren. Dadurch wurde es der DDR wieder möglich, Kredite aufzunehmen.

Insgesamt konnte die DDR 1981-1986 einen Handelsüberschuss von 13,4 Mrd. VM verbuchen. Ab 1987 verzeichnete sie wieder Nettodefizit, sodass die Verschuldung erneut anstieg. In den letzten drei Jahren ihrer Existenz belief sich das Außenhandelsdefizit auf 7,7 Mrd. VM. Die Tilgungs- und Zinszahlungen des Jahres 1988 erreichten bereits 127% des gesamten Jahresexports. Die kompletten Einnahmen aus dem Außenhandel reichten also nicht einmal

²⁴ Schürer, Veröffentlichung, S.4.

²⁴⁴Volze, Devisenverschuldung, S.154.

für den Schuldendienst aus, alle getätigten Importe konnten also nur durch neue Schulden finanziert werden.²⁴⁵

Schürer bezifferte in seiner „Analyse“ am 31.10.1989 die Nettoverschuldung der DDR auf 49 Mrd. VM, was umgerechnet 26,5 Mrd. US-Dollar entsprach.²⁴⁶ Diese Zahl wurde jedoch sehr bald revidiert. In einem Brief an Schürer berichteten Koko-Chef Schalck und Finanzministerin Herta König von bisher nicht bekannten Devisenreserven beim Finanzministerium sowie bei den Betrieben des Bereich Kommerzielle Koordinierung und korrigierten die Summe der Verbindlichkeiten auf 38 Mrd. VM (20,6 Mrd. Dollar).²⁴⁷ Diese Reserven waren vermutlich auf Veranlassung von Günter Mittag ohne Wissen der Staatlichen Plankommission angelegt worden, um keine übermäßigen Begehrlichkeiten im Politbüro zu wecken.²⁴⁸ Im Juli 1990 legte die Bundesbank eine Neuberechnung der Verschuldung der DDR mit Stichtag 31.5.1990 vor. Dort wurden die Verbindlichkeiten gegenüber westlichen Staaten mit lediglich 27,4 Mrd. VM (14,8 Mrd. Dollar) beziffert.

Neben der Höhe der Verbindlichkeiten spielt auch die Struktur des Auslandsverschuldung eine wichtige Rolle. Zu unterscheiden ist dabei zwischen investitiven Darlehen zum Aufbau von Produktionskapazitäten und Krediten, die sofort in den Konsum gingen. Während erstere für Investitionen genutzt wurden und damit zumindest grundsätzlich die Möglichkeit boten, die Kredite aus der aufgebauten Produktion zurückzuzahlen, wurden letztere sofort verbraucht und mussten aus anderen Quellen finanziert werden. Schürer fasste diese Situation wie folgt zusammen:

„Die genannten Verpflichtungen müssen differenziert betrachtet werden. Ein bedeutender Teil davon ist produktiv und langfristig angelegt. Das sind Kredite, die wir aufgenommen haben für den Import modernster Ausrüstungen [...] und eine Reihe Importe, die wir in den letzten drei Jahren durchgeführt haben, um die dringendsten Disproportionen zwischen Zulieferern und Finalproduzenten zu beseitigen oder abzuschwächen und die im Maschinenbau mit der Modernisierung von Anlagen verbunden sind. Das ist der Teil

²⁴⁵Volze, Devisenverschuldung, S.168.

²⁴⁶Schürer, Analyse, S.873

²⁴⁷Haendcke-Hoppe-Arndt, Wer wusste was?, S.590.

²⁴⁸Volze, Bluff, S.702-703.

der Kredite, der aus den Vorhaben selbst refinanziert wird. Das ist zwar eine Verschuldung, aber hier gibt es die Möglichkeit der Zurückzahlung dieser Schulden durch die Produktion. Und wenn diese Anlagen refinanziert sind, dann stehen sie in vollem Umfang für die DDR-Produktion zur Verfügung. Aber ein zweiter Teil - und das ist der größere Teil von beiden - das sind über 50 Prozent - sind Importe, die für die Bevölkerung durchgeführt wurden, von Getreide bis zu Konsumgüterimport. Sie sind in den Verbrauch eingegangen und refinanzieren sich nicht selbst.“²⁴⁹ Der Hauptteil der aufgenommenen Kredit wurde also nicht investitiv verwendet, sondern diente der Erhöhung der Konsumtion. Zur Rückzahlung hätte demnach an anderer Stelle der Verbrauch gekürzt werden.

Ein hoher Anteil der Verschuldung bestand zudem aus kurzfristigen Krediten, die stark anfällig gegenüber Zinsveränderungen waren. Diese Verbindlichkeiten mussten ständig umgeschuldet und dem neuen Marktzins angepasst werden. Zins- und Tilgungszahlungen wurden durch neue Kredite bezahlt, die Schuldenspirale damit weiter angeheizt. Die DDR erhielt aufgrund des Kreditrisikos international ungünstige Konditionen und musste hohe Bankzinsen in der Größenordnung von 12-15% bezahlen. Die gesamten Finanzierungskosten betragen damit etwa 20-22%.²⁵⁰

Neben den Verbindlichkeiten verfügte die DDR über eine schwer zu überschauende Anzahl an Guthaben und Forderungen gegenüber zahlreichen Ländern. Ein gewisser Teil dieser Guthaben waren jedoch nicht DDR-eigene Mittel, sondern Einlagen von Ausländern oder nicht in Anspruch genommene Kredite. Die AG Zahlungsbilanz berichtete: „Die hauptsächlichsten Quellen dieser Guthaben stellen jedoch Depositen ausländischer Banken und zeitweilig nicht ausgenutzte Kredite dar, die bei Zahlungsunfähigkeit durch die DDR überhaupt nicht oder nur kurzfristig eingesetzt werden können.“²⁵¹ Diese Guthaben waren also keine Aktiva, sondern lediglich durch Verschiebung von Guthaben vorgetäuschte Reserven. Allerdings fiel diese Summe im Vergleich zur Gesamtzahl der Schulden relativ gering aus, sodass auch unter Berück-

²⁴⁹Schürer, Gerhard: Zur Höhe der Verpflichtungen der DDR gegenüber dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet und zu ihren Ursachen, 17.11.1989, Bl.141-142.

²⁵⁰o.V.: Eine Bemerkung zu der Frage, warum 1 Mark in der DDR im Ausweis des Devisenerlöses nur 25 Valutapfennige wert ist, 30.8.1988, DE 1/58738, Bl.76.

²⁵¹Schürer, Informationen und Entscheidungen, S.5.

sichtigung dieser verdeckten Schulden sich die Gesamtsituation nicht wesentlich änderte. Insgesamt betrugen die Forderungen 1989 29 Mrd. VM und deckten damit 59,3% der Verschuldung ab. Diese Summe entsprach 158% der Importe eines Jahres, sodass die Einfuhren für etwa anderthalb Jahre gedeckt waren.²⁵²

Ein beträchtlicher Teil der Guthaben der DDR bestand aus Forderungen gegenüber Entwicklungsländern wie dem Irak, Syrien, Mosambik, Angola, dem Jemen, dem Sudan und dem Kongo, die sich insgesamt auf eine Höhe von 5,2 Mrd. VM beliefen. Das Geltenmachen dieser Aktiva war aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Instabilität dieser Staaten in höchstem Maße unsicher. Schürer selbst hatte sie wohl die längst abgeschrieben: „*Die Möglichkeiten, sie volkswirtschaftlich wirksam zu machen, sind aufgrund der geringen Exportmöglichkeiten dieser Länder und des hohen Standes ihrer Verschuldung gar nicht oder nur begrenzt vorhanden.*“²⁵³ Diese Kredite an nicht zahlungsfähige Entwicklungsländer waren damit entweder komplett verloren oder hätten nur in einer langen Frist eingefordert werden können. Die DDR hatte also auch hier Guthaben vorgetäuscht, die in Wirklichkeit nicht verfügbar waren.²⁵⁴

Während sich die Schuldsituation in konvertiblen Devisen äußert kritisch zeigte, verhielt sich im RGW die Lage deutlich entspannter. Die Verschuldung der DDR gegenüber dem sozialistischem Ausland war stets in hohem Maße von der finanziellen Position gegenüber der Sowjetunion geprägt, während mit den anderen osteuropäischen Staaten die Handelsbilanzen größtenteils ausgeglichen gestaltet wurden. Während die DDR als wirtschaftlich stärkster Staat des RWG bis weit in die siebziger Jahre Nettogläubiger war, stiegen im Zuge der Ölpreissteigerungen die Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion an, sodass sie 1976 zum Nettoschuldner gegenüber der UdSSR wurde. Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion waren damals nur durch Liquiditätskredite der UdSSR möglich. Dieses Defizit gegenüber dem größten Handelspartner steigerte sich bis Ende 1982 auf 3,4 Mrd. VM und bedeutete

²⁵²Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.58.

²⁵³Schürer, Gerhard: Informationen zur Gesamtheit des Außenhandels sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, 14.7.1989, BArch DE 1/58766, S.8f.

²⁵⁴Schürer, Begründung, Bl.130.

eine Nettoverschuldung gegenüber den sozialistischen Staaten von 1,1 Mrd. VM.²⁵⁵

Nach der Kreditkrise änderte sich jedoch das Bild erneut. Beginnend mit 1983 konnte die DDR ihre Verbindlichkeiten gegenüber der UdSSR kontinuierlich abbauen, sodass sie seit 1988 wieder eine positive Kapitalbilanz gegenüber Moskau ausweisen konnte. Gleichzeitig nahmen die Forderungen gegenüber den anderen sozialistischen Staaten stetig zu, sodass die DDR bereits 1983 wieder Nettogläubiger gegenüber dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet war. Bis Ende 1988 wuchsen die Nettoforderungen auf 3,6 Mrd VM an.²⁵⁶

Trotz der zum Teil immens hohen Verbindlichkeiten sahen die westlichen Banken die Verschuldungssituation der DDR als nicht dramatisch an. Der DDR war es noch 1989 möglich, Rekordsummen an Krediten aufzunehmen.²⁵⁷ Die Zahlungsfähigkeit war in der Tat noch nicht kurzfristig so gefährdet, wie es Schürer in seiner Analyse darstellte. Dies wird allein dadurch bewiesen, dass die DDR bis weit in das Jahr 1990 hinein alle fälligen Zahlungen leisten konnte. Die Auslandsverschuldung 1989 war sogar noch geringer als 1981 und betrug pro Kopf weniger als in anderen osteuropäischen Staaten.²⁵⁸ Dennoch hatte die Verschuldung ein Maß angenommen, dass die Handlungsfähigkeit der DDR-Führung stark einschränkte. Der hohe Anteil kurzfristiger unproduktiver Kredite zwang sie zu ständiger Umschuldung und erhöhte das Risiko des Kollaps bei einer unerwarteten Änderung der Finanzierungsbedingungen. Mit der bereits geringen und im Trend sogar noch abnehmenden Devisenrentabilität wurde die Erwirtschaftung der zur Tilgung nötigen Devisen immer schwieriger. Die Auslandsverschuldung war Resultat eines übermäßigen Verbrauchs und erforderte für ihre Stabilisierung einen ständigen Verzicht in anderen Bereichen.

²⁵⁵Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.30.

²⁵⁶Ebd, S.36f.

²⁵⁷Ebd, S.48.

²⁵⁸Volze, Bluff, S.711.

4.2.5 Arbeitsbedingungen in den Betrieben

Die wirtschaftlichen Probleme der DDR gegen Ende der achtziger Jahre wurden zu allererst von den Menschen in den Betrieben wahrgenommen. Sie waren es, die die Folgen der unzureichenden Investitionen in die Wirtschaft zu spüren bekamen. Der unzureichende Zustand der Produktionsanlagen und Maschinen betraf direkt die Werktätigen und ihre Arbeitsproduktivität. Die aufgrund des hohen Verschleiß beeinträchtigten Maschinen führten für sie zu einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Ausgefallene Maschinenstunden mussten oftmals durch manuelle Arbeit der Arbeiter ersetzt werden. Die dafür aufgewendeten Überstunden erhöhten nicht nur die Lohnkosten, sondern führten auch vermehrt zu Gesundheitsproblemen und Berufserkrankungen in der Belegschaft.²⁵⁹ In vielen Betrieben konnten aufgrund der verschlissenen Technik die Sicherheitsbedingungen nicht mehr eingehalten werden. Im Transportwesen z.B. musste wegen des Ausfalls von Lastkraftwagen nicht mehr verkehrssichere Fahrzeuge eingesetzt werden.²⁶⁰ Besonders schlechte Zustände herrschten in der Braunkohleindustrie, in der Nahrungsgüterindustrie sowie im Groß- und Einzelhandel.²⁶¹

Programme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verpufften in der Breite. Geplante Maßnahmen zum Abbau von Arbeiterschwernissen mussten aufgrund von fehlenden Investitionsmitteln gekürzt oder konnten gar nicht realisiert werden. So wurden im ersten Halbjahr 1989 zwar 28.900 Arbeiterschwernisse beseitigt, gleichzeitig aber 19.600 neue geschaffen.²⁶² Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betraf hierbei nicht nur die Arbeiter in der Produktion, sondern auch neugeschaffene Bildschirmarbeitsplätze wiesen eine unzureichende Ergonomie auf.²⁶³ So konnten also auch durch den Übergang zu modernen Arbeitsplätzen die Arbeitsbedingungen nicht wesentlich gesteigert werden.

Die Reaktion der Arbeitnehmer auf die unzumutbaren Zustände rangierte von Resignation bis hin zu offener Kritik an den Behörden. Mit den Plandis-

²⁵⁹FDGB, Zusammenstellung, S.6.; Kleine, Planorientierung, Bl.23.

²⁶⁰Ministerrat der DDR: Hinweise zu einigen aktuellen Aspekten der Reaktion unter Bevölkerungskreisen der DDR, o.D., BArch DC 20/5311, Bl.122.

²⁶¹FDGB, Zusammenstellung, S.6f.

²⁶²Ebd, S.6.

²⁶³Ebd, S.7.

kussionen in den Betrieben war offiziell ein Instrument gegeben, mit denen die Werktätigen ihre Kritik und Vorschläge einbringen und sich an der Planung beteiligen konnten. Dieses Instrument wurde im Angesicht der immer deutlicher werdenden Probleme gegen Ende der achtziger Jahre häufiger genutzt. Kritisiert wurden dabei nicht nur die eigenen schlechten Arbeitsbedingungen, sondern auch, dass durch die mangelnde Zuteilung von Ressourcen die Planziele der Betriebe nicht verwirklicht werden konnte. Kristallisationspunkt der Kritik waren vor allem der hohe Verschleiß der Anlagen und Maschinen, die unzuverlässigen Zulieferungen von Ersatzteilen und Ausrüstungen sowie die mangelnde Qualität bei Materialien und Rohstoffen.²⁶⁴

Trotz ihrer Hinweise und Vorschläge veränderte sich jedoch die Situation für die Arbeiter nicht. Im Bewusstsein der angespannten Lage und ihrer eigenen Ohnmacht häuften sich Unmutsbekundungen, die zuweilen in offene Anfeindung gegen die Staats- und Parteiführung mündeten. Dies wurde dem Ministerrat in einer Information berichtet: „*Unter Hinweis darauf, daß es sich hierbei in der Regel um Probleme handelt, die bereits seit Jahren einer Veränderung bedürfen, bisher jedoch keiner befriedigenden Lösung zugeführt wurden und sich stattdessen weiter zuspitzen, wird erklärt, daß offensichtlich die zentralen staats- und wirtschaftsleitenden Organe die ökonomische Situation immer weniger beherrschen.*“²⁶⁵ Besonders heftig wurde die Informationspolitik der Regierung kritisiert und ihr vorgeworfen, die Probleme zu bagatellisieren oder zu verschweigen. Einer positiven Berichterstattung über wirtschaftliche Erfolge in den Medien stand die triste Realität in den Betrieben gegenüber, in der trotz Überstunden die Produktion nicht gesichert werden konnte.²⁶⁶

Neben Kritik führten die Zustände zu zunehmender Entfremdung der Arbeiter von den Betrieben. Ein Bericht an den Ministerrat berichtete von steigenden „*Tendenzen der Resignation, der Gleichgültigkeit und Ratlosigkeit*“.²⁶⁷ Die Werktätigen trauten der politischen Führung nicht mehr zu, die von ihr zu verantwortenden Probleme lösen zu können und waren nicht be-

²⁶⁴Ministerrat, Hinweise, Bl.122.

²⁶⁵Ebd, Bl.122.

²⁶⁶Ebd, Bl.124.

²⁶⁷Ebd, Bl.122.

reit, für die Erfüllung von unrealistischen Plänen gesundheitliche Risiken in Kauf zu nehmen. Langfristig führte dies zu sinkender Arbeitsmoral und einer Distanzierung von den Betrieben sowie den von ihnen ausgehenden gesellschaftlichen Angeboten. Stattdessen verließen Angestellte oftmals unerlaubt den Arbeitsplatz und nutzten die Arbeitszeit um etwa Einkäufe zu tätigen. Die Leiter der Betriebe duldeten dieses Vorgehen stillschweigend, auch um nicht selbst zur Zielscheibe der Kritik zu werden.²⁶⁸

Aufgrund der unzumutbaren Arbeitsbedingungen in manchen Industriezweigen lösten viele Arbeitnehmer ihre Stellen auf und suchten nach einer neuen Anstellung. Dies führte zu einer vorher nicht gekannten Fluktuation und zu einem Arbeitskräftemangel, der die Produktion ernsthaft gefährdete. In der Nahrungsgüterindustrie war dies eklatant. Die Stasi warnte im September 1989, dass viele Fleischer „auf Grund schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen“²⁶⁹ abwanderten, mit der Folge, dass die Fleischversorgung für die Bevölkerung „erneut nicht gesichert ist“ und „permanent Versorgungsstörungen und Verluste in Größenordnungen auftreten.“²⁷⁰

Diese Probleme hatten sich über Jahre aufgehäuft. Bereits 1986 hatte das MfS über „ernsthafte Probleme im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Arbeits- und Produktionssicherheit in zentral- und bezirksgeleiteten Kombinat der Fleischindustrie der DDR“ berichtet und als Hauptursache den „außerordentlich hohen Verschleißgrad der Grundmittel“ angeführt, wobei Versorgungsprobleme bei Fleischwaren „nur durch außergewöhnliche Anstrengungen der Werktätigen [...] sowie durch die Erteilung entsprechender Ausnahmegenehmigungen“ verhindert werden konnten.²⁷¹ Die Situation hatte sich also nicht verbessert, sondern eher verschärft. Die Arbeitnehmer waren zunehmend nicht mehr bereit, Überstunden zu leisten und ihre Gesundheit zu gefährden, sondern suchten Anstellung in besser bezahlten Branchen. Besonders schlechte Arbeitsbedingungen und deshalb großer Arbeitskräftemangel

²⁶⁸Ministerrat, Hinweise, Bl.125.

²⁶⁹Ministerium für Staatssicherheit - Hauptabteilung XVIII: Information zum Stand der Durchführung aktueller Beschlüsse des Ministerrates der DDR zur Sicherung der Versorgung der Bezirke mit Frischwaren, insbesondere mit Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren, Obst und Gemüse sowie Getränken, 30.9.1989, BStU HA XVIII 6534, Bl.4.

²⁷⁰Ebd, Bl.3.

²⁷¹MfS, Fleischindustrie, Bl.2-4.

herrschen auch im Gesundheits- und Sozialwesen, der Bauwirtschaft, dem Transport- und Nachrichtenwesen sowie im Handel.²⁷² Die freigewordenen Stellen mussten mit unqualifizierten Kräften besetzt werden, die nicht für die anfallenden Aufgaben ausgebildet waren und die Produktivität senkten.

Trotz der im internationalen Vergleich überaus hohen Frauenerwerbsquote stellte sich in der DDR ein Mangel an Arbeitskräften ein. Durch das geringe Technologieniveau der DDR und dem hohen Anteil manueller Tätigkeiten am Produktionsprozess bestand stets eine hohe Arbeitsnachfrage. Der stetig steigende Aufwand zur Instandsetzung von Anlagen und Maschinen band gegen Ende der achtziger Jahre eine immer größere Zahl von Arbeitskräften, was durch die Anwerbung ausländischer Arbeiter besonders aus Polen, Vietnam und Mosambik ausgeglichen werden sollte. Die Produktivität dieser Arbeitskräfte blieb jedoch aufgrund des hohen Anlernaufwands beschränkt.²⁷³ Als 1989 die Zahl der illegalen Ausreisen aus der DDR anstieg, verschärfte sich Arbeitskräftemangel noch einmal. Das MfS schätzte den Mehrbedarf auf 66.000 Arbeitskräfte.²⁷⁴

Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen in der DDR gingen Hand in Hand mit dem Verschleiß des Kapitalstocks. Mit dem zunehmenden Verfall der Produktionsanlagen verschlechterten sich die Situation für die Menschen in den Betrieben. Die ausgefallenen Maschinenstunden mussten durch Überstunden und manuelle Kraft ausgeglichen werden. Die Produktion konnte dabei oftmals nur unter der Missachtung von Sicherheitsvorschriften fortgeführt werden, womit der Belegschaft gesundheitliche Risiken aufgebürdet wurden. Die Arbeiter reagierten auf die teilweise unzumutbaren Zustände unterschiedlich. Während sich öffentliche Kritik an den Missständen häufte, resignierten große Teile der Werktätigen und entfremdeten sich immer mehr von ihren Betrieben. Durch Abwanderung in andere Branchen fehlte es an gut ausgebildetem Personal. Andere wählten gar die Flucht aus der DDR, was das stets präsenste Problem des Arbeitskräftemangels weiter verschärfte.

²⁷²FDGB, Zusammenstellung, S.8; Kleine, Planorientierung, Bl.13.

²⁷ FDGB, Zusammenstellung, S.9.

²⁷⁴Kleine, Planorientierung, Bl.23-25.

4.2.6 Versorgungslage der Bevölkerung

Die Versorgungssituation in der DDR war gekennzeichnet durch die Verwaltung eines ständigen Mangels. Qualität und Quantität des Sortiments, im DDR-Jargon als „Warenfonds“ bezeichnet, wurde weitestgehend staatlich geplant, die zentrale Planung verhinderte damit ein freies Spiel von Produzenten und Konsumenten. Aufgrund des starren Preissystems konnte sich nie ein stabiles Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage ausbilden. Durch die Stützung von niedrigen Preisen für Waren des Grundbedarfs waren etwa Lebensmittel sowohl im internationalen Vergleich als auch mit Hinblick auf die Produktionskosten extrem billig. Der durchschnittliche DDR-Bürger verfügte somit über eine hohe nominale Kaufkraft. Dadurch entwickelte sich ein Nachfrageüberhang, der von der Staatlichen Planungskommission jedoch nicht gedeckt werden konnte und außerdem zu verschwenderischer Konsumtion verleitete. Gleichzeitig wurden durch die im Vorhinein geplanten Abnahmemengen im Einzelhandel keinerlei wirtschaftliche Anreize für die Betriebe gesetzt, ihre Produktion an den Wünschen der Konsumenten auszurichten.

Trotz des zurückgehenden Wirtschaftswachstum in den achtziger Jahren stieg das Geldeinkommen der Bevölkerung überproportional stark. Aufgrund des unflexiblen Preissystems konnte sich der Gütermarkt nicht durch Geldentwertung räumen. Den Menschen in der DDR wurde somit ein gesteigerter Wohlstand vorgetäuscht, der die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Gütern weiter erhöhte. Die Versorgung der Bevölkerung mit Waren in ausreichender Menge wurde jedoch gegen Ende der achtziger Jahre tendenziell schwieriger und die Bürger konnten sich für ihr Geld immer weniger kaufen. Das Angebot des DDR-Handels konnte im Fünfjahrplan 1986-90 mit dem wachsenden Geldeinkommen sowie den damit gestiegenen Konsumwünschen der Bevölkerung nicht mithalten und die Regale blieben leer. Bereits 1986 hatten sich die Nettogeldeinnahmen deutlich über Plan um 5,5% erhöht, während der Umsatz im Einzelhandel nur um 4,1% wuchs. 1987 reduzierte sich zwar das Wachstum der Einnahmen, sie lagen mit einer Steigerung von 4,7% jedoch immer noch 1,1% über dem Einzelhandelsumsatz. Allein für die-

se zwei Jahre betrug der Kaufkraftüberhang schätzungsweise 5,5 Mrd. M.²⁷⁵ Bis Ende 1989 erhöhte sich dieser Überhang gar auf 12-14 Mrd. M.²⁷⁶

Die Nachfrage der DDR-Bevölkerung war dabei stark geprägt von der Konsumkultur des Westens. Der Zugang zu Westmedien und auch Berichte von DDR-Bürgern, die von Besuchsreisen in die Bundesrepublik zurückkehrten, führten zu gestiegenen Qualitätsansprüchen.²⁷⁷ Dazu trug auch die von der Parteiführung verbreitete Behauptung bei, die DDR gehöre zu den zehn stärksten Industriestaaten der Welt.²⁷⁸ Das Angebot an westlichen Konsumgütern blieb jedoch aufgrund der Devisenknappheit stets knapp. Durch das staatliche Außenhandelsmonopol war es den DDR-Bürgern zudem unmöglich, begehrte Westwaren privat zu importieren. Stattdessen waren sie auf Verwandte und Bekannte im westlichen Ausland angewiesen, die durch Privatreisen oder den Geschenkdienst „Genex“ Waren in die DDR bringen konnten.

Durch die Devisenknappheit und die Ausrichtung des Handels auf die osteuropäischen RGW-Staaten mangelte es in den Geschäften der DDR stets an Importprodukten wie Kaffee und Südfrüchten. Aber auch einheimische Erzeugnisse wie Gemüse und Fleisch waren in manchen Gebieten knapp und wurden nur diskontinuierlich geliefert. Daneben herrschte in der DDR ein ständiger Mangel an hochwertigen Konsumgütern, Möbeln und Baumaterialien jeglicher Art.²⁷⁹ Vor wichtigen Ereignissen wie Weihnachten oder Parteitagen ließ die DDR-Führung regelmäßig sog. „Festtagsimporte“ durchführen, um die Regale des Einzelhandels zu füllen. Diese kurzzeitigen Maßnahmen konnten jedoch auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Versorgungslage grundsätzlich nicht den Ansprüchen der Bevölkerung entsprach.

Ein besonderes Ärgernis für die DDR-Bürger stellte der Erwerb eines Autos dar. Für PKW aus eigener Produktion, deren Qualität deutlich unter der von Importfahrzeugen lag, waren Wartezeiten von 15 Jahren üblich.

²⁷⁵o. V., Fakten, Bl. 366.

²⁷⁶Steiner, Plan, S.215.

²⁷⁷Ministerrat, Hinweise, Bl.124.

²⁷⁸Zum Ursprung dieser Legende, vgl. Roesler, Umbruch, S.30.

²⁷⁹Ministerrat, Hinweise, Bl.124; Schneider, Gernot: Lebensstandard und Versorgungslage, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den achtziger Jahren, Opladen 1999, S.111-130, S.112.

Ersatz für die verschleißanfälligen Autoteile waren gegen Ende der achtziger Jahre kaum mehr zu bekommen. Der Ministerrat: *„Außerordentlich heftige und scharfe Reaktionen, teilweise verbunden mit abwertenden Äußerungen über die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft der DDR, werden fortgesetzt ausgelöst durch die sich ständig verlängernden Wartezeiten beim Neuerwerb von Pkw [...] sowie durch das sich weiter verschlechternde Angebot an Kfz-Ersatzteilen. [...] Vielfach wird argumentiert, es sei unverständlich, daß die DDR - obwohl sie zu den zehn stärksten Industrienationen der Welt zählt - dieses Problem nicht lösen könne.“*²⁸⁰

Besonders groß war die Nachfrage auch nach moderner Unterhaltungselektronik und modischer Bekleidung. Der DDR-Führung war selbst bewusst, dass die eigene Unterhaltungsindustrie und die aus den RGW-Partnerstaaten bezogenen Produkte international nicht konkurrenzfähig waren. Ihre Absatzfähigkeit war selbst auf den heimischen Märkten stark eingeschränkt.²⁸¹ Die Unterhaltungselektronik aus der DDR-Herstellung konnte weder quantitativ noch qualitativ den Ansprüchen der DDR-Bevölkerung genügen. Diese verlangte stattdessen moderne, aus dem Westfernsehen bekannte Güter wie Videorekorder, Unterhaltungcomputer und Stereo-Geräte, die lediglich unter Ausnutzung von Westkontakten erhältlich waren. Auch bei Bekleidungsartikeln orientierte sich der Geschmack der Bevölkerung an westlichen Vorbildern. Das DDR-Sortiment an Oberbekleidung war jedoch aufgrund der inflexiblen Produktion und der nicht ausgebildeten Marktforschungsaktivitäten der Betriebe nicht an die Wünsche der Konsumenten angepasst.

Obwohl das Angebot an Gütern und die Einzelhandelsumsätze während des letzten Planjahrhunderts ständig stiegen, nahm die Bevölkerung die Versorgungssituation als sich verschlechternd wahr. Während die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln bis auf Ausnahmen in der Fleisch- und Gemüseversorgung²⁸² gewährt blieb, konnte die angebotenen Produkte nicht mit den gesteigerten Konsumwünschen standhalten. Die DDR-Führung bemühte sich intensiv um die Verbesserung der Versorgungslage, aufgrund der angespannten Verschuldungssituation konnten jedoch nur vereinzelt Sonderim-

²⁸⁰Ministerrat, Hinweise, Bl.125.

²⁸¹Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.23.

²⁸²MfS, Versorgung, Bl.4.

porte durchgeführt werden. Im Zuge des Verfalls der Produktionsanlagen nahm die Qualität der DDR-eigenen Produkte zunehmend ab und genügten nicht mehr den Ansprüchen der Bevölkerung. Die Versorgungssituation blieb somit angespannt und konnte sich Ende der achtziger Jahre nicht verbessern: *„Die geplanten und 1989 auf einigen Gebieten erreichten Fortschritte bei der Verbesserung des materiellen Lebensniveaus der Bevölkerung waren politisch und sozialökonomisch wenig wirksam, weil sie von Stagnation und Verschlechterungen auf anderen Gebieten begleitet wurden.“*²⁸³

Die Bevölkerung reagierte pragmatisch auf die schlechte Versorgungssituation. Waren wurden nicht dann gekauft, wenn sie gebraucht wurden, sondern dann, wenn sie verfügbar waren. Die Folge waren Vorratskäufe von neueingetroffenen Gütern. Wurden diese Produkte nicht sofort gebraucht, wurden sie gehortet oder als Tauschobjekte benutzt. Ein ständiges Problem stellte hierbei das unerlaubte Verlassen der Arbeitsplätze dar. Um bestimmte Waren zu erhalten, fanden sich viele Konsumenten bereits frühzeitig vor den Geschäften ein. Der Verlust an Arbeitszeit wurde dabei oftmals von den Betrieben geduldet, um nicht selbst zur Zielscheibe von Kritik zu werden. Dem Ministerrat lag hierbei folgende Information vor: *„Bei Warenlieferungen, vor allem bei modischen Textil- und Schuhwaren, bilden sich sofort lange Käuferschlangen. Vielfach verlassen Werktätige ihre Arbeitsplätze zu Einkäufen. Die dadurch entstehenden Ausfallzeiten werden als erheblich bewertet.“*²⁸⁴

Als gegen Ende der achtziger die Regale immer häufiger leer blieben, reagierte die Bevölkerung zunehmend kritischer auf diese Missstände. Aggressive Meinungsäußerungen von Konsumenten häuften sich: *„Unzufriedenheit und zum Teil offen geäußertes Mißfallen unter breitesten Kreisen der Bevölkerung über die sich nach deren Auffassung weiter verschärfenden Probleme im Bereich Handel und Versorgung wachsen weiter an. Mitarbeiter des Handels, insbesondere Verkaufspersonal, verweisen auf ein zunehmend aggressiveres Auftreten der Kunden beim Nichterhalt gewünschter Waren.“*²⁸⁵ Wie schwer die mangelnde Versorgung im Fokus der Politik stand lässt sich auch daran ablesen, dass als eine der ersten Maßnahmen der Regierung Krenz trotz der

²⁸ Wirtschaftskomitee, Interne Analyse, S.19.

²⁸⁴Ministerrat, Hinweise, Bl.125.

²⁸⁵Ebd, Bl.124.

finanziellen Krise der Sofortimport von Kaffee angeordnet wurde, womit man sich erhoffte den Druck der Straße zu lindern.²⁸⁶

Die schlechte Versorgungssituation der DDR war eine direkte Konsequenz der zentralen Wirtschaftsplanung, die keinerlei Anreizsetzung für ein marktorientiertes Angebot bot. Die DDR litt dabei nicht an der Nichtverfügbarkeit von lebensnotwendigen Waren, sondern daran, dass sie den gestiegenen Konsumwünschen ihrer Bevölkerung nicht befriedigen konnte. Durch den Zugang zu westdeutschen Medien orientierten sich die DDR-Bürger zunehmend an der westlichen Konsumkultur. In den letzten Jahren ihrer Existenz war die Versorgungslage von Stagnation gekennzeichnet. Durch das Aufblähen der Geldmenge und der Beibehaltung des festen Preissystems erhöhte sich der Kaufkraftüberhang zunehmend. Die Bürger, deren Einkommen in den letzten Jahren trotz des abnehmenden Wirtschaftswachstums weiter überdurchschnittlich gestiegen waren, standen immer öfter vor leeren Regalen. Bei der Versorgungslage scheiterte die DDR letztlich an ihrem eigenen Selbstverständnis, einer der zehntgrößten Industriestaaten der Welt zu sein.

4.2.7 Umweltsituation

Die mit der ökonomischen Strategie eingeleitete intensivierete Nutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten schloss auch die natürlichen Ressourcen mit ein. Die erhöhte Produktion hatte den steigenden Verbrauch der Bodenschätze zur Folge und erhöhte den Ausstoß von Schadstoffen, ohne dass die Entwicklung der Umwelttechnologie diesem Tempo folgen konnte. Ende der achtziger Jahre hatte diese Entwicklung dazu geführt, dass die DDR zu einem der am stärksten belasteten Staaten Europas zählte und die natürlichen Lebensgrundlagen empfindlich und langfristig gestört wurden.

In der DDR entwickelte sich bereits in den sechziger Jahren ein Problembewusstsein in Bezug auf Umweltfragen. Der Schutz der Umwelt fand als Staatsziel Einzug in die DDR-Verfassung von 1968, die den Staat zum

²⁸⁶o.V., Getroffene Entscheidungen, Bl.40.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtete.²⁸⁷ Eine Maßnahme dazu war die Gründung des Umweltministeriums 1972.²⁸⁸

Trotzdem spielte der Umweltschutz für die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger eine untergeordnete Rolle und musste hinter anderen wirtschaftlicher Zielen, insbesondere hinter dem Erhalt der Zahlungsfähigkeit, zurückbleiben. Der Anteil der Investitionen in den Umweltschutz betrug in den achtziger Jahren nur ca. 0,5% des produzierten Nationaleinkommens und blieb damit weit hinter den westlichen Industriestaaten zurück.²⁸⁹ Die sich verschlechternde Umweltlage der achtziger Jahre war für die DDR-Bevölkerung eindeutig zu erkennen und führte zur Gründung von unabhängigen Umweltgruppierungen, die von den Behörden teilweise massiv überwacht und verfolgt wurden.²⁹⁰ Das wahre Ausmaß der Umweltschäden wurde aber erst nach der Wende deutlich. Berichte über den Zustand der Umwelt blieben aus Angst vor ökologisch motivierten Protesten stets vertraulich und gelangten nicht an die Öffentlichkeit.²⁹¹

Der Grad der Umweltschädigung war regional stark unterschiedlich und konzentrierte sich vor allem auf die Industriezentren des Südens, während der bevölkerungsarme und landwirtschaftlich geprägte Norden weniger stark belastet war.²⁹² Insgesamt lässt sich die Umweltsituation der DDR an drei gra-

²⁸⁷ Artikel 15 der DDR-Verfassung dazu:

„1 Der Boden der Deutschen Demokratischen Republik gehört zu ihren kostbarsten Naturreichtümern. Er muß geschützt und rationell genutzt werden. Land- und forstwirtschaftlich genutzter Boden darf nur mit Zustimmung der verantwortlichen Organe seiner Zweckbestimmung entzogen werden.

2 Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheit der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers.“

²⁸⁸ Buck, Hannsjörg F.: Umweltpolitik und Umweltbelastung, in: Kuhr, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S.224.

²⁸⁹ Kusch, Günter u.a.: Schlußbilanz DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, S.70; Statistisches Jahrbuch, S.14f sowie S.146.

²⁹⁰ Jordan, Carlo: Umweltzerstörung und Umweltpolitik in der DDR, in: Deutscher Bundestag: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. III), S.1771 und S.1788.

²⁹¹ Buck, Umweltpolitik, S.226.

²⁹² Haase, Einführung, S.30.

vierenden ökologischen Problemen beschreiben, die sich auf die Verschmutzung der Luft, des Bodens sowie der Gewässer beziehen.

Die Belastung der Luft mit Schadstoffen war eines der drängendsten Probleme des Umweltschutzes. Die DDR emittierte Ende der achtziger Jahre über 5 Mio. Tonnen Schwefeldioxid und war damit der am stärksten belastete Staat Europas. Die Schwefeldioxidbelastung pro Einwohner betrug 1988 das achtfache des Werts in der Bundesrepublik.²⁹³ Ebenso deutlich war die Verschmutzung der Luft bei Staub, Kohlenwasserstoff und Stickoxid-Gasen, deren Ausstoß pro Kopf weit über den Ländern Westeuropas lag. Die DDR widersetzte sich damit einem internationalen Trend. Während der Ausstoß von Schadstoffen in den westlichen Industrieländern seit den siebziger Jahren zurückgegangen war, stieg die Luftbelastung in der DDR im Zuge der Intensivierung und insbesondere der Heizölablösung in den achtziger Jahren an.

Die Schadstoffbelastung der Luft konzentrierte sich dabei auf die Industrieregionen um die Städte Cottbus, Frankfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt und Leipzig, in der ca. 70% aller Emmissionen freigesetzt wurden und 3,6 Mio. Menschen lebten.²⁹⁴ Besonders belastet waren die Braunkohlegebiete um Leipzig und Borna. Aufgrund der massiven Luftbelastung beschloss der Ministerrat am 1.2.1990 eine „*Konzeption zur spürbaren Verbesserung der Umweltbedingungen in den Ballungszentren des Bezirks Leipzig*“²⁹⁵ und berichtete dabei über die Umweltzustände dieses Gebietes. In Leipzig betrug die Staubbelastung das zehnfache, der Schwefeldioxidausstoß gar das dreizehnfache des DDR-Durchschnitts. In der Stadt und dem Landkreis Leipzig sowie dem Kreis Borna waren „100% der Bevölkerung [...] über die zulässigen Grenzwerte belastet.“²⁹⁶ Ebenfalls schwere Belastungen traten in den Zentren der Chemie- und Viskoseproduktion auf, von denen einige auf Basis von UN-Grenzwerten als unbewohnbar hätten eingestuft werden müssen.²⁹⁷

²⁹³ Gutmann, Gernot: Das Ende der Planwirtschaft in der DDR, Tübingen 1990, S.13.

²⁹⁴ Buck, Umweltpolitik, S.225.

²⁹⁵ Ministerrat: Beschluß zur Konzeption zur spürbaren Verbesserung der Umweltbedingungen in den Ballungszentren des Bezirkes Leipzig, 1.2.1990, BArch DC 20/I/3 2905.

²⁹⁶ Ministerrat, Konzeption, S.6.

²⁹⁷ Kusch, Schlußbilanz, S.70.

Die schlechte Luftqualität hatte für die in den Industriegebieten lebenden Menschen direkte gesundheitliche Konsequenzen. Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen waren Folgen der hohen Schadstoffbelastung, die vor allem Kinder betrafen. Im Kreis Leipzig wurde eine „Zunahme der Atemwegserkrankungen und der Sterberate nachgewiesen.“²⁹⁸ In Pirna lag der Ausstoß an Schwefelkohlenstoff und Schwefelwasserstoff um das dreizehnfache höher als der Durchschnitt der DDR. Hauptursache war zu 85% die Viskoseseidenproduktion des VEB Kunstseidenwerk „Siegfried Rädels“. Dies entsprach einer fünf bis sechsfachen Überschreitung der zulässigen Grenzwerte.²⁹⁹ Folge waren auch hier gesundheitliche Probleme der Bevölkerung, bei der zunehmend chronische Entzündungen der Atemwege und allergische Hauterkrankungen auftraten. Belastete Gruppen waren hier vor allem Kinder und das ungeborene Leben, denen die Schadstoffe besonders stark zusetzten.³⁰⁰ Daneben hatte die schlechte Luftqualität auch Auswirkungen auf die Wälder der DDR. Allein innerhalb von fünf Jahren stieg der Anteil der geschädigten Waldflächen von 19% auf über 54% Prozent im Jahre 1989 an.³⁰¹

Hauptursache für die außerordentlich hohe Luftverschmutzung war der Ausbau der Braunkohlekraftwerke im Zuge der Erdölablösung zu Beginn der achtziger Jahre, die ohne Modernisierungen und Investitionen in die Abgastechnik erfolgt war. Der durch die Intensivierung der Wirtschaft gestiegene Energiebedarf und die katastrophale Energieeffizienz der DDR-Industriebetriebe erforderten die Verfeuerung immer größerer Mengen an Braunkohle. Die Energieerzeugungsanlagen stießen insgesamt ca. 79% aller SO₂-Emissionen aus, die privaten Haushalte, die noch überwiegend mit Braunkohle beheizt wurden, etwa 7%. Daneben waren die Kraftwerke für 55% des Staubausstößes verantwortlich.³⁰²

Bei der Technik zur Luftreinhaltung war die DDR weit hinter die westlichen Industrieländer zurückgefallen. Die Luftfilter in den Energieerzeugungs-

²⁹⁸Ministerrat, Konzeption, S.6.

²⁹⁹Ministerrat der DDR: Entscheidungsvorschläge zur Reduzierung der Schadstoffbelastung im VEB Kunstseidenwerk „Siegfried Rädels“ Pirna, 22.1.1990, BArch DC 20/I/3 2905, S.3f.

⁰⁰Ministerrat, Entscheidungsvorschläge, S.5.

⁰¹Kusch, Schlußbilanz, S.72; Statisches Jahrbuch, S.149.

⁰²Buck, Umweltpolitik, S.229-232.

anlagen und Fabriken waren veraltet und unzureichend. Mit dem allgemeinen Rückgang der produktiven Akkumulation in den achtziger Jahren verringerten sich auch die Investitionen in die Umwelttechnik.³⁰³ Insbesondere der schlechte Zustand der Bauindustrie wirkte sich negativ aus, da Baukapazitäten für den Umweltschutz nur eingeschränkt verfügbar waren.³⁰⁴ Die Kraftwerke in der DDR waren zum größten Teil stark veraltet. 1989 waren manche Anlagen bereits mehr als 80 Jahre alt und hatten die technisch zulässige Betriebszeit schon überschritten.³⁰⁵ Diese Anlagen hatten zum Teil überhaupt keine Entstaubungsanlagen, sondern stießen die Abgase ungefiltert aus. Aber auch neue Anlagen, die im Zuge der Energie-Umstellung auf Braunkohle gebaut wurden und ca. 50% der Kraftwerksleistung der DDR ausmachten, blieben hinter der westlichen Technik zurück.³⁰⁶ In vielen Fällen konnte aufgrund der geringen Investitionen selbst die einfache Reproduktion der Entstaubungsanlagen nicht gesichert werden, d.h. dass nötige Reparaturmaßnahmen nicht mehr ausgeführt werden konnten und der Verschleiß der Anlagen zunahm.³⁰⁷ Der Verschleißgrad der Ausrüstungen der Kraftwerke erhöhte sich im Zeitraum von 1980 bis 1988 von 37,7% auf 48,1%.³⁰⁸ Auch im Kunstseidenwerk „Siegfried Rädels“ waren Anlagen und Technik bereits so stark veraltet, dass Modernisierungen ökonomisch und ökologisch nicht mehr sinnvoll waren. Der Ministerrat berichtete im Januar 1990, dass „selbst mit einem hohen Investaufwand maximal eine Schadstoffverringerung um 20% möglich ist.“ Stattdessen ordnete er eine sofortige Reduzierung der Produktion und stufenweise Stilllegung des Werkes bis zum 1.1.1991 an.³⁰⁹

Die Energieumstellung auf Braunkohle hatte jedoch nicht nur negative Wirkungen auf die Luftreinheit, sondern belastete auch die Bodenqualität der DDR und hatte gravierende Folgen für das Landschaftsbild der DDR. Durch die massive Ausweitung des Braunkohleabbaus trotz schlechter wer-

⁰ Statistisches Jahrbuch 1990, S.146.

⁰⁴ Ministerrat, Konzeption, S.4.

⁰⁵ Kleine, Planorientierung, Bl.18f.

⁰⁶ Buck, Umweltpolitik, S.229.

⁰⁷ Ministerrat, Konzeption, S.6.

⁰⁸ Kusch, Schlußbilanz, S.71.

⁰⁹ Ministerrat, Entscheidungsvorschläge, S.4-5.

dender Abbaubedingungen³¹⁰ gingen bisher land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in großem Ausmaß verloren. Im Zeitraum zwischen 1976-1988 wurden der Landwirtschaft ca. 42.500 ha Nutzfläche durch den Braunkohlebau entzogen.³¹¹ Durch das Absinken des Grundwassers in Abbaugebieten kam es außerdem zu einer Beeinträchtigung der Pflanzenproduktion und die umliegenden Flächen verödeten.³¹²

Gleichzeitig blieb die Rekultivierung der Abbaugebiete unzureichend. Im Bezirk Leipzig wurden von 1986-1988 jährlich zwischen 630 und 740 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entzogen, jedoch nur 400 bis 450 ha für eine Folgenutzung zurückgegeben. Äcker und Felder mussten aufgrund der abnehmenden Effizienz des Bergbaus immer größeren Abbauflächen weichen. Insgesamt betrug das Rückgewinnungsverhältnis dort lediglich 31%,³¹³ DDR-weit im letzten Planjahrfünft 43%. Die restlichen Abbauflächen blieben als Kraterlandschaften unbenutzbar zurück.³¹⁴

Die Bodenqualität der DDR litt zudem unter dem Missbrauch der Landschaft als Abladeplatz für Hausmüll, Industrieabfälle, Bauschutt und Sondermüll. 1989 beliefen sich die unbewältigten Entsorgungsaufgaben allein bei Hausmüll auf 39.081.000 Kubikmeter.³¹⁵ Flächenversiegelung durch den Bau von Großsiedlungen in der Peripherie der Städte und deren verkehrstechnische Erschließung führte dazu, dass immer weniger landwirtschaftlich nutzbare Fläche zur Verfügung stand.³¹⁶

Als weiteres schwerwiegendes Umweltproblem sah sich die DDR Ende der achtziger Jahre einer bedrohlichen Verschmutzung ihrer Gewässer ausgesetzt. Die DDR gehörte zu den wasserärmsten Staaten Europas und litt in trockenen Jahren unter Wasserknappheit. Aufgrund dieser Knappheit mussten die natürlich vorhandenen Wasserressourcen durchschnittlich vier- bis

¹⁰Der Aufwand für die Förderung einer Tonne Rohbraunkohle stieg von 1980 bis 1988 von 7,70 M auf 12,20 M, vgl. Kusch, Schlußbilanz, S.35.

¹¹Ministerrat, Konzeption, S.6.

¹²Buck, Umweltpolitik, S.235.

¹ Ministerrat, Konzeption, S.6.

¹⁴Buck, Umweltpolitik, S.236.

¹⁵Buck, Hannsjörg F.: Umwelt und Bodenbelastungen durch die SED-Agrarpolitik, in Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Am Ende des realen Sozialismus, Bd. IV), Opladen 1999, S.456 und 466.

¹⁶Buck, Umwelt und Bodenbelastungen, S.427.

sechsmal entnommen, genutzt und nach der Reinigung wieder in die Fließgewässer eingeleitet werden. Trotz der begrenzten Ressourcen wurde die Wasserreinheit vernachlässigt, was zu einer katastrophalen Umweltsituation der Flüsse und Gewässer in der DDR führte.³¹⁷

Ähnlich wie bei den Entstaubungsanlagen war auch die Abwassertechnik der ostdeutschen Betriebe völlig unterentwickelt und zu großen Teilen bereits verschlissen. Eine Abwasserbehandlung nach westlichen Standards war somit unmöglich. In vielen Industriebetrieben existierte sogar keinerlei Aufbereitung der Abwasser, so dass die Schadstoffe direkt in die Fließgewässer geleitet wurden. Dies war vor allem in der chemischen Industrie, dem Kalibergbau und der metallverarbeitenden Industrie der Fall, die ihr Abwasser ohne jede Behandlung an das Ökosystem abgaben. Neben der allgemein unzureichenden Abwasserbehandlung häuften sich in den Industriebetrieben technische Havarien, die immer wieder zu Vergiftungen der benachbarten Flüsse und Seen führte. Ursache waren auch hier unzureichende technische Standards aufgrund ausgebliebener Investitionen in die Umwelttechnik. In vielen Betrieben wurde ohne Rücksicht auf ökologische Folgen mithilfe von Ausnahmegenehmigungen über Sicherheitsstandards hinweg gegangen.³¹⁸

Das Problem verschärfte sich dadurch, dass nur 57% der Haushalte an Kläranlagen angeschlossen waren, während in der Bundesrepublik diese Zahl über 90% betrug.³¹⁹ Die Klärsysteme der Städte waren dabei überwiegend bereits veraltet und wiesen technische Mängel auf. Einzelne Klärwerke wie das in Dresden waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg erbaut worden und erreichten nur noch geringe Reinigungsleistungen. Auch die zu DDR-Zeiten errichteten Anlagen wiesen aufgrund von mangelnder Qualität überwiegend bauliche Schäden auf. Sie basierten überwiegend auf mechanischer, teilweise auch biologischer Reinigung, während nur wenige Kläranlagen mit modernen chemischen Reinigungsverfahren arbeiteten. Von den 36.000 km Abwasserkanälen wiesen bei der Wende ca. zwei Drittel bauliche Schäden auf, die jährlich etwa 30.000 Havarien zu verzeichnen hatten. Besonders in den Großstädten der industriellen Ballungsgebiete waren die Klärwerke den wachsen-

¹⁷Buck, Umweltpolitik, S.239.

¹⁸Ministerrat, Konzeption, S.4.; Buck, Umweltpolitik, S.243f.

¹⁹Gutmann, Ende, S.13.

den Massen von Abwässern nicht mehr gewachsen, so dass nur noch 14% nach modernen Maßstäben wiederaufbereitet werden konnten.³²⁰

Folge der massiven Schadstoffeinträgen waren großflächige Schädigungen der Seen und Fließgewässer in der DDR. Die Elbe und viele ihrer Zuflüsse waren zu „*Industriekloaken*“³²¹ verkommen, die den Großteil der Schadstoffe der DDR-Industrie über die Bundesrepublik in die Nordsee abführte. Besonders stark belastet war auch die Mulde, die ein Großteil der Abwässer der Industriegebiete um Zwickau, Dessau und Bitterfeld aufnahm,³²² während Werra und Saale durch salzhaltige Abwässer des Kalibergbaus verschmutzt wurden.³²³ Nahe der großen Chemiekombinate waren die Flüsse zum Teil so stark durch Giftstoffe verschmutzt, dass sogar Boote diese Stellen nicht mehr passieren durften. Von den klassifizierten Flussstrecken der DDR waren 47% biologisch abgestorben und nicht mehr zu einer Selbstreinigung fähig. Von den stehenden Gewässern galten 1990 nur noch etwa 1% als ökologisch intakt.³²⁴

So verstärkte sich das aufgrund der ohnehin geringen Wasserressourcen bestehende Problem der Trinkwasserversorgung. So konnten nur noch aus ca. 15% der Fließgewässer ohne oder nur mit geringer Aufbereitung Rohwasser zur Herstellung von Trinkwasser entnommen werden. Der Rest der Gewässerstrecken war aufgrund der hohen Schadstoffbelastung maximal zur Verwendung als Kühl- und Bewässerungswasser oder überhaupt nicht mehr einsetzbar.³²⁵ So bedrohten die von den Chemiekombinaten in Bitterfeld und Leuna in die Mulde eingeleiteten Abwässer die Trinkwasserversorgungsanlagen der anliegenden Städte.³²⁶

Die DDR musste sich deshalb damit behelfen, zur Herstellung von Trinkwasser auf Grundwasser zurückzugreifen. Dieses wiederum war selbst in vielen Gebieten belastet. Infolge der Intensivierung der industriell geprägten Landwirtschaft gelangten durch Düngung und Massentierhaltung Nitrate,

²⁰Buck, *Umweltpolitik*, S.243.

²¹Ebd., S.244.

²²Ministerrat, *Konzeption*, S.6.

² Gutmann, *Ende*, S.13.

²⁴Statistisches Jahrbuch 1990, S.151; Buck, *Umweltpolitik*, 240-242.

²⁵Buck, *Umweltpolitik*, S.241.

²⁶Ministerrat, *Konzeption*, S.6.

Phosphate und Pflanzenschutzmittel in das Grundwasser.³²⁷ Die Industriebetriebe belasteten die Böden zudem mit Altölen, Schwermetallen und anderen chemischen Schadstoffen. Eine weitere Quelle der Grundwasserverschmutzung war der bauliche Zustand der kommunalen Abwasserkanalisation. Die überwiegend veralteten Kanäle der Städte und Gemeinden wiesen technische Mängel auf und leiteten bei Havarien die Abwässer der privaten Haushalte in das Grundwasser.³²⁸ In Kombination mit den ebenfalls veralteten Trinkwasseraufbereitungsanlagen konnte die Trinkwasserqualität deshalb in großem Ausmaß nicht gewährleistet werden. Insgesamt wurde ca. die Hälfte aller Einwohner mit Trinkwasser versorgt, das selbst den weniger strengen Reinheitsnormen der DDR zumindest zeitweise nicht genügte. 1989 erhielten über 1,2 Millionen Menschen Wasser, das mit Nitrat belastet war.³²⁹

Die Intensivierungspolitik der achtziger Jahre hatte für die Natur die selben Folgen wie in der Industrie. Genauso wie bei den Maschinen und Anlagen war der „Verschleiß“ der Naturressourcen bereits stark fortgeschritten. Dabei setzte sich auch hier der Trend fort, dass sich die Situation nicht besserte, sondern immer mehr verschlechterte. Die Umwelttechnik der DDR war bereits in den achtziger Jahren veraltet und zu großen Teilen verschlissen. Durch die Investitionsschwäche der DDR konnten Ersatzinvestitionen nicht mehr durchgeführt werden, veraltete Anlagen wurden trotzdem weiter betrieben. Dies wurde insbesondere in der Energiewirtschaft deutlich, wo ca. die Hälfte der Kraftwerksanlagen bereits vollständig abgeschrieben war. Trotz des äußerlichen Bekenntnis und der Verankerung in der Verfassung wurde Umweltschutz von der SED-Führung nie richtig ernst genommen. Die Erfüllung der Jahrespläne genoss gegenüber Umweltfragen immer Priorität, um kurzfristigen Erfolg zu erreichen. Ein langfristiges Konzept zur nachhaltigen Nutzung der Naturressourcen gab es nicht.³³⁰ Dies führte dazu, dass Boden, Luft und Gewässer der DDR zunehmend verschmutzt und die Lebensräume zerstört wurden. Die Umweltzerstörung ging einher mit einer Verschlechterung

²⁷Jordan, Umweltzerstörung, S.1773.

²⁸Buck, Umweltpolitik, S.246f.

²⁹Statistisches Jahrbuch 1990, S.152.

⁰Buck, Hannsjörg F.: Umweltbelastungen durch Müllentsorgung und Industrieabfälle, in Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S.456.

rung der Lebensqualität der Bevölkerung, die im Zusammenhang mit der starken Luft- und Wasserverschmutzung auch gesundheitlich gefährdet wurde. Die SED-Wirtschaftspolitik führte letztendlich dazu, dass die DDR zu einem der stärksten belasteten Staaten Europas zählte.

5 Kritische Diskussion

5.1 War die DDR bankrott?

Die „*Pleite*“ oder der „*Bankrott*“ der DDR-Wirtschaft wird oftmals mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem Ausland begründet, die laut Aussagen führender Kräfte der DDR unmittelbar bevorstand. Dagegen spricht die Tatsache, dass die DDR auch nach Öffnung der Grenzen, also unter unvergleichbar schwierigeren ökonomischen Bedingungen, die Zahlungen an ausländische Kreditgeber bis ins Jahr 1990 erfüllen konnte. Deshalb soll an dieser Stelle untersucht werden, ob die DDR tatsächlich überschuldet war und ihr kurz- oder langfristig die Zahlungsunfähigkeit drohte.

Neuere Untersuchungen haben gezeigt, dass die Auslandsverschuldung aufgrund der verworrenen Informationsstände innerhalb der DDR-Führung nicht so hoch war, wie von vielen Entscheidungsträgern angenommen. Nach der Analyse aller Devisenreserven kommt die Bundesbank zu dem Schluss, dass die Guthaben noch mindestens anderthalb Jahre ausgereicht hätten, um das Niveau der Importe zu halten.³³¹ Die DDR stand also Ende 1989 nicht direkt vor der Zahlungsunfähigkeit und war dies bis zur Wiedervereinigung nicht.

Die Ver- bzw. Überschuldung eines Staates aber allein aus der Höhe der Verbindlichkeiten zu folgern, greift zu kurz. Vielmehr ist die Art und Struktur der aufgenommenen Kredite entscheidend. Zu unterscheiden ist hier zwischen „produktiven“ Darlehen investiver Art und einer Verschuldung zur Erhöhung des eigenen Konsums. Kurzfristige Verschuldung im Ausland dient vor allem dem Ausgleich von Handelsdefiziten, die durch die Schwankungen von Produktionsmengen und Preisen notwendigerweise entstehen, ohne dass dadurch das langfristige Außenhandelsgleichgewicht gestört würde. Jedoch ist auch eine längerfristige Verschuldung nicht unbedingt ein Zeichen von wirtschaftlicher Schwäche. Ein stetiger Importüberschuss kann im Rahmen der Strategie der Importsubstitution gerechtfertigt sein, solange die aufgenommenen Kredite mit einer Rentabilität investiert werden, die höher als der Marktzinssatz liegt. Diese Strategie, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

¹Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.58.

von vielen Entwicklungsländern mit unterschiedlichen Erfolgen verfolgt wurde³³², zielt darauf ab, zunächst moderne Investitionsgüter zu importieren um damit zukunftsträchtige Industriezweige zu entwickeln. Um die jungen Industrien vor der Konkurrenz des Weltmarkts zu schützen, werden im Gegenzug der Import von Gütern dieses Zweiges durch staatliche Maßnahmen stark verteuert oder komplett unterbunden. Ziel ist es, dass diese *infant industries* nach der erfolgreichen Entwicklung durch Ausnutzung komparativer Vorteile konkurrenzfähige Produkte herstellen und diese auf dem Weltmarkt anbieten. Durch die folgenden Exporterlöse soll dann die anfängliche Verschuldung abgebaut werden.³³³

Genau diese Strategie verfolgte die DDR ansatzweise bereits in den sechziger Jahren unter Ulbricht. Die Importsubstitution kann so zumindest einen Teil der aufgelaufenen Auslandsverschuldung der DDR erklären. Mit dem Amtsantritt Honeckers als Erster Sekretär erhöhte sich der Import von modernen Kapitalgütern aus dem Westen und hatte auch teilweise Erfolg. Besonders der Aufbau der erdölverarbeitenden Industrie verschaffte der DDR Deviseneinnahmen und war lange Zeit die rentabelste Exportindustrie. Durch die Ausnutzung der günstigen RGW-Bezugspreise konnten die Mittel zur Tilgung der Importschulden deshalb schnell wieder erwirtschaftet werden. Den Höhepunkt erreichte diese Strategie mit dem Mikroelektronik-Programm. Obwohl dieser Bereich dem COCOM-Embargo unterlag, wurden illegalerweise massiv Fertigungsanlagen vor allem aus Japan importiert. Das Mikroelektronik-Programm scheiterte jedoch auf ganzer Linie. Die DDR konnte aufgrund ihres Lenkungssystems und der kaum vorhandenen Arbeitsteilung nicht annähernd so effizient produzieren wie die Länder, aus denen sie die Anlagen importierte. Die aufgenommen Kredite konnten deshalb nicht vollständig durch den Export mikroelektronischer Produkte zurückgezahlt werden.

Insgesamt bleibt also festzuhalten, dass die Schulden der aus den investiven Kredite entstanden, nicht produktiv genug waren, um sich durch die

²In den Wirtschaftswissenschaften gilt diese Entwicklungsstrategie im wesentlichen als gescheitert. In vielen mittel- und südamerikanischen Staaten, wie etwa in Chile, wurde die importsubstituierende Industrialisierung Mitte des 20. Jahrhunderts erfolglos abgebrochen. Am ehesten erfolgreich war sie in abgeänderter Form in Ostasien, etwa in Südkorea.

Krugman, Paul R./Maurice Obstfeld: International Economics, Boston ⁴1997, S.270f.

eigenen Investitionen zu tilgen. Die in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre bei der Erdölindustrie erzielten Erfolge ließen sich in im letzten Fünfjahresplan nicht wiederholen. Die Verschuldung aus dem Mikroelektronikprogramm musste deshalb aus anderen Mitteln aufgebracht werden und bedeutete eine große Belastung. Weit problematischer noch stellte sich die Verschuldung zum Zwecke der Konsumtion dar, die laut Planungschef Schürer für den größten Teil der aufgelaufenen Verbindlichkeiten verantwortlich war.³³⁴ Kredite, die direkt zur Erhöhung des Verbrauchs verwendet werden, müssen notwendigerweise durch Konsumverzicht bzw. durch Kürzung von Investitionen in der Zukunft zurückgezahlt werden. Dabei erhöhte sich durch die Verzinsung der zur Tilgung notwendige Aufwand, je länger er zeitlich hinausgeschoben wurde. Folglich stieg die Nettoverschuldung im Zeitraum zwischen 1985 und 1990 beständig an.³³⁵

Zusammenfassend war der größte Teil der Kredite der DDR nicht produktiv angelegt, sondern diente zur Erhöhung des Konsums oder resultierte aus fehlgeschlagenen Investitionsprojekten. Die Tilgung dieser Schulden war also einzig allein durch die Verzicht an anderen Stellen möglich. Zwar konnte die DDR 1989 noch die Zins- und Tilgungszahlungen leisten, doch wurde durch die ständige Umschuldung das Problem nur in die Zukunft verschoben. Wenn auch die Höhe der Verschuldung nicht zwangsweise den Bankrott der DDR determiniert, so weist doch die Struktur der Verbindlichkeiten eindeutig auf eine Überschuldung hin, die bei einem weiteren Ansteigen in der Zukunft nicht mehr beherrschbar gewesen wäre. Dies wird auch vom ehemaligen SPK-Vize Wenzel anerkannt, wenn er schreibt: *„Ohne eine Änderung der Politik wäre die Zahlungsunfähigkeit der DDR in absehbarer Zeit unausweichlich gewesen. Wann sie jedoch eingetreten wäre, ist schwer zu sagen. Im November 1989 stand sie jedoch nicht unmittelbar bevor.“*³³⁶

⁴Schürer, Zur Höhe, Bl.141f.

⁵Bundesbank, Zahlungsbilanz, S.59.

⁶Wenzel, Was war die DDR wert?, S.26.

5.2 Hatte die DDR-Wirtschaft eine Zukunft?

Die Begriffe „*Pleite*“ oder „*Bankrott*“ zielen auf eine rein finanztechnische Sicht der Wirtschaft ab. Selbst wenn die DDR wirklich zahlungsunfähig geworden wäre und Zins- und Tilgungsraten nicht mehr hätte leisten können, impliziert dies nicht direkt den Zusammenbruch der Wirtschaft. Staaten gingen im Lauf der Geschichte immer wieder bankrott, ohne dass dies zwangsläufig deren Auflösung bedeutet hätte. Genausowenig musste darauf eine Umwälzung des politischen Systems folgen, so konnten sich die kommunistischen Systeme in Polen und Rumänien auch nach deren Zahlungsunfähigkeit zu Beginn der achtziger Jahre behaupten. Dennoch ist eine Überschuldung eines von vielen Zeichen eines angeschlagenen Wirtschaftssystem und muss im Zusammenhang mit der Frage nach der Zukunftsfähigkeit der DDR-Wirtschaft berücksichtigt werden. Dazu ist es nötig ein Kriterium zu entwickeln, dass neben der rein finanziellen Perspektive auch eine gesamtwirtschaftliche Leistungsbeurteilung leisten kann. Diese Analyse muss die Situation des Kapitalbestands, des Umwelt, der Außenwirtschaft und anderer Faktoren in Betracht ziehen und prüfen, ob die Wirtschaft der DDR eine nachhaltige Grundlage für die Zukunft besaß.

Ein Wirtschaftssystem ist grundsätzlich dann stabil, wenn es so leistungsfähig ist, dass es sich selber reproduzieren und den beim Produktionsprozess entstehenden Verschleiß des Kapitalstocks kompensieren kann. In einer solchen Wirtschaft würde das Lebensniveau stagnieren. Um eine langfristige Entwicklung zu gewährleisten, muss sie ein stetiges Wachstum generieren, dass über der Abschreibungsquote liegt.³³⁷ In diesem System kann der produzierte, aber nicht konsumierte Überschuss für Investitionen verwendet werden und somit der Kapitalbestand erweitert werden. Grundlage eines kontinuierlichen Wachstums ist die ständige Implementierung von technischen Neuerungen in den Wirtschaftskreislauf, um so die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dadurch können in der selben Zeit mehr Güter produziert werden und der Wohlstand ständig wachsen.

Wendet man dieses Kriterium auf die DDR der späten achtziger Jahre an, zeigt sich ein negatives Bild. Zwar generierte die Planwirtschaft durchaus

⁷Waterkamp, Planungssystem, S.84.

beachtliche Wachstumsraten,³³⁸ doch gingen diese im Zeitablauf ständig zurück.³³⁹ Das sich abschwächende Wachstum war ein Resultat der technologischen Rückständigkeit, die wiederum eine Folge des wirtschaftlichen Systems war. Die Planwirtschaft schaffte es nicht, die für das Wirtschaftswachstum so wichtigen Innovationen zu erzeugen. Im Innern fehlten die Anreize für die wissenschaftlich-technische Entwicklung sowie deren Umsetzung in wirtschaftliche Produktionsprozesse, von außen konnten aufgrund der Schwerfälligkeit des RGW und der Abschottung zum Westen keine Wachstumsimpulse wirken. Das Resultat dieses Systems zeigte sich in der ständig abnehmenden Devisenrentabilität der DDR-Waren.

Die Wachstumsraten der Produktion in den achtziger Jahre basierten zudem zunehmend auf dem Verschleiß des Kapitalbestands und nicht auf einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Durch die intensiviert Nutzung der Produktionsanlagen konnte zwar kurzfristig der Output erhöht werden, langfristig jedoch zerstörte die DDR-Wirtschaft damit ihre eigenen Produktionsmöglichkeiten. Die Produktionshöhe reichte nicht mehr aus, um einen Überschuss für Investitionen abzuzweigen. Nicht einmal die einfache Reproduktion, d.h. das Mindestmaß an Investitionen zum Erhalt der Anlagen, konnte realisiert werden. Dadurch verfielen die Anlagen und Maschinen, der Kapitalstock nahm ab.

Insgesamt muss also festgehalten werden, dass das Wirtschaftssystem der DDR nicht in der Lage war, die für ein stabiles Wachstum benötigten Produktionsüberschüsse zu erzeugen. Wirtschaftliches Wachstum basierte in den achtziger Jahren größtenteils auf der Abnutzung des vorhandenen Kapitalstocks und nicht auf der Implementierung des technischen Fortschritts. Das Wachstum der DDR-Wirtschaft war deshalb nicht nachhaltig. Da nicht einmal der bloße Ersatz der verschlissenen Anlagen gewährleistet werden konnte, musste sich die Wachstumspotential in Zukunft immer weiter verringern. Die DDR-Ökonomie kann deshalb nicht als stabiles Wirtschaftssystem gel-

⁸Ritschl, Aufstieg, S.13.

⁹Ludwig, Udo/Reiner Stäglin: Die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz - Zur Neuberechnung von Sozialproduktsdaten für die ehemalige DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2 (1997), S.70f.

ten. Vielmehr zerstörte die DDR-Wirtschaft ihre eigenen eigenen Grundlagen und muss deshalb als nicht zukunftsfähig bezeichnet werden.

Neben dem bilanzierten Kapitalbestand, also den Produktionsanlagen in den Betrieben, müssen auch die natürlichen Ressourcen berücksichtigt werden. Die zunehmende Verschmutzung der Umwelt zerstörte die Basis der Wirtschaft und bedrohte die Lebensgrundlage der Bevölkerung. Obwohl die selbe Tendenz sicherlich auch in anderen Staaten erkennbar ist und Naturressourcen als öffentliche Güter wertmäßig nur schwer zu quantifizieren sind, kann dennoch kein Zweifel daran bestehen, dass der Grad der Schädigung im internationalen Vergleich besonders hoch war. Der Verschleiß der Natur hatte in einigen Fällen, wie etwa der Trinkwasserversorgung, bereits unmittelbar gesundheitsbedrohliche Ausmaße angenommen. Da kaum Investitionen in die Umwelttechnik getätigt wurden, zeigte sich auch hier, dass sich die Umweltsituation in der Tendenz weiter verschlechterte und auf Dauer die Lebens- und Produktionsgrundlagen zerstören würde.

Wie bereits in Kapitel 4.1 behandelt wurde, stand die DDR 1989 nicht unmittelbar vor dem Bankrott. Dennoch stellte die Auslandsverschuldung eine empfindliche Belastung dar. Die auf ständiger Umschuldung basierenden Verbindlichkeiten waren sehr kurzfristiger Natur, die bei unerwarteten Zinserhöhungen schnell zum Kollaps hätten führen können.³⁴⁰ Bereits während der Kreditkrise der achtziger Jahre hatte die DDR nur durch die Unterstützung der Bundesrepublik die Zahlungsfähigkeit erhalten können. Christa Luft, Wirtschaftsministerin der DDR von November 1989 bis März 1990, mag zu recht darauf hinweisen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung im internationalen Vergleich nicht übermäßig hoch war.³⁴¹ Dieses Argument verkennt jedoch die strukturelle Exportschwäche der DDR. Mit einer durchschnittlichen Devisenrentabilität von 0,275 hätte der Abbau der Staatsverschuldung von 27,4 Mrd. VM einen Aufwand von knapp 100 Mrd. M erfordert. Um diese Summe aufzubringen, hätte der Lebensstandard in der DDR auf Jahre hinaus deutlich gesenkt werden müssen. Bezieht man den von den von Kleine geschätzten Investitionsbedarf von 500 Mrd. M mit ein,³⁴² stellte dies die

⁴⁰Jenkis, Überlebenschance, S.300.

⁴¹Luft, Wende, S.35.

⁴²Kleine, Planorientierung, Bl.11.

DDR vor eine nahezu unlösbare Aufgabe, die ohne ausländische Hilfe wohl kaum hätte bewältigt werden können.

Vielfach wird angeführt, dass die DDR 1989 sogar weniger Schulden hatte als zu Beginn der achtziger Jahre, sie also bereits eine deutlich prekärere Situation überstanden habe. Diese von der Zahlenbasis her richtige Argumentation übersieht aber die sich Ende des Jahrzehnts immer deutlicher abzeichnenden Veränderungen der außenwirtschaftlichen Bedingungen. 1981 hatte die DDR noch durch die Ausnutzung des Differenz zwischen Weltmarkt- und RGW-Bezugspreis für Erdöl, d.h. unter Ausnutzung eines rein zufälligen Preisunterschieds,³⁴³ und der Mobilisierung aller Reserven die Verschuldungskrise noch stoppen können. Ende 1989 waren diese Chancen nicht mehr vorhanden. Der RGW befand sich da schon in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Die Sowjetunion war nicht mehr fähig und willig, ihre Satelliten-Staaten weiterhin durch Rohstofflieferungen gegen Abnahme von nicht-weltmarktfähigen Gütern zu subventionieren. Die von ihr vorangetriebene Reform, die Außenhandelspreise dem Weltmarktniveau anzupassen, bedeutete praktisch das Ende der günstigen Rohstoffversorgung der DDR. Mit den immer häufiger ausbleibenden Lieferungen aus den sozialistischen Bruderstaaten und den überraschenden Preissetzungen deutete sich das Ende des östlichen Wirtschaftsbündnis bereits an. Mit der schleichenden Auflösung des RGW verlor die DDR einerseits die günstige Basis für ihre Ressourcenversorgung und andererseits den garantierten Absatzmarkt für ihre Produkte, die größtenteils nicht auf dem Weltmarkt abzusetzen waren.

Im Bereich der außenwirtschaftlichen Einbindung muss deshalb auch hier festgestellt werden, dass die DDR in Zukunft auf erhebliche Probleme im Außenhandel gestoßen wäre. Mit Umstellung des Bündnisses auf Weltmarktpreise hätten sich die Ausgaben für die Rohstoffe kurzfristig beträchtlich erhöht, während die Abnahme der bis dahin in die osteuropäischen Bruderstaaten gelieferten Waren unsicherer erschien. Die Anpassung an Weltmarktbedingungen hätte einen enormen Aufwand notwendig gemacht, wie es sich auch an der Eingliederung der ostdeutschen Wirtschaft in das bundesrepublikanische Wirtschaftssystem nach der Wiedervereinigung gezeigt hat. Dies wäre

⁴ Wiards, Krise, S.169.

unvermeidlich mit einer Absenkung des Lebensstandards verbunden gewesen und es bleibt fraglich, ob das 1989 erreichte Niveau auf Dauer zu halten gewesen wäre. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass das planwirtschaftliche System der DDR ohne Einbindung in den RGW nicht langfristig lebensfähig gewesen wäre.

Damit bleibt festzuhalten, dass die DDR ohne Veränderungen in ihrer Wirtschaftsverfassung keine nachhaltige Perspektive für die Zukunft besaß. Daher bleibt zu prüfen, inwiefern eine Reform des zentralen Planungssystems die Situation hätte ändern können. Die Reformpläne Schürers etwa scheinen im Nachhinein eine hoffnungsvolle Alternative zu sein. Seine Vorschläge basierten darauf, zwar das System der zentralen Planung zu verändern, den Sozialismus und die Eigenstaatlichkeit der DDR aber zu erhalten. Die zentrale Planung sollte durch Elemente der Marktwirtschaft, flexiblere Preise und eine Reduzierung des Planungsaufwands die vermissten Anreize für wirtschaftliches Wachstum setzen. Dazu muss aber beachtet werden, dass eben jene Mischform zwischen Plan- und Marktwirtschaft bereits während der sechziger Jahre in der DDR erfolglos implementiert wurde. Die Ära des Neuen Ökonomischen Systems hatte gezeigt, dass marktwirtschaftliche Prinzipien ohne deren Grundlagen, nämlich Privatbesitz und unternehmerischer Freiheit, nicht die positiven Wirkungen erzielen können. Deshalb bleibt anzunehmen, dass ohne tiefgreifende Reformen des Wirtschaftssystems, die langfristig auf eine Abschaffung der sozialistischen Planwirtschaft hinauslaufen mussten, die nötigen Wachstumsraten nicht erzeugt werden konnten. Aus dem Sozialismus jedoch leitete sich die Existenzberechtigung der DDR ab. Ein zweiter deutscher marktwirtschaftlicher Staat mit einem deutlich geringeren Lebensstandard als in der Bundesrepublik hätte jeglicher politischer Rechtfertigung entbehrt. Deswegen hätte auch eine reformierte DDR keine realistische Zukunftsperspektive gehabt.

Insgesamt führt die Analyse zu dem Ergebnis, dass die DDR nicht unmittelbar bankrott war, die Zukunftsfähigkeit ihrer Wirtschaft jedoch stark angezweifelt werden muss. Das Grundproblem der DDR-Wirtschaft lag dabei in der ungenügenden Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft. Der Verfall des Kapitalstocks oder die Auslandsverschuldung waren nicht die Ursache der wirtschaftlichen Probleme, sondern Folgen der Wachstumsschwäche des

zentralplanwirtschaftlichen Systems. Die DDR-Führung befand sich hierbei in einem unlösbaren Dilemma. Bei einem Festhalten am sozialistischen Wirtschaftssystem wären die wirtschaftlichen Probleme der DDR nicht zu lösen gewesen und der Bankrott langfristig eingetroffen. Die Abschaffung des Sozialismus jedoch hätte die Existenzberechtigung des ostdeutschen Teilstaats untergraben. Somit entbehrte die DDR für die neunziger Jahre jeglicher Zukunftsperspektive und musste früher oder später scheitern.

6 Schlussbetrachtung

Dass Erich Honecker in der DDR eine „*aufblühende Wirtschaft*“ gesehen hat, lässt sich aus seiner Sicht zwar nachvollziehen, entbehrt jedoch jeder realistischen Grundlage. Vielmehr befand sich die DDR-Ökonomie 1989 in einem Prozess des Verfalls. Das sozialistische Wirtschaftssystem, gestützt auf die Prinzipien des Volkseigentums und der zentralen Planung, blieb von Anfang an hinter den Marktwirtschaften des Westens zurück, da es insgesamt zu wenig Leistungs- und Innovationsanreize und damit Wirtschaftswachstum generierte. Auch der Versuch Ulbrichts, das starre Plansystem mit marktwirtschaftlichen Elementen zu kombinieren, scheiterte und führte zu einer Rückbesinnung auf das sowjetische Modell unter Erich Honecker. Honeckers Politik der *Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik*, ein riesiges Wohlfahrtsprogramm, verschob die Ziele der Politik auf die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung. Da die Wirtschaftskraft jedoch nicht zur Deckung dieses Programms ausreichte, musste es durch Importüberschüsse aus dem Westen finanziert werden. Die sich dadurch aufbauende Auslandsverschuldung zwang die DDR zur ständigen Umschuldung und letztlich, da Konsumverzicht vermieden werden sollte, zu Kürzungen bei den Investitionen. Erst mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit und der Kreditkrise von 1981/82 änderte die DDR-Führung ihre Politik und begann ab 1982 wieder Handelsüberschüsse zu erwirtschaften. Dies ging jedoch noch stärker zu Lasten der produktiven Investitionen, was zu einem weitgehenden Verschleiß der Produktionsanlagen und der Natur führte.

Mitte der Achtziger musste die DDR deshalb nahezu hilflos zusehen, wie durch den Ölpreisverfall ihre Außenhandelsstrategie zusammenbrach. Durch Ausnutzung des Preisunterschieds im RGW hatte man seit den achtziger Jahren auf Kosten der Sowjetunion die Westverschuldung reduzieren können. Mit den Erdölprodukten fielen die einzig rentablen „NSW-wertigen“ Exportwaren weg, die übrigen Industrien der DDR-Wirtschaft waren durch den Investitionsmangel nicht mehr in der Lage, die nötigen Überschüsse zu erwirtschaften. Die Wachstumsraten und die Exportrentabilität sanken im letzten Planjahr fünf immer schneller. Der Versuch, mit der forcierten Mikroelektronisierung den technologischen Rückstand zum Westen zu überbrücken,

misslang. Stattdessen riss das Milliarden schwere, aber unter Ignorierung jeglicher Wirtschaftlichkeitskriterien durchgeführte Investitionsprogramm weitere Finanzierungslücken. Der Jahresplan 1989 konnte bereits nicht mehr bilanziert werden, das Krisenmanagement der SED glich einem ständigen Kampf gegen die Zahlungsfähigkeit. Bevor es jedoch so weit kommen konnte, brach die DDR politisch zusammen.

Der Fall der Mauer hinterließ eine DDR-Wirtschaft, die in großen Teilen bereits veraltet und verschlissen war. Der Kapitalstock wies außerhalb der Schwerpunktbereiche Verschleißraten von bis zu 66% in der Bauindustrie auf. Durchschnittlich waren in der DDR ca. ein Sechstel der Anlagen bereits vollständig abgeschrieben. Der Verschleiß des Kapitalstocks führte zu einem enormen Instandsetzungsaufwand, der Arbeitskräfte und finanzielle Mittel band und der Produktion entzog. Durch die verminderte Leistungsfähigkeit wurde die Planerfüllung immer schwieriger, die trotz Mehrarbeit der Werktätigen und der Umgehung der Sicherheitsrichtlinien nicht mehr gelang.

Die negativen Folgen des Verfalls blieben nicht nur auf die jeweiligen Betriebe beschränkt, sondern weiteten sich im Fall von gesamtwirtschaftlich bedeutenden Branchen auf andere Industriezweige aus. Aufgrund des hohen Verflechtungsgrades der DDR-Wirtschaft waren die produzierenden Branchen auf eine hohe Leistungsfähigkeit der Ersatzteilindustrie, der Bauwirtschaft sowie des Transportwesens angewiesen. Der Verschleiß verminderte jedoch deren Kapazitäten, sodass es in anderen Bereichen zu Ersatzteilmangel und Investitionsstillstand kam und der Produktionskreislauf der DDR-Wirtschaft erheblich gestört wurde. Auch die technologische Schwäche der DDR wurde immer offensichtlicher. Obwohl ihr phasenweise prestigeträchtige Neuentwicklungen gelangen, blieb sie doch in der Breite hinter den westlichen Staaten zurück. Die wirtschaftliche und technologische Kooperation im RGW konnte nicht den Anforderungen moderner Arbeitsteilung genügen, sodass die DDR ein ökonomisch zu breites Produktprofil ohne wirkliche Spezialisierung unterhielt. Dies zeigte auch das Scheitern des kreditfinanzierten Mikrotechnologieimports, dessen Devisenrentabilität nie die der übrigen DDR-Exporte erreichen konnte.

Leidtragende des wirtschaftlichen Verfalls waren die Bürger der DDR. Als Arbeitnehmer in den Betrieben wurden sie immer schlechteren Arbeitsbedin-

gungen ausgesetzt und mussten oftmals den Leistungsrückgang der Produktionsmaschinen mit manueller Arbeit ausgleichen. Als Konsumenten litten sie Ende der achtziger Jahre unter zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten. Die Einkommen der Bürger wuchsen zwar schneller als die Warenproduktion, aufgrund der mangelnden Versorgung mit qualitativ hochwertigen Waren konnte die Nachfrage der Bevölkerung aber nie gedeckt werden. Unter der zunehmenden Zerstörung der Natur litten besonders die Menschen in den Industriezentren. Die Belastung der Luft mit Schadstoffen lag stellenweise weit über den zulässigen Grenzwerten und führte zu einem Anstieg der Atemwegserkrankungen, während der Braunkohleabbau immer größere Landwirtschaftsflächen aufzehrte. Auch die Gewässer der DDR gehörten zu den am stärksten belasteten in ganz Europa und konnten für große Teile der Bevölkerung eine saubere Trinkwasserversorgung nicht gewährleisten.

Auch wenn die DDR 1989 nicht bankrott war, so war doch die Auslandsverschuldung zum drängendsten Problem der SED-Führung geworden. Zur Finanzierung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und kostspieliger Technologieimporte war die Auslandsverschuldung seit 1971 stark angestiegen, ab 1982 zurückgegangen und Ende der achtziger Jahre wieder hochschnellt. Ende 1989 beliefen sich die Nettoverbindlichkeiten auf ca. 14,8 Mrd. Dollar und lagen damit unter dem Niveau zu Anfang der achtziger Jahre. Die Devisenreserven hätten zudem noch ca. anderthalb Jahre zur Finanzierung der nötigen Importe ausgereicht. Trotzdem musste die Westverschuldung in ihrer Struktur die DDR langfristig zur Zahlungsunfähigkeit führen. Sie bestand zu großen Teilen aus kurzfristigen und unproduktiven Krediten, die nur durch Konsumverzicht zurückgezahlt werden konnten. Aufgrund der geringen und zudem abnehmenden Devisenrentabilität im Westhandel stellte dies jedoch ein nahezu unüberwindbares Hindernis dar, sodass die DDR 1989 zwar nicht zahlungsunfähig, jedoch massiv überschuldet war.

Die Zukunftsperspektive der DDR war vor diesem Hintergrund wenig hoffnungsvoll. Alle Indikatoren der Wirtschaftsleistung waren Ende der achtziger Jahre negativ. Das Wirtschaftswachstum nahm im letzten Planjahr-fünft immer mehr ab, genauso rückläufig war die Devisenrentabilität. Da in vielen Branchen bloße Ersatzinvestitionen der verschlissenen Anlagen nicht geleistet werden konnten, drohte der Kapitalstock immer weiter zu verfal-

len. Auch die Zerstörung der Naturressourcen beschleunigte sich am Ende des Jahrzehnts. Die Intensivierungsstrategie der achtziger Jahre hatte die Reserven der DDR-Wirtschaft weitgehend aufgebraucht. Außenwirtschaftlich drohte mit der schleichenden Auflösung des RGW und der politischen Umgestaltung Osteuropas mittelfristig ein sicherer Absatzmarkt und die günstige Rohstoffversorgung wegzufallen. Eine weitere Subventionierung ihrer Satellitenstaaten konnte und wollte sich die UdSSR nicht mehr leisten. Mit der Herauslösung aus dem wirtschaftlichen und politischen System des Ostblocks musste sich die DDR an Weltmarktbedingungen anpassen, was nur mit einem enormen Investitionsaufwand und damit mit einer weiteren Reduzierung des Lebensstandards erfolgreich sein konnte. Dies hätte jedoch die Eigenstaatlichkeit der DDR stark delegitimiert. Die vielfältigen Belastungen der DDR-Ökonomie waren alle Folgen aus dem wachstumsschwachen Planungssystem und ließen einem eigenständigen sozialistischen Teilstaat für die Zukunft keine erfolgreiche Perspektive. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass die DDR kurz- oder mittelfristig ökonomisch scheitern und, um Mittags Zitat aufzugreifen, zu einer „*wirtschaftlichen Katastrophe*“ führen musste.

7 Quellen- und Literaturverzeichnis

7.1 Quellenmaterial

7.1.1 Archivalien

Bundesarchiv Abteilung DDR

Akademie der Wissenschaften der DDR: Skizze zur Erhöhung von rentablen Erzeugnissen in das NSW, 23.3.1988, BArch DC 20/5311.

Ministerrat der DDR: Beschluß zur Information und Maßnahmen zur Sicherung einer hohen Einsatzfähigkeit und Auslastung der produktivitätsbestimmenden Technik im Bauwesen in Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1990, 20.11.1989, BArch DC 20/I/3 2874, (zit. Ministerrat, Beschluß).

Ministerrat der DDR: Beschluß zur Konzeption zur spürbaren Verbesserung der Umweltbedingungen in den Ballungszentren des Bezirkes Leipzig, 1.2.1990, BArch DC 20/I/3 2905.

Ministerrat der DDR: Entscheidungsvorschläge zur Reduzierung der Schadstoffbelastung im VEB Kunstseidenwerk „Siegfried Rädels“ Pirna, 22.1.1990, BArch DC 20/I/3 2905, (zit. Ministerrat, Entscheidungsvorschläge).

Ministerrat der DDR: Hinweise zu einigen aktuellen Aspekten der Reaktion unter Bevölkerungskreisen der DDR, o.D., BArch DC 20/5311, (zit. Ministerrat, Hinweise).

Ministerrat der DDR: Export in die UdSSR. Realisierungsstand per 31.08.88, BArch DE 1/58715.

o.V.: Eine Bemerkung zu der Frage, warum 1 Mark in der DDR im Ausweis des Devisenerlöses nur 25 Valutapfennige wert ist, 30.8.1988, DE 1/58738.

o.V.: Persönliche Notizen über die Beratung im Politbüro des ZK der SED am 28.6.1988, 28.6.1988, BArch DC 20/5311, (zit. o.V., Persönliche).

o.V.: Getroffene Entscheidungen zur materiell-technischen Sicherung der Produktion 1989 und 1990, 13.11.1989, BArch DE 1/58736, (zit. o.V., Getroffene Entscheidungen).

o.V.: Zu wichtigen Fakten der ökonomischen Entwicklung der DDR insbesondere zur Erfüllung des Fünfjahrplanes 1986-1990, 20.6.1988, BArch DE 1/58736, (zit. o.V., Fakten).

o.V.: Zur Frage, was erforderlich ist, damit eine Mark der DDR auch eine Valutamark wert ist, 8.9.1988, DE 1/58738. Schürer, Gerhard: Begründung zur Vorlage „*Analyse der Lage der DDR mit Schlußfolgerungen*“, 30.10.1989, BArch DE 1/58736, (zit. Schürer, Begründung).

Schürer, Gerhard/Gerhard Beil/Herta König/Alexander Schalck/W. Polze (AG Zahlungsbilanz): Geheime Kommandosache b 5 - 1111/89, 28.9.1989, DE 1/57766.

Schürer, Gerhard/Gerhard Beil/Herta König/Alexander Schalck/W. Polze (AG Zahlungsbilanz): Informationen und Entscheidungsvorschläge zu Fragen der Veröffentlichung von Angaben zur Zahlungsbilanz, o.D., DE 1/57766, (zit. Schürer, Veröffentlichung).

Schürer, Gerhard: Informationen zur Gesamtheit des Außenhandels sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, 14.7.1989, BArch DE 1/58766.

Schürer, Gerhard: Rede vor der Volkskammer, 13.11.1989, BArch DE 1/58736.

Schürer, Gerhard: Zur Höhe der Verpflichtungen der DDR gegenüber dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet und zu ihren Ursachen, 17.11.1989, DE 1/58736, (zit. Schürer, Zur Höhe).

Staatliche Plankommission: Informationen zur Schuldendienstrategie der DDR (Geheime Verschlusssache b5 - 528/89), 12.5.1989, DE 1/57766.

Staatliche Plankommission: Schreiben an den Minister für Elektrotechnik und Elektronik Felix Meier, 16.10.1989, BArch DE 1/58065.

Wenzel: Arbeitsniederschrift über eine Beratung beim Generalsekretär des SK der SED, Genosse Erich Honecker, zu den Materialien des Entwurfs der Staatlichen Aufgaben 1989, 6.9.1988, DE 1/58738, (zit. Wenzel, Arbeitsniederschrift).

Wenzel: Persönliche Notizen zur Beratung des Ministerrates der DDR über den Entwurf der staatlichen Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan und den Staatshaushaltsplan 1989 am 15.9.1988, 15.9.1988, BArch DE 1/59157, (zit. Wenzel, Persönliche).

Wirtschaftskomitee der DDR: Interne Analyse des Wirtschaftskomitees über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1989, 15.1.1990, BArch DE 1/59157, (zit. Wirtschaftskomitee, Interne Analyse).

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen

Büro Mittag: Protokoll der Beratung der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED am 19. Juni 1989, 19.6.1989, BArch DY 30/IV 2/1, (zit. Büro Mittag, Protokoll).

Wange, Udo-Dieter: Vorlage für die Wirtschaftskommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED: Ergebnisse bei der Entwicklung der Erzeugnisqualität, insbesondere von Konsumgütern in der bezirksgeleiteten Industrie und Aufgaben zur weiteren Erhöhung des Niveaus, 12.6.1989, BArch DY 30/IV 2/1.

BStU-Archiv

Ministerium für Staatssicherheit - Hauptabteilung XVIII: Information über einige Probleme im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Arbeits- und Produktionssicherheit in der Fleischindustrie der DDR, 5.8.1986, BStU ZAIG 3535, , (zit. MfS, Fleischindustrie).

Ministerium für Staatssicherheit - Hauptabteilung XVIII: Information zum Stand der Durchführung aktueller Beschlüsse des Ministerrates der DDR zur Sicherung der Versorgung der Bezirke mit Frischwaren, insbesondere mit Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren, Obst und Gemüse sowie Getränken, 30.9.1989, BStU HA XVIII 6534, (zit. MfS, Versorgung).

Ministerium für Staatssicherheit: Hinweis zum Stand der Arbeit an der Staatlichen Aufgabe 1989 und einigen sich dabei abzeichnenden Problemen, 7.6.1988, BStU ZAIG 5252, (zit. MfS, Hinweis).

Kleine, Alfred: Zur Um- und Durchsetzung der politisch-operativen Ziel- und Aufgabenstellungen der Planorientierung für die politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft der DDR für 1990, 27.10.1989, BStU HA XVIII 565, (zit. Kleine, Planorientierung).

7.1.2 Gedruckte Quellen

Direktive des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft 1971 bis 1975, abgedruckt in: Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.196.

Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwick-

lung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990, abgedruckt in: Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.195.

Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990, 27.11.1986, abgedruckt in: Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, S.240-316.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB): Zusammenstellung von Problemen aus der Plandiskussion 1990, 9.10.1989, abgedruckt in: Hertle, Hans-Hermann: Vor dem Bankrott der DDR, Berlin 1991, S.XLVII-LVII, (zit. FDGB, Zusammenstellung).

Mittag, Günter: Zur Prüfung des Materials des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Genossen Gerhard Schürer, Vorlage für das Politbüro, 4.5.1988, abgedruckt in: Hertle, Hans-Hermann: Vor dem Bankrott der DDR, Berlin 1991, S.III-XXVI, (zit. Mittag, Prüfung).

Schürer, Gerhard/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Don-da: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 30.10.1989, abgedruckt in: Treuhandanstalt, Dokumentation 1990-1994, Bd. I, S.833-841, (zit. Schürer, Analyse).

Schürer, Gerhard: Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus, 26.4.1988, abgedruckt in: Treuhandanstalt: Dokumentation 1990-1994, Bd. I, Berlin 1994, S.821-832, (zit. Schürer, Überlegungen).

Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1991, (zit. Statistisches Jahrbuch).

Verfassung der DDR in der Fassung von 1974.

7.2 Literatur

Baar, Lothar/Uwe Müller/Frank Zschaler: Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (1995), S.47-74.

Bölsche, Jochen/Norbert Pötzl: Wir hatten eine blühende Wirtschaft, in: Der Spiegel 46/1999.

Buchheim, Christoph: Die Achillesferse der DDR - Der Außenhandel, in: Andre Steiner (Hrsg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte, Berlin 2006, S.91-104, (zit. Buchheim, Achillesferse).

Buck, Hannsjörg F.: Umwelt und Bodenbelastungen durch die SED-Agrarpolitik, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Am Ende des realen Sozialismus, Bd. IV), Opladen 1999, S.425-449, (zit. Buck, Umwelt und Bodenbelastung).

Buck, Hannsjörg F.: Umweltbelastungen durch Müllentsorgung und Industrieabfälle, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S.455-493, (zit. Buck, Umweltbelastungen).

Buck, Hannsjörg F.: Umweltpolitik und Umweltbelastung, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S.223-257, (zit. Buck, Umweltpolitik).

Buthmann, Reinhard: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) (MfS-Handbuch III/11), Berlin 2004.

Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975-1989, Frankfurt a.M. 1999, (zit. Bundesbank, Zahlungsbilanz).

Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, (zit. Grosser, Wagnis).

Gutmann, Gernot: Das Ende der Planwirtschaft in der DDR, Tübingen 1990, (zit. Gutmann, Ende).

Gutmann, Gernot/Hannsjörg F. Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR - Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Be-

standsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1999, S.7-51, (zit. Gutmann/Buck, Zentralplanwirtschaft).

Gutmann, Gernot: In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S.1-60, (zit. Gutmann, Blockaden).

Haase, Herwig: Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990, (zit. Haase, Einführung).

Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S.55-66, , (zit. Haendcke-Hoppe-Arndt, Außenwirtschaft).

Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch Bd. III/10), Berlin 1997, (zit. Haendcke-Hoppe-Arndt, Hauptabteilung).

Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Wer wusste was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 28 (1995) S.558-206.

Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Zum ökonomischen Erbe der SED-Diktatur. Versuch einer Bilanz, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe: Die totalitäre Herrschaft der SED. Wirklichkeit und Nachwirkungen (Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes Bd. 18), München 1998, S.97-113.

Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, (zit. Hertle, Fall der Mauer).

Hertle, Hans-Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft: Das Scheitern der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25, 1992, S.127-145.

Hertle, Hans-Hermann: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker, Theodor u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR - Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 309-345, (zit. Hertle, Diskussion).

Hertle, Hans-Hermann: Sicherung der Volkswirtschaft. Struktur und Tätigkeit der „Linie XVIII“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR dargestellt am Beispiel der Objektdienststellen in der Chemieindustrie, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S.48-57.

Hertle, Hans-Hermann: Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S.1019-1039, (zit. Hertle, Staatsbankrott).

Jenkis, Helmut: Hatte die DDR eine Überlebenschance? Illusionen über die wirtschaftliche Lage, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 97), Berlin 2001, (zit. Jenkis, Überlebenschance).

Jordan, Carlo: Umweltzerstörung und Umweltpolitik in der DDR, in: Deutscher Bundestag: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. III), S.1770-1790, (zit. Jordan, Umweltzerstörung).

Klenke, Olaf: Globalisierung, Mikroelektronik und das Scheitern der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv 35 (2002), S.421-428, (zit. Klenke, Globalisierung).

Krakat, Klaus: Mikroelektronik in der DDR unter Wirtschaftlichkeitsaspekten, in: Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen (Hrsg.): Finanzierungsprobleme des Sozialismus in den Farben der DDR. Gratwanderung zwischen Beharrung und Reform, Berlin 1989, S.51-93, (zit. Krakat, Mikroelektronik).

Krakat, Klaus: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986-1989/1990), in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1999, S.137-172, (zit. Krakat, Probleme).

Krugman, Paul R./Maurice Obstfeld: International Economics, Boston ⁴1997.

Kulick, Holger: Selbstbetrug mit System, in: Die ZEIT 42/1991.

Kupper, Siegfried: Ziele und Folgen des zentralgelenkten sektoralen und regionalen Strukturwandels in der DDR-Planwirtschaft, in: Eberhard Kuhrt u.a. (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S.99-149.

Kusch, Günter u.a.: Schlußbilanz DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, (zit. Kusch, Schlußbilanz).

Lepsius, Mario Rainer: Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker, in: Pirker, Theo u.a. (Hrsg.): Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR - Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 347-362, (zit. Lepsius, Handlungsräume).

- Ludwig, Udo/Reiner Stäglin: Die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz - Zur Neuberechnung von Sozialprodukt-daten für die ehemalige DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2 (1997), S.55-81.
- Luft, Christa: Zwischen Wende und Ende. Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitglieds der Modrow-Regierung, Berlin 1991, (zit. Luft, Wende).
- Maier, Harry: Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft der DDR - Ursachen und Folgen, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S.806-818, (zit. Maier, Innovationsträgheit).
- Overmann, Marcus: DDR-Wirtschaftspolitik und der Mauerfall: Die Regierung Modrow im Zeichen des Systemerhalts, Bonn 2001.
- Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991.
- Ritschl, Albrecht: Aufstieg und Niedergang der DDR. Ein Zahlenbild, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften 2 (1995), S.11-46, (zit. Ritschl, Aufstieg).
- Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch 1970-2000, Bonn 2003, (zit. Roesler, Umbruch).
- Schmidt, Paul-Günther: Theorie und Praxis internationaler Währungspolitik im sozialistischen Staat. Das Beispiel der DDR 1949 bis 1982, Mainz 1984.
- Müller, Uwe: Mobilität in der Planwirtschaft. Das Verkehrswesen, in: Schultz, Helga/Hans-Jürgen Wagener: Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, Berlin 2007, S.176-198.
- Schneider, Gernot: Lebensstandard und Versorgungslage, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1999, S.111-130.
- Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR - Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Pirker, Theodor u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR - Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S.61-98, (zit. Schürer, Planung).
- Sinn, Gerlinde/Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, München ³1993.
- Steiner, Andre: Das DDR-Wirtschaftssystem: Etablierung, Reformen und

Niedergang in historisch-institutionenökonomischer Perspektive, in: Karl-Peter Ellerbrock/Clemens Wischermann (Hrsg.): Die Wirtschaftsgeschichte vor der Herausforderung durch die New Institutional Economics, Dortmund, S.113-131, (zit. Steiner, DDR-Wirtschaftssystem).

Steiner, Andre: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang in: Jarausch, Konrad H./Martin Sabrow: Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S.245-262, (zit. Steiner, Konsumversprechen).

Steiner, Andre: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 625), Bonn 2007, (zit. Steiner, Plan).

Volze, Armin: Die gespaltene Valutamark, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S.232-241.

Volze, Armin: Ein großer Bluff – Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S.701-713, (zit. Volze, Bluff).

Volze, Armin: Probleme der Westverschuldung der DDR und ihrer Außenhandelsstatistik, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin 2001, S.79-92, (zit. Volze, Westverschuldung).

Volze, Armin: Zur Devisenverschuldung der DDR. Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Kuhrt, Eberhard u.a. (Hrsg.): Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Opladen 1999, S.151-187, (zit. Volze, Devisenverschuldung).

Waterkamp, Rainer: Das zentralstaatliche Planungssystem der DDR. Steuerungsprozesse im anderen Teil Deutschlands, Berlin 1983, (zit. Waterkamp, Planungssystem).

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 20), München 2006, (zit. Weber, DDR).

Weidenfeld, Werner/Karl-Rudolf Korte: Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt a.M. 1999.

Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert – Und wo ist dieser Wert geblieben – Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2001.

Wiards, Mathias: Krise im Realsozialismus. Die Politische Ökonomie der DDR in den 80er Jahren, Hamburg 2001, (zit. Wiards, Krise).

Schriftliche Versicherung

Hiermit versichere ich, Kilian Heilmann, dass ich die Magisterhausarbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen wurden, sind unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht. Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht oder in gleicher oder anderer Form an irgendeiner Stelle als Prüfungsleistung vorgelegt worden.

Mainz, 21. Juli 2009

Einsichtnahme in die Magisterarbeit

Erklärung des Verfassers:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Interessenten, die die untenstehende Verpflichtung unterzeichnen, in meiner Magisterarbeit „*Die Wirtschaft der DDR im letzten Planjahrünft 1986-1990*“ Einsicht nehmen.

21. Juli 2009

Erklärung der Benutzer

Hiermit verpflichte ich mich, alle aus dem oben genannten Magisterarbeit in eigene Schriften oder Vorträge übernommenen Inhalte und Ausführungen in meinen Texten als Übernahme mit Angabe des Verfassers und seiner Arbeit kenntlich zu machen.

Name und Anschrift des Benutzers	Datum	Unterschrift